Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post ½ monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig. — —

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 40 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages — — — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr — — —

Nr. 41 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41. | Gelsenkirchen-Buer, Dienstag den 18. Februar 1930 | Schriftleitung Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41 Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 2. Jahrg.

Der ADGB. zur Steuerfrage:

Keine Lastenverschiebung zugunsten des Besitzes

Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtber.)

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am Montag in Berlin im Ingenieurhaus zu seiner fünften Tagung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen vorwiegend die Probleme der Finanz- und Sozialpolitik. Ueber die Finanz- und Steuerfragen referierte Dr. Arens von der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes. Die bedenkliche Lage der Reichsfinanzen, so lautet das Ergebnis seiner Ausführungen, erfordere ein besonderes Notopfer auch von dem Arbeiter. Um so weniger könne eine Steuersenkung für die anderen in Betracht kommen. Die Industrie müsse ihre Sonderbelastung weiter tragen, die Landwirtschaft könne die geforderte Uebernahme der Rentenbankbelastung durch das Reich nicht billigen.

Die Steuerreform dürfe nicht ausgenützt werden zu einer Lastenverschiebung zu Gunsten des Besitzes.

Der Steuerkampf wurde zunächst vom Vorsitzenden Graßmann in großen Zügen skizziert. Zur Gefahrengemeinschaft erklärte er, daß sich die Vertreter der Sozialdemokratie gegen alle mit dieser Idee verbundenen Pläne gewehrt haben. Im Anschluß an Graßmanns Ausführungen behandelte Franz Spliedt, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, eingehend die von neuem brennend gewordene Frage der Arbeitslosenversicherung. Die Ursachen der Finanzkalamität der Reichsanstalt sind nicht in Mißständen in der Versicherung, sondern in der Krise des Arbeitsmarktes zu suchen. Das muß mit größtem Nachdruck festgestellt werden.

Was man will, ist nicht die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern ihre Zersplitterung und die Senkung der Versicherungsleistungen.

Dahin zielen auch die Vorschläge für die Aufstellung der Versicherung nach Berufsgruppen, besonders die Trennung von Arbeitern und Angestellten. Dieser Vorschlag der Unternehmer interessiert aber auch die bürgerlichen Arbeitnehmerorganisationen. Der Gedanke der Gefahrengemeinschaft der Versicherungen erscheint sehr plausibel, aber er ist geradezu unheilvoll. Abgesehen davon, daß die übrigen Sozialversicherungsträger in Bedrängnis gebracht werden, soll eine solche Uebertragung der Versicherungspflichten vom Reich auf die übrigen Versicherungen wiederum bezwecken, daß der Gläubiger ein anderer wird. Die Arbeitslosenversicherung soll entpolitisiert werden, mit dem Ziel, die Leistungen herabzudrücken. Darüber muß man sich klar sein.

Mit unserer Zustimmung gibt es keine Entpolitisierung der Arbeitslosenversicherung, sie müßte gegen unseren Willen durchgesetzt werden. Wir haben eine Erhöhung der Beiträge von 3½ auf 4 Prozent vorgeschlagen. Wird diese Erhöhung nicht bewilligt, dann muß das Reich einspringen.

Wie kann das Reich die notwendigsten Mittel bekommen? Die Heranziehung der Beamten zu den Beiträgen würde das Heer der unverständigen und unwilligen Kritiker der Arbeitslosenversicherung nur um eine neue Gruppe vermehren. Der Staat, d. h. das Reich, hat in kritischen Zeiten für die Arbeitslosen zu sorgen und kann von dieser Haftung nicht entlastet werden. Jede Verbindung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Zweige der Sozialversicherung muß abgelehnt werden. Ebenso die besondere Heranziehung der Beamten. Es gibt aber eine Lösung: Die Notzeit des Reiches erfordert ein allgemeines Notopfer. Sie fordert es im Interesse der Arbeitslosen, sie fordert es im gleichen Maße für die Gesundung der Finanzen des Reiches. Nur dann können die Gewerkschaften auch zu Verbrauchssteuern eine andere Stellung einnehmen. Das muß der Reichsregierung, das muß dem Reichstag ganz entschieden gesagt werden.

Welker vom Bundesvorstand sprach über die schwere Belastung der Invalidenversicherung. Die Landesversicherungen haben im letzten Jahre noch 1100 Millionen Ueberschüsse gehabt. Aber auf eine solche Summe ist künftig nicht mehr zu rechnen. Es ist daher schon jetzt zweifelhaft, ob die Invalidenversicherung überhaupt in der Lage ist, solche Millionenbeträge der Reichsanstalt zur Verfügung zu stellen. Vom Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurden folgende Gesichtspunkte geltend gemacht:

Zur Sanierung des Haushaltes sei ein Betrag von 700 Millionen Mark erforderlich. Eine andere Lösung würde es nicht geben. Erforderlich sei jedoch unbedingt die absolute Sicherung der sozialpolitischen Verpflichtungen des Reiches.

Welcher Weg auch immer beschritten werde, die Verpflichtung des Reiches zur Deckung des Defizits der Reichsanstalt müsse bestehen bleiben. Darum müßten Garantien geschaffen werden, daß jeder Verlust, der durch diese Maßnahme für den Baukredit entsteht, ausgeglichen wird durch eine Belebung der Kapitaleinfuhr. Im übrigen bleibt die Tatsache bestehen, daß 700 Millionen Reichsmark durch neue Steuern aufgebracht werden müßten. Der Gedanke eines Notopfers als Zuschlag zur Einkommensteuer sei erwägenswert, jedoch werde sich damit nicht der volle Betrag von 250 Millionen Mark einbringen lassen.

Eine Erhöhung der Umsatzsteuer bedeute eine starke Belastung der Massen, die nicht zu billigen sei.

Wenn man die Wahl habe zwischen dieser Steuer und der Biersteuer, so müsse man sich für die letztere entscheiden. In der Aussprache wurde ein geschlossenes Vorgehen von Partei und Gewerkschaften gefordert und auf diese Weise müsse es gelingen, durch die Einmütigkeit der Arbeiterbewegung die Feinde der Sozialversicherung in ihre Schranken zurückzuweisen.

Tardieu gestürzt

Paris, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Regierung Tardieu ist heute abend gegen 8 Uhr im Verlaufe der Generaldebatte über das Budget in der Kammer gestürzt. Finanzminister Cherron hatte zum zweiten Male im Laufe des Abends die Vertrauensfrage stellen müssen. Bereits bei der ersten Gelegenheit gegen 4 Uhr nachmittags blieb die Regierung mit 12 Stimmen in der Minderheit. Da aber die Geschäftsordnung der Kammer die nachträgliche Ratifikation des Abstimmungsresultates zuläßt, gelang es, nachdem sämtliche Minister und Staatssekretäre für sich selbst Stimmen abgegeben hatten, der Regierung noch ein letztes Mal eine schwache Mehrheit von 20 Stimmen zu erhalten. Um 8 Uhr abends stellte Cherron die Vertrauensfrage zum zweiten Male. Diesmal blieb die Regierung endgültig mit 286 gegen 281, also mit 5 Stimmen, in der Minderheit. Die Minister verließen sofort den Saal. Die Sitzung wurde geschlossen. Der Sturz der Regierung erfolgte über eine Frage untergeordneten Ranges, die lediglich als Symptom für die seit Wochen aufs äußerste verschärfte Spannung zwischen Finanzminister und Kammer zu gelten hat. Es handelt sich um Artikel 3 des Finanzgesetzes und die Frage, ob der Mann für die Einkünfte seiner Frau steuerpflichtig sei. Im Vorschlag der Finanzkommission wurde diese Frage abgelehnt. In der heutigen Kammersitzung nahm der Finanzminister einen gegenteiligen Standpunkt ein. Die Debatte spitzte sich zu und Cherron richtete eine klare Kampfansage an die Kammer, indem er erklärte, daß er es als persönliches Mißtrauensvotum betrachte, wenn die Kammer bei jeder kleinsten Frage systematisch Obstruktionspolitik treibe. Die Kammer möge sich daher für oder gegen die Regierung entscheiden und er stelle die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab dann das vorher gegebene Resultat.

WTB. Paris, 17. Februar. (Drahtmeldung.) Der Präsident der Republik, Donmergue, hat die Demission des Kabinetts angenommen.

Katastrophe auf dem Eis

20 Personen beim Fischen eingebrochen — Neun Todesopfer

Memel, 17. Febr. (Drahtmeldung.) Ein schweres Unglück hat sich gestern auf dem Plateliai-See, etwa 30 Kilometer von Lilauisch-Krollingen, ereignet. Am frühen Morgen war eine Anzahl Fischer aus Plateliai und Umgegend mit Schlitten auf den See hinausgefahren, um dort zu fischen. Nachmittags kehrten zwei Schlitten, die aneinandergebunden waren und von einem Pferd gezogen wurden, über das Eis zurück. Auf den beiden Schlitten befanden sich insgesamt 20 Personen. In der Mitte des Sees brach der erste Schlitten ein und riß den zweiten mit sich in die Tiefe. Mit großer Mühe gelang es einem der Fischer, sich zu retten und auch noch einen zweiten aus dem Wasser zu ziehen, der aus dem nächsten Dorf Hilfe holte. Insgesamt konnten 11 Personen gerettet werden. Acht Männer und eine Frau sind ertrunken.

Reichstagszusammentritt verschoben

Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtber.) Der für Mittwoch vorgesehene Wiederzusammentritt des Reichstages ist bis auf weiteres verschoben worden, weil die mit der Beratung der Young-Gesetze beschäftigten Ausschüsse noch einige Tage für ihre Verhandlungen benötigen.

Am Dienstag wird der Aeltestenausschuß des Reichstages den neuen Termin des Wiederzusammentritts festsetzen. Voraussichtlich wird der Reichstag am Freitag oder Montag der kommenden Woche zusammentreten.

*

Die Sachverständigenberatungen

Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtber.)

Die für Montag vorgesehene Besprechung der sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien konnte wegen der Teilnahme der sozialdemokratischen Unterhändler an der Bundesausschuß-Sitzung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes nicht stattfinden. Sie wurde auf Dienstag vertagt.

In der Sitzung der Finanzsachverständigen erstattete Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer einen kurzen Bericht über die am Freitag und Sonnabend der vergangenen Woche stattgefundene Besprechung mit den Finanzministern der Länder.

Die nächste Sitzung der Finanzsachverständigen soll am Dienstag stattfinden.

Die Umsatzsteuer

Widerstand bei den Finanzministern und in den Regierungsparteien

Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

In der Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister Moldenhauer und den Finanzministern der Länder haben sich die Ländervertreter mit Ausnahme von Bayern gegen die beabsichtigte Erhöhung der Umsatzsteuer um ¼ Prozent ausgesprochen. Man wird diese Stellung der Länder um so bedeutsamer einschätzen müssen, als sie an den steigenden Erträgen der Umsatzsteuer interessiert sind. Ihre Ablehnung der Erhöhung der Umsatzsteuer ist also ein beachtlicher Hinweis auf die mit ihr verbundenen wirtschaftlichen Gefahren.

Auch innerhalb der Regierungsparteien wächst der Widerstand gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer. In der Sozialdemokratie hat man der Erhöhung der Umsatzsteuer wegen ihrer wirtschaftsschädlichen Wirkung immer ablehnend gegenübergestanden. Jetzt scheint aber auch im Zentrum eine ähnliche Stimmung vorherrschend zu sein. Man fürchtet dort, daß eine Deckung des Fehlbetrages des Reiches allein durch eine Erhöhung der Biersteuer und der Umsatzsteuer als einseitig angesehen wird, eine Preissteigerung auslöst und zu neuen Lohnbewegungen Anlaß geben wird. Daher hält man die Erhöhung

der Umsatzsteuer um ¼ Prozent für politisch nicht vertretbar. Die von manchen Seiten vorgeschlagene Befristung der Umsatzsteuer für ein Jahr sei kein dankbarer Ausweg. Die Erhöhung der Umsatzsteuer rufe eine Preissteigerung hervor, die durch eine Befristung der Umsatzsteuer nicht beseitigt werde. Auch die befristete Erhöhung der Umsatzsteuer sei deshalb eine dauernde Belastung der Konsumenten und wirke wirtschaftshemmend. An Stelle der Umsatzsteuer gewinne deshalb nur der Vorschlag eines einmaligen Notopfers, aufgebaut auf der Einkommenssteuer, wachsende Bedeutung. Neuerdings findet dieser Vorschlag nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch im Zentrum starke Befürworter. Man geht dabei von der Erwägung aus, daß eine neue Steuerbelastung, die auf dem Einkommen aufgebaut ist, gegenüber der Umsatzsteuer zwei entscheidende Vorzüge habe.

Der erste Vorzug ist in der Anpassung der Steuerbelastung an die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers zu erblicken. Die Einkommenssteuer wird vom reinen Einkommen bezahlt. Hat jemand kein Reineinkommen erzielt, so kann er auch nicht zur Steuer herangezogen werden. Je höher aber das Reineinkommen ist, um so höher ist die Steuerbelastung.

Muß man also schon neue Steuern erheben, dann ist die Einkommenssteuer nicht nur gegenüber der Umsatzsteuer sozialer und gerechter, sondern sie ist auch wirtschaftlich weniger schädlich und in einem gewissen Ausmaß als Ausgleich für die Erhöhung der Verbrauchssteuern anzusehen.

Der zweite Vorzug ist darin zu erblicken, daß das Notopfer für die Einkommenssteuer ohne Schwierigkeiten auf ein Jahr befristet werden kann, während die Umsatzsteuererhöhung eine dauernde Belastung darstellen würde.

Gegen den Vorschlag der zeitweiligen Erhöhung der Einkommenssteuer, der durch das Zentrum im Reichskabinett vertreten werden dürfte, wendet sich der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Bei der Begründung seiner Deckungsvorschläge hat er sich sehr entschieden gegen jede Erhöhung der Einkommenssteuer und Vermögensbesteuerung erklärt. Daher dürfte eine Mehrheit für diesen Deckungsvorschlag schon im Reichskabinett sehr schwer zu gewinnen sein. Ebenso groß sind die Meinungsverschiedenheiten über eine Reihe von Etatsätzen, die die Sozialpolitik betreffen. Dr. Moldenhauer hat die Absicht, die Lasten für die Wochenhilfe, die das Reich seit mehr als 10 Jahren trägt, auf die Krankenkassen zu überwälzen und nur für leistungsschwache Kassen einen Zuschuß von fünf Millionen vorzusehen. Dadurch würde das Reich 24 Millionen ersparen. Weitere 20 Millionen sollen erspart werden aus dem 40-Mill.-Zuschuß des Reiches an die Invalidenversicherung zum Zweck der Förderung der Gesundheitspflege. Auch die Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge in Höhe von 55 Millionen Mk. sollen aus dem Etat entfernt werden, wenn es gelingt, für diese Zwecke Anleihen aufzunehmen, aus denen höhere Mittel für die Arbeitsbeschaffung gewonnen werden können.

Unter diesen Umständen kommt den Beratungen des Reichskabinetts über den Etat 1930, die am Montag abend begonnen haben, eine entscheidende Bedeutung zu. Wenn sich neben den Sozialdemokraten auch die Vertreter des Zentrums im Reichskabinett gegen die Moldenhauer'schen Steuerpläne und die von ihm beabsichtigte Beschneidung des Sozialetats erklären, dann werden trotzdem immer noch viele Meinungsverschiedenheiten bestehen bleiben. Erklärt sich aber auch das Zentrum gegen eine einseitige Erhöhung der Massensteuern und für die Erhebung eines Notopfers bei der Einkommenssteuer, dann wäre doch wenigstens der Ausweg sichtbar, der unter Umständen zu einer Verständigung führen könnte.

Deutschnationale Korruption

Die gefärbte Raiffeisen-Bilanz – Und noch einmal Dr. Dietrich

Berlin, 17. Februar. (Eig. Drahtber.)

Am Montag trat der Raiffeisenausschuß in die Beweisführung ein, nachdem zuvor in nicht öffentlicher Sitzung beschlossen worden war, die Plädoyers in öffentlichen Sitzungen durchzuführen.

Abg. Kuttner (Soz.)

erklärte als Berichterstatter, daß namentlich die Nachsicht zu beanstanden sei, mit der die Preußenkasse die Nichtbeantwortung ihrer Anfrage und die Nichterfüllung ihrer Bedingungen duldete. Eine Revision der Raiffeisenbank wäre spätestens erforderlich gewesen, als sie stützungsbedürftig wurde und Direktor Schwarz die Einsichtnahme der Bücher anbot. Die Nichtbeachtung dieses Angebots war ein außerordentlich schwerer Fehler. Die Berichterstattung an den Finanzminister über wichtige Vorkommnisse sei nicht mehr mit der gebotenen Pünktlichkeit und Deutlichkeit erfolgt. Deshalb sei ein Vorwurf gegen den Finanzminister nicht zu erheben. Außerordentlich schwerwiegend war die Kritik an der Geschäftsgebahrung der Raiffeisenbank selber. Kuttner erklärte, daß diese die Preußenkasse systematisch über die von ihr betriebenen Privat- und Spekulationsgeschäfte im Dunkeln gehalten habe, u. a. durch falsche Auskünfte. In dem Schreiben des Direktors Schwarz vom 2. September 1924 über die Annahme fremder Kredite liege offenbar eine wesentliche Täuschung der Preußenkasse vor.

Die mündliche Auskunft des ersten Direktors Dietrich gegenüber dem Präsidenten Semper im Februrar 1925 über die privaten Geschäfte der Raiffeisenbank sei so unvollständig gewesen, daß sie einer Täuschung gleich käme. Diese Täuschung sei durch die Einrichtung der gefärbten Bilanz vom 31. 12. 24 fortgesetzt worden. Die Bilanz habe einen Reingewinn von 300 000 Mark aufgewiesen und nur 2 Millionen Mark für Rückstellungen, jedoch keinerlei Abschreibungen an Forderungen an Private. Der schon damals erkannte Stand habe jedoch eine Abschreibung von 10—15 Mill. Mk. zur Pflicht eines ordentlichen Kaufmanns gemacht.

Als besonders krasse Fälle statutenwidrigen Handelns nannte der Berichterstatter das von Dietrich unternommene Spekulationsgeschäft in rumänischen Staatspapieren und den Erwerb des Dampf-Woll-Paketes. In beiden Fällen sehe man das Bestreben der Raiffeisendirektoren, diese Geschäfte nicht durch die Bücher gehen zu lassen, da sie sich ihres statutenwidrigen Handelns klar bewußt waren. Zusammenfassend erklärt der Berichterstatter Kuttner, die Hergabe eines Stützungskredits, anwachsend auf 33 Millionen Mark im Jahre 1925, durch die Preußenkasse an die Raiffeisenbank sei insofern geboten gewesen, als die Preußenkasse den Konkurs der Raiffeisenbank abwenden mußte. Zu beanstanden sei, daß vorher nicht durch eine gründliche Revision der Stand der Schuldnerin klar gelegt wurde, obwohl der Preußenkasse die Offenlegung der Raiffeisenbücher angeboten worden war. Zur Finanzpolitik des Präsidenten Semper ist zu bemerken, daß er bei Ausschaltung der Kredite an die Raiffeisengenossenschaften 1924 auf Anregung des vorgesetzten Finanzministers von Richter unter ganz anormalen Zeitumständen gehandelt hat, daß aber die Art der Durchführung der Aktionen durch diese beiden Momente allein nicht entschuldigt wird. Gerade wegen der anormalen Zeitumstände war statt des übergroßen Vertrauens zur Raiffeisenbank eine besonders verschärfte Aufsicht an Kontrolle notwendig. Besonders auffällig sei, daß das Direktorium Dietrich-Seelmann-Schwarz eine Strafanzeige gegen Uralzeff unterlassen hat. Wenn auch diese Tatsache ermittelt sei, die die persönliche Integrität der drei Genannten in Sachen Uralzeff in Frage stelle, so erscheint doch nicht ausgeschlossen, daß die Erlangung der Kredite durch Uralzeff mit strafbaren Handlungen anderer Personen der Raiffeisenbank zusammenhängt. Diese Frage bedürfe noch besonderer Nachprüfung durch die Strafverfolgungsbehörden. Erneuter Nachprüfung bedürfe auch die Einstellung des Strafverfahrens wegen der Ostwolle-Transaktion. Schließlich bedürfe der strafrechtlichen Nachprüfung auch die Aufstellung der Bilanz vom 31. 12. 24 sowie die zu ihr auf der Heidelberger Generalversammlung abgegebenen Erklärungen. Die Sprecher der Fraktionen kommen bei der Weiterführung der Verhandlung im nächsten plenarsitzungsfreien Abschnitt zu Wort.

Keine wesentliche Seeabrüstung

als Folge der Flottenkonferenz – Verheerende Auswirkungen des französischen Memorandums

London, 17. Febr. (Eig. Drahtber.)

Langsam beginnt die britische Oeffentlichkeit, die das französische Memorandum mit merkwürdiger Gleichgültigkeit zur Kenntnis genommen hatte, die Konsequenzen zu verstehen, die sich für den Erfolg der Flottenkonferenz aus den französischen Forderungen ergeben. Hierzu haben die sehr pessimistischen Meldungen beigetragen, die im Laufe des Montag aus dem Konferenz-Gebäude durchgesickert sind. Es kann kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß in Konferenzkreisen die Situation als äußerst ernst beurteilt wird und man bereits von der notwendigen Revision der Flottenansprüche der übrigen Regierungen nach oben spricht, falls die Franzosen ihre Forderungen nicht nach unten reduzieren. Dies ging u. a. unzweideutig aus den Feststellungen hervor, die auf der englischen Pressekonferniz am Montag nachmittag gemacht wurden. Hier wurde darauf hingewiesen, daß

1. **England und Amerika bereits mit der Frage einer Erhöhung ihrer Tonnageforderungen für den Fall beschäftigt seien, daß Frankreich nicht einlenkt.**
2. **Daß Groß-Britannien unter diesen Umständen sich wohl kaum mit 50 Kreuzern begnügen würde und daß**
3. **das von Macdonald und Präsident Hoover festgesetzte Verhältnis zwischen der amerikanischen und der englischen Flotte unhaltbar werden könne.**

Die Frage der Untermauerung der Konferenzbeschlüsse durch ein politisches Abkommen steht nach wie vor im Mittelpunkt unoffizieller Besprechungen.

Wie aus guter Quelle verlautet, haben die Engländer und Amerikaner Tardieu unmißverständlich wissen lassen, daß vom Abschluß eines Mittelmeer-Locarnos, das von den Franzosen geplant werde, keine Rede sein könne, daß jedoch die Tür für sonstige Besprechungen über ein politisches Abkommen nicht verschlossen sei.

Es ist im übrigen unverkennbar, daß von gewissen Seiten darauf hingearbeitet wird, Deutschland an den Konferenztisch zu bringen und die Schwierigkeiten auf dem Rücken Deutschlands auszutragen. Soweit sich im Augenblick feststellen läßt, steht die britische Regierung diesen Versuchen, die merkwürdigerweise Unterstützung in liberalen Kreisen finden, völlig unbeteiligt gegenüber.

Die Nazis auf dem Kuhhandel

Zur Krise der sächsischen Regierung

Dresden, 17. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die sächsischen Nationalsozialisten, die vor wenigen Tagen gegen das sächsische Kabinett Bünger im Landtag einen Mißtrauensantrag einbrachten, bescheinigen sich neuerdings vor der Oeffentlichkeit, daß es mit diesem Mißtrauen nicht sehr weit her ist und sie ihr Votum sozusagen als Handelsobjekt zu benutzen trachten. Sie sind nämlich bereit, ihren Antrag unter gewissen Voraussetzungen zurückzuziehen. Es kommt den sächsischen Nationalsozialisten dabei nicht darauf an, daß die sächsische Regierung den Youngplan wie sie es bisher gefordert haben, ein für alle Mal ablehnt. Sie würden sich für den Fall, daß sich der Reichsrat nochmals mit dem Youngplan befassen sollte, was aber aller Voraussicht nach nicht der Fall sein wird, mit einer Stimmenthaltung der sächsischen Regierung begnügen. Außerdem soll die sächsische Regierung, wenn das Republikschutzgesetz zum zweiten Mal durch den Reichsrat gehen sollte, entweder dagegen stimmen oder sich wenigstens der Stimme enthalten.

Im übrigen fordern die Nationalsozialisten, daß der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien jeweils bei Entscheidungen wichtiger politischer Fragen vorher gehört wird.

Die sächsische Regierung hat zu diesen Forderungen bisher noch keine Stellung genommen. Da der nationalsozialistische und kommunistische Mißtrauensantrag jedoch am Dienstag im Landtag zur Abstimmung steht, wird sich Herr Bünger schon innerhalb der nächsten 24 Stunden darüber entscheiden müssen, ob er auf den Kuhhandel der Nationalsozialisten einzugehen beabsichtigt oder nicht.

Das Bergmannssiedlungs-Gesetz

In der Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes (Deutscher Bergarbeiterverband) berichtete Janschek über das Bergmannssiedlungsgesetz folgendermaßen:

„Das Bergmannssiedlungsgesetz hat im Ausschuß eine Fassung gefunden, die uns als Bergbauindustriearbeiter nicht voll befriedigt. Die besonders wichtige Frage über die Sicherung des Bergmannssiedlungsvermögens ist nicht bereinigt worden. Die gesetzliche Festlegung, daß die Treuhandstellen das Vermögen verwalten, regelt das eigentliche Besitzrecht nicht. Die Auffassung, das Gesetz sei dann überflüssig, wäre aber falsch, weil erhobene Rückforderungsansprüche damals gezahlter Beträge im Kohlenpreis zum Bau der Bergmannssiedlungen illusorisch gemacht werden mußten. Auswüchsen, wie sie hier und da in den Verwaltungsräten sich bemerkbar machten, wird einigermaßen durch die gesetzliche Bestimmung dadurch begegnet, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit gleichen Rechten daran beteiligt sein müßten. Die bisherige Meinung einer Treuhandstelle, als ob die Arbeitnehmerverwaltungsräte nur geduldet werden, hat späterhin keinen Raum. Bedauerlich ist, daß ein Antrag der Sozialdemokraten, wonach die Verwaltungsräte für alle Fälle den anerkannten Gewerkschaften angehören müssen, keine Annahme fand. Als Gegner traten hierbei Abgeordnete auf, die dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter angehören. Hier scheint die Bindung durch die politische Zugehörigkeit die Oberhand erlangt zu haben.

Vorgesehen ist die Bildung eines Gesamtausschusses von je 5 bis 7 Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auf die die seiner Zeit der Reichsarbeitsgemeinschaft zugedachten Befugnisse übergehen. Erweitert werden diese Befugnisse, indem der Gesamtausschuß Verwaltungs- und Vorstandsmitglieder abberufen kann, wenn ihr Verhalten die Treuhandstelle schädigt.

Die Bindung an die Tätigkeit im Bergbau bleibt für das Recht des Bewohnens dieser Bergmannssiedlungen aufrechterhalten. Es werden aber Ausnahmen gesetzlich festgelegt, die teilweise schon üblich waren. Das Vorgehen der mitteldeutschen Arbeitgeber hat u. a. die Bestimmung notwendig gemacht, daß die Benutzung einer Bergmannswohnung nicht von dem Bestehen eines Arbeitsverhältnisses bei einem bestimmten Arbeitgeber abhängig gemacht werden darf.

Als wohnberechtigt ist auch eine Familie anzusehen, von der ein zum Hausstand gehöriges Familienmitglied als Arbeiter oder Angestellter im Kohlenbergbau beschäftigt ist. Ebenso gilt als wohnberechtigt, wer nach fünfjähriger Beschäftigung im Bergbau gegen seinen Willen aus dem Kohlenbergbau ausscheidet. Zwanzig Jahre nach Herstellung einer Bergmannswohnung fällt die Bindung an die Tätigkeit im Bergbau für den Bewohner weg.

Unterlassungen früherer Zeit lassen sich nur schwer in ein Gesetz einfügen, wenn nicht ein Aufschub von Grund auf vorgenommen wird. Hierfür bestand aber keine Neigung."

Das Ende der Deutschnationalen im Siegerland

Siegen, 17. 2. (Drahtmeldung.) **Der Kreisverein Siegen Stadt und Land der Deutschnationalen Volkspartei beschloß auf seiner gestrigen Jahreshauptversammlung mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit den Austritt des Kreisvereins aus der Deutschnationalen Volkspartei, da man mit der Politik und den Methoden der Parteiführung nicht einverstanden sein könne.**

Dieser Austritt ist beachtenswert, da der Kreisverein ein Drittel der Gesamtstimmen bei der letzten Wahl für die Deutschnationalen im Wahlkreis Westfalen-Süd vertrat. Dem Reichstagsabgeordneten Mumm, der den Wahlkreis schon vor dem Kriege vertrat, wurde das Vertrauen ausgesprochen. Der Kreisverein beabsichtigt nunmehr, die „alten bewährten Grundsätze der Politik als christlich-sozialer Volksdienst fortzusetzen."

Dr. Kösters Befinden sehr ernst

Belgrad, 17. Febr. (Drahtmeldung.) Nach einem heute früh veröffentlichten Krankheitsbericht ist das Befinden des deutschen Gesandten in Belgrad, Dr. Köster, der sich, wie bereits gemeldet, im Sanatorium Bratschar einer Operation unterziehen mußte, infolge des Auftretens einer allgemeinen Vergiftung sehr ernst.

Prof. Wekebach aus Wien, der als Spezialist an das Krankenlager Dr. Kösters gerufen worden war, ist heute nachmittag eingetroffen. Prof. Wekebach begab sich sofort nach der Ankunft in das Sanatorium, in dem Dr. Köster lag, und hielt mit den behandelnden Aerzten ein anderthalbstündiges Konsilium ab. Nach dem Konsilium wurde folgendes Bulletin herausgegeben: Temperatur 38,2, Puls 138, Respiration 38 bis 40, Blutdruck 100 minimum, 155 maximum, Darmfunktion fehlt, Zustand noch immer ernst.

Die Teilnahme an dem Befinden des Gesandten ist andauernd sehr groß.

Nr. 41. 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 18. Februar 1930.

Ein Tätigkeitsbericht des Arbeitsamtes

(Schluß.)

Bei unseren Vermittlungen im Bergbau konnten wir zu verschiedenen Bezirken des Ruhrgebietes Beziehungen aufnehmen, die zu einer merklichen Entlastung auch dieses Teiles unseres Arbeitsmarktes beigetragen haben. Zahlreiche Bergleute konnten umgesiedelt werden.

Unangenehm ist nach wie vor die Lage unseres Bauarbeitsmarktes. Ich möchte mich daher an dieser Stelle den Aufforderungen der interessierten Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften dahingehend anschließen, daß auch wir das allergrößte Interesse daran haben, daß alles geschieht, um den Baumarkt zu beleben. Gerade in unserer Stadt werden von einem Daniederliegen des Bauarbeitsmarktes nicht nur Bauarbeiter, sondern auch in erheblichem Umfange Metallarbeiter betroffen. Reichs- und Länderregierungen haben gemeinsam mit dem Vorstand der Reichsanstalt Aufrufe erlassen, dahin zu wirken, daß Bauaufträge, wie überhaupt Arbeiten, die für das Bau- und Baunebengewerbe in Frage kommen, in die Wintermonate verlegt werden. Diese Aufrufe können nur dann Erfolg haben, wenn die Wirtschaft und vor allen Dingen die Gemeinden bereit sind, auf diesem Wege mitzugehen. Es ist mehr die historische Entwicklung, als wirtschaftliche Notwendigkeit, daß Bauarbeiten in erster Linie in den Sommermonaten ausgeführt werden. Gewiß wird niemand ernstlich die Ansicht vertreten, daß Tiefbauarbeiten, die mit Wasser zu kämpfen haben, und gewisse Außenarbeiten an Bauten im Winter durchgeführt werden sollen. Worauf es ankommt, ist, daß mehr als bisher alle durch die Witterung nicht so sehr beeinflußten Arbeiten in die Wintermonate verlegt werden. Ich denke hierbei in erster Linie an Innenreparaturen usw. Diese Gedanken sind nicht neu; in England und Amerika sind diese Gedanken weitgehend Allgemeingut geworden. Es ist auf die Dauer wirtschaftlich untragbar, daß ein erheblicher Teil der Arbeitskräfte des deutschen Volkes in den Wintermonaten brachliegt.

Unsere große Sorge für das kommende Jahr sind die Verhältnisse in der Metallindustrie. Wie Sie aus den Ziffern der Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger in der Metallindustrie ersehen wollen, ist die Arbeitslosigkeit hier noch in dauerndem Ansteigen begriffen. Das ist um so bedenklicher, als nicht damit zu rechnen ist, daß im kommenden Frühjahr eine sehr erhebliche Entlastung dieses Teilarbeitsmarktes erfolgt.

Arbeiterentlassungen in größerem Umfange wurden von den Firmen:

Hermann Franken AG.,
Vereinigte Stahlwerke,
Küppersbusch und Söhne AG. und
Mannesmann-Röhrenwerke

vorgenommen.

In Besprechungen, die wir mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften der Metallindustrie gehabt haben, haben wir uns über die Lage informiert und gemeinsam mit den beiden Interessentengruppen versucht, Mittel und Wege zu finden, um der großen Erwerbslosigkeit im Metallgewerbe zu steuern. Die Aussichten, die auch von diesen Kreisen gegeben werden konnten, sind trübe. Es ist notwendig, das zu betonen, um keine irrtümliche Meinung aufkommen zu lassen. Das Arbeitsamt wird sich mit besonderem Eifer gerade der Frage der Erwerbslosigkeit in der Metallindustrie widmen. Hoffentlich gelingt es, hier weitgehend Milderung zu schaffen.

Wir haben, um uns ein klares Bild über die Fragen der Metallindustrie machen zu können, eingehende Untersuchungen vorgenommen und haben dabei folgende, hier interessierende Feststellungen gemacht.

Die Zahl der am Jahresschluß in der Großeisenindustrie beschäftigten Personen betrug:

Jahr	Angestellte männlich	Angestellte weiblich	Arbeiter männlich	Arbeiter weiblich	Beschäftigte insgesamt
1914	682	42	8 495	785	9 723
1920	1 183	62	10 687	706	12 638
1921	1 275	92	11 820	532	13 719
1922	1 400	115	13 584	621	15 720
1923	1 209	47	6 460	343	8 059
1924	932	48	9 453	352	10 830
1925	883	49	9 067	296	10 275
1926	863	48	9 834	236	10 981
1927	869	44	11 345	269	12 527
1928	851	41	11 244	272	12 408
1929	853	42	11 450	255	12 600

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß nach den großen Einschränkungen von 1923 vom Jahre 1925 ab ein dauernder Aufstieg stattgefunden hat, so daß Ende 1929 in der Großeisenindustrie 12 600 Personen, wovon rund 900 Angestellte waren, beschäftigt wurden. Besonders beachtlich ist, daß die Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten weiblichen Kräfte bei Arbeitern und Angestellten auf etwa ein Drittel der Ziffern von 1923 zurückgegangen ist. Es fällt noch besonders auf, daß der Abbau der Angestellten relativ größer ist, als der der Arbeiter. 1922 entfiel auf 9,4 Arbeiter ein Angestellter, 1929 jedoch auf 13,1 Arbeiter ein Angestellter.

Aus der nachfolgenden Gegenüberstellung der Zahl der am 1. Oktober einiger Jahre in der Großeisen- und in der metallverarbeitenden Industrie beschäftigten Personen =

a) Metallverarbeitung 1895: —; 1907: 333; 1925: 2838; 1929: 2183;

b) Großeisenindustrie 1895: 224; 1907: 6037; 1925: 12 380; 1929: 12 994

ergibt sich, daß die Zahl der in der Großeisenindustrie beschäftigten Personen, auf lange Sicht gesehen, noch im Aufstieg begriffen ist, während die Zahl der in der metallverarbeitenden Industrie beschäftigten Personen einen starken Rückgang erfahren hat. Des weiteren ist zu sehen, daß das Verhältnis der beiden Teile der Metallindustrie zueinander wie etwa 1 : 6 ist, d. h., daß in der Großeisenindustrie sechsmal soviel Personen beschäftigt werden, als in der metallverarbeitenden Industrie.

Interessant ist auch die Entwicklung der fünf größten Firmen, die sich aus nachfolgender Aufstellung ergibt:

	1914	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Schalker Verein	3 898	5 783	6 292	7 470	2 244	4 962	4 948	5 365	6 126	4 966	5 354
Küppersbusch & Söhne	1 915	1 544	1 724	1 958	1 726	1 801	1 981	2 185	2 701	2 905	2 817
Mannesmann Röhrenwerke	1 232	2 491	2 596	2 875	1 853	1 701	1 384	1 605	1 640	1 592	1 568
Guichoffnungs-Hütte	729	1 147	1 306	1 522	1 028	1 301	1 172	1 270	1 358	1 373	1 325
Rhein.-Westf. St.- und Walzwerke	994	1 613	1 709	1 792	1 180	1 002	737	532	634	620	681

Gegenüber 1914 hat nur das Rheinisch-Westfälische Stahl- und Walzwerk einen Rückgang (etwa ein Drittel) der Beschäftigten aufzuweisen, die übrigen vier Firmen dagegen eine Vermehrung. Während die übrigen Firmen gegenüber 1922 eine verringerte Belegschaftszahl haben, hat die Firma Küppersbusch Söhne auch gegenüber diesem Jahr noch einen Zuwachs von fast 50 Prozent.

Entsprechend dieser Entwicklung hat sich in den letzten Jahren eine Verschiebung in der Klassenstruktur der Betriebe ergeben, wie aus nachfolgender Gegenüberstellung zu ersehen ist:

Die erste Zahl ist die der Betriebe, die zweite Zahl die der in den Betrieben Beschäftigten:

1925: 3 53; 1 67; 2 559; 3 4061; 1 2001; 1 5608.
1929: 3 111; 2 213; 1 385; 1 721; 2 3067; 1 2772; 1 5725.

Es war leider nicht möglich, das notwendige Zahlenmaterial sämtlich für denselben Stichtag zu erhalten. Wir haben daher für einige für uns wichtige Feststellungen auf die Zahlen der Berufs- und Betriebszählung von 1925 zurückgreifen müssen.

Betrachtet man auf dieser Grundlage — und das ist für die Tätigkeit des Arbeitsamtes besonders wesentlich — die in der Metallindustrie Beschäftigten nach der Art ihrer Beschäftigung, so ergibt sich folgendes Bild: Es waren:

Metallarbeiter und Metallhandwerker 3724 männlich, — weiblich;
Hilfsberufe meist handwerklicher Art 423 männlich, — weiblich;
Hilfsarbeiter 4192 männlich, 206 weiblich.

Etwas mehr als die Hälfte aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter waren also Hilfsarbeiter.

Für Angestellte ergibt sich folgendes Bild:

Technische Angestellte 229 männlich, 10 weiblich;
Werkmeister u. Aufsichtspersonal 251 männlich, — weiblich;
Kaufmännische Angestellte, Büropersonal 572 männlich, 50 weiblich.

Insgesamt 1052 männlich, 60 weiblich.

Mehr als die Hälfte aller männlichen und mehr als 80 Prozent aller weiblichen Angestellten sind also auch in der Schwereisenindustrie kaufmännische Angestellte und Büropersonal.

Gliedere ich die Zahl der Arbeiter in den Walz- und Hüttenwerken der Großeisenindustrie nach ihrem Beruf auf, so ergibt sich folgendes Bild:

Former	645
Gießer	243
Maschinenarbeiter und Schleifer	208
Maschinenarbeiter und Kranführer	391
Schmelzer	96
Schmiede	180
Schlosser	1030
Schweißer und Brenner	62
Walzer und Drahtzieher	325
Dreher	334
Monteure und Installateure	210
Insgesamt:	3724

Der weitgrößte Teil aus der Gruppe der gelernten bzw. angelernten Arbeiter in der Metallindustrie sind die Schlosser. In weitem Abstand folgen die Former, dann die Kranführer, Dreher, Walzer, Drahtzieher usw.

Die Aufgliederung der Hilfsarbeiter nach Berufen ergibt folgendes Bild:

Photographen	3
Sattler	10
Schneider	3
Schuhmacher	3
Stellmacher	9
Tischler	114
Zimmerer	14
Buchbinder	3
Dachdecker	4
Gärtner	9
Heizer	70
Kraftfahrer	16
Kutscher	9
Lokomotivführer	29
Maler und Anstreicher	36
Maurer	91
Insgesamt:	423

Die größte Gruppe ist die der Tischler, der dann die der Maurer, Heizer, Maler und Anstreicher, Lokomotivführer usw. folgt. Wie sich auch aus diesen Bildern ergibt, beschäftigt die Industrie zahlreiche Handwerker der verschiedensten Art, so daß wir bei Betrachtung der vorher geschilderten handwerklichen Fragen auch die aus diesen Gewerbezweigen in die Industrie hinüberspielenden Probleme betrachten müssen.

Hand in Hand mit der Betreuung der Erwerbslosen geht unsere Berufsberatung. Das Bestreben der Berufsberatung soll dahin gehen, Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Tätigkeit der Berufsberatung hat sich darum aufs strengste an die Arbeitsmarktverhältnisse anzupassen. Ich habe schon im vorigen Jahre auf die Ueberfüllung fast aller handwerklicher Berufe hingewiesen. In Uebereinstimmung mit dem Innungsausschuß warnen wir vor der Ueberschätzung der Berufsaussichten im Handwerk. Man erweckt nicht nur in den Schulaboängern falsche Auffassungen, nein, man schädigt sie und die Wirtschaft, wenn man diese jungen Leute in einen Beruf bringt, der ihnen keine dauernde Existenzmöglichkeit bietet. Daß die Aussichten auf Erlangung einer handwerklichen Lehrstelle in Gelsenkirchen besonders ungünstig sind, ergibt sich auch daraus, daß hier auf je 100 Erwerbstätige 10 Handwerker entfallen, während im Deutschen Reich von 100 Erwerbstätigen 20 Handwerker sind. Ich weise noch einmal auf die von uns im vorigen Jahre festgestellten Zahlen über die Beschäftigung im Handwerk des Stadtteils Gelsenkirchen hin.

Es waren im Stadtteil Gelsenkirchen beschäftigt:

Nr.	Berufe	Meister	Gesellen	Lehrlinge	Insgesamt
1.	Bäcker	202	161	220	583
2.	Fleischer	147	117	142	402
3.	Konditoren	49	32	45	126
4.	Schneider	261	103	145	509
5.	Schneiderinnen	194	102	179	475
6.	Klempner	69	51	89	209
7.	Schmiede	51	21	92	164
8.	Tischler	102	105	149	356
9.	Dachdecker	41	42	43	126
10.	Maler	162	73	299	534

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß eine starke Ueberfüllung mit Lehrlingen in den oben genannten handwerklichen Berufen besteht.

Diese Feststellungen stimmen überein mit der Tatsache, daß Lehrlinge, die in diesen Berufen ihre Lehre beenden, im Normalfall arbeitslos werden, und daß sie sich später als Hilfsarbeiter oder ungelernte Arbeiter eine Arbeitsstelle suchen müssen. Als Beweis für diese Behauptung darf ich Ihnen beispielsweise nur folgende Zahlen nennen:

Es waren am 1. Februar 1930 arbeitslos im
Nahrungsmittelhandwerk insgesamt 218, davon unter 21 Jahren 86;
Metallhandwerk insgesamt 1233, davon unter 21 Jahren 420;
Holzverarbeitendes Handwerk insgesamt 320, davon unter 21 Jahren 112;
Bekleidungshandwerk insgesamt 306, davon unter 21 Jahren 156 Personen.

So bedauerlich es ist, daß manches Kind in dem Beruf, den es erlernen möchte, keine Existenz findet, so notwendig ist es, dieses in den obengenannten Fällen ausdrücklich zu betonen, wenn man die jungen Leute und die Wirtschaft vor Schaden bewahren will.

Auf die Tätigkeit unserer Abteilung Berufsberatung brauche ich nicht weiter einzugehen, da wir ja in einer besonderen Konferenz über diese Fragen gesprochen haben. Notwendig ist es jedoch, daß die Eltern in der Berufsberatung Auskunft einholen, ehe sie ihr Kind in eine Lehrstelle geben.

Die Aussichten für das kommende Jahr sind infolge der außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage nicht rosig; trotzdem hoffe ich, daß es dem Arbeitsamt gelingt, dahin zu wirken, daß die Zahl der Erwerbslosen dadurch verringert wird, daß ihnen Arbeit beschafft wird, und daß wir zu unserem Teil dazu beitragen, die Not der Menschen und der Wirtschaft in Deutschland zu verringern.

Die Presse bitte ich, uns bei dieser Arbeit zu helfen.

STADT GELSENKIRCHEN-BUER

Neues von Olschowy.

Vor dem hiesigen Amtsgericht wurde der bekannte Hochstapler und Schwindler Olschowy aufs neue verurteilt. Wegen gewinnsüchtiger Untreue zum Nachteil des Hovard-Konzerns erhielt er eine Geldstrafe in Höhe von 100 RM. und wegen versuchten Betruges zusammen mit einem gewissen Moor, ebenfalls zum Nachteil des Hovard-Konzerns, eine weitere Geldstrafe von 50 RM.

Es wäre wünschenswert, wenn das Berufungsverfahren gegen Olschowy seiner begangenen großen Schwindeleien und Hochstapeleien wegen nun endlich auch zum Abschluß gebracht würde. Es ist einfach unverständlich, daß ein so gerissener Schwindler, den man als gemeingefährlich bezeichnen muß, jetzt, nach über zwei Jahren, noch immer nicht endgültig abgeurteilt ist. Gerade die Tatsache, daß O. nach seiner Aburteilung zu 10 Monaten Gefängnis in erster Instanz schon wieder neue Betrügereien verübt hat, sollte unsere Justiz veranlassen, die Hauptverfahren nun endlich zu beschleunigen und zum endgültigen Abschluß zu bringen.

Zu den Akten Emma Kirchner.

Die Staatsanwaltschaft hat nach der Aufklärung des Falles Kirchner das Wort. Die Akten laufen unter dem Rubrum: „Vorverfahren gegen Emma Kirchner, wegen Mordes." Furchtbarer Tatbestand! Wird das unglückliche Mädchen für seine Tat verantwortlich gemacht werden können? Das ist die Frage, die immer noch in weiten Kreisen der Bevölkerung unserer Stadt besprochen wird. Die verschiedensten Ansichten werden laut. Wir sind der Auffassung, daß die medizinischen Sachverständigen, die Psychologen, in dieser Angelegenheit das wichtigste Wort zu sprechen haben. Voll verantwortlich kann das Mädchen für seine Tat nicht gemacht werden, soviel steht jetzt schon fest. Wird die Unglückliche überhaupt verantwortlich zu machen sein?

Es handelt sich zweifellos um eine im Sinne des Strafgesetzbuches minderwertige Person, d. h. eine Person, deren geistige Fähigkeiten infolge seelischer und körperlicher Defekte gegenüber dem „normalen" Menschen herabgemindert sind. Emma Kirchner ist ein solches bedauernswertes Menschenkind. Infolge eines entsetzlichen Leidens ohne Schule aufgewachsen, in Verhältnissen, die keineswegs die Garantie für die richtige Behandlung des Kindes boten und auch nicht bieten konnten, muß unterstellt werden, daß ihr Hemmungen, denen gesunde Menschen unterworfen sind, einfach abgingen. Sie war von primitiver Denkungsart und konnte nach ihrer Erziehung und ihren Fähigkeiten nicht anders sein. Hat sie ihren Bruder vorsätzlich, mit Ueberlegung, getötet? Diese Tatbestandsmerkmale müssen bewiesen werden, um von einem Morde im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches sprechen zu können. Der Nachweis wird kaum zu führen sein. Ist nicht die Auslegung plausibler, daß das von ihrem verkommenen Bruder ständig mißhandelte Mädchen von einer Angstpsychose befallen war, daß sich gewissermaßen in ihrem Denken Notwehrkomplexe gebildet hatten, die den so viel genannten Haß bei weitem überwogen? Ist nicht anzunehmen, daß die Erkenntnis ihrer Macht, als sie ihren Peiniger schlafend und betrunken in ihre Hand gegeben sah, geradezu verheerend in ihrem Bewußtsein gewirkt haben muß? Das Gericht wird die Ueberlegung bei der Tat kaum bejahen können. Dann kam bei ruhigerer Ueberlegung die Erkenntnis der Tragweite der ausgeführten Tat. Die Beseitigung der Leiche wurde beschlossen. Wieweit die Mutter hierbei mitgewirkt hat, wird auch nicht genau bewiesen werden können. Jedenfalls ist die Beseitigung auf eine Art und Weise geschehen, die durchaus der primitiven Denkart der Täterin entsprach. Auch der Umstand, daß die Leiche des Erschlagenen erst zwei Tage liegengelassen wurde, ist ein Beweis dafür, daß es sich nicht um eine in allen Einzelheiten vorüberlegte und vorbereitete Mordtat handelt. Totschlag und Beseitigung einer Leiche, das sind mit größter Wahrscheinlichkeit die vorliegenden Delikte, wobei die Frage der Verantwortlichkeit von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Emma Kirchner ist schwer blasenleidend und konnte deshalb die Volksschule nicht besuchen.

Ist sie jetzt haftfähig?

Rückt nicht die Einzelhaft bei diesem triebhaften Menschenkind mit der primitiven Denkungsart die Haftpsychose in unmittelbare Nähe. Soll sie neuen Angstzuständen überantwortet werden? Die Mediziner haben hier schnellstens und entscheidend einzugreifen. Die langsam arbeitende, fristeneinhaltende Justizmaschine darf

dieses unglückliche Mädchen nicht im Getriebe ihrer kalten Paragraphen zermalmen, denn vorläufig liegen — um einmal Juristendeutsch anzuwenden — Gründe vor, aus denen zu schließen ist, daß die Täterin das erforderliche Maß der Einsicht der Tragweite ihrer Handlungsweise bei Begehung der Tat nicht oder nur teilweise besessen hat.

Fahrplanänderungen.

Ab 15. dieses Monats trat wegen des früher beginnenden Schulunterrichts auf der Kraftomnibuslinie Gelsenkirchen—Haverkamp folgende Fahrplanänderung in Kraft:

Abfahrt der Kraftomnibusse:

Ab Gelsenkirchen Hbf. 7.00, 7.40, 8.50, 9.50 usw. alle 60 Minuten bis 21.50 und 23.00 Uhr.

Ab Haverkamp, Ewaldstraße, 7.22, 8.22, 922 usw. alle 60 Minuten bis 22.22 und 23.22 Uhr.

Sven Scholander singt im Hans-Sachs-Haus!

Am Samstag, dem 22. dieses Monats, um 20 Uhr, singt Sven Scholander im großen Saale des Hans-Sachs-Hauses Lieder zur Laute. Da es die letzte Gastspielreise ist, auf der der Künstler auch unsere Stadt mit einem letzten Abschiedsabend berührt, darf wohl auf einen guten Besuch des Konzerts gerechnet werden, zumal ein ganz besonders interessantes Programm zusammengestellt worden ist. Die Karten kosten für Mitglieder der Freien Volksbühne eine Reichsmark und für Nichtmitglieder 1,50 RM. und sind in der Volksbuchhandlung, Ringstraße 33, im Zigarrengeschäft Hermann Wilde, an der Ecke Alter Markt und Wanner Straße, an der Sammelkasse bei Alsberg, Bahnhofstraße, und im Pianohaus Nevries, im Hans-Sachs-Haus, zu haben.

Schüler und Jugendliche, die sich als Mitglied einer Jugendgruppe ausweisen, erhalten Karten zum Preise von 30 Pfennig.

Ein Revolverdrama.

In einem Hinterhause der Breiten Straße 11 war es in den letzten Tagen mehrere Male zu schweren Auseinandersetzungen zwischen dem Wohnungsinhaber, dem Bergmann Friedrich Peterhansel, und dem 27jährigen Elektriker Theodor Peters aus der Kreuzstraße 7 gekommen. Peters bemühte sich um die Tochter und stieß hierbei auf den unerbittlichen Widerstand des Vaters, weil der Bewerber erst kürzlich nach Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe aus dem Gefängnis entlassen worden ist. Peterhansel hatte vor einigen Tagen gegen den etwas ungestümen Freier bei der Polizei Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung erstattet. Am Sonntag, gegen 17 Uhr, erschien Peters abermals in der Wohnung des Peterhansel und verlangte von ihm die Zurücknahme der Anzeige. Die Auseinandersetzung verlief noch recht glimpflich, und Peters entfernte sich. Kurze Zeit darauf kehrte er wieder zurück, zertrümmerte die Wohnungstür und drang in das Innere der Wohnung ein. Peterhansel gab nun auf den Eindringling einen Schuß ab, der ihn so unglücklich in den Unterleib traf, daß er mit schweren Verletzungen zusammenbrach. Peters wurde mit dem städtischen Krankenwagen zum Evangelischen Krankenhaus transportiert. Die Vernehmung der Zeugen wurde durch die Kriminalpolizei am Tatort vorgenommen. Im Anschluß hieran erfolgte die Festnahme des Schützen. Der Verletzte wurde im Krankenhaus von der Kriminalpolizei vernommen. Im Anschluß hieran mußte sich der Verletzte einer Operation unterziehen, wobei die Kugel entfernt wurde. Da ein Darm gerissen ist, ist es fraglich, ob Peters mit dem Leben davonkommt.

Wo bleibst du?

Mitglieder des Touristenvereins „Die Naturfreunde" und der Sozialistischen-Arbeiter-Jugend-Gruppen in den Stadtteilen Gelsenkirchen und Buer sind eifrig am Proben von Tollers „Masse Mensch", denn sie wirken mit

bei der Märzgefallenenfeier am 30. März.

Es werden die Mitglieder der verschiedensten freigewerkschaftlichen Jugendgruppen von dieser Stelle aus nochmals aufgefordert, sich ebenfalls zur Mitwirkung an der Aufführung dieses Werkes, mit dem wir die toten Kämpfer ehren wollen, zur Verfügung zu stellen. Für diejenigen, die noch mitmachen wollen, heißt es:

Kommt zur Sprechchorprobe am Donnerstag, dem 20. dieses Monats, um 20 Uhr, ins August-Bebel-Haus.

Ein Kind schwer verbrannt. Die 11 Jahre alte Tochter des Händlerehepaares Schiwy, Deichstraße 10, wollte am Montag das Feuer im Küchenherd schüren, die Flammen schlugen heraus, und die Kleider des Mädchens gerieten in Brand. Das Kind trug schwere Verletzungen am Kopf und am Leib davon, so daß es in das Evangelische Krankenhaus gebracht werden mußte. Es besteht Lebensgefahr.

Buer

Die Kokerei auf Hugo 2 wird umgebaut.

Die Verwaltung der Zeche Hugo in Buer Mitte beabsichtigt, die Kokerei der Schachtanlage Hugo 2 vollständig umzubauen und durch eine Modernisierung zu verbessern. Die alten Oefen werden zum Teil abgerissen und einer durchgreifenden Reparatur unterzogen. Aus diesem Grunde muß die Kokerei für etwa 6 Monate stillgelegt werden, und die Folge davon ist, daß rund 100 Arbeiter vorerst entlassen werden. Nach Fertigstellung der Arbeiten wird alsdann der Betrieb wieder in vollem Umfange aufgenommen.

Wegen Betruges wurde ein Kaufmann J. M. von hier zur Anzeige gebracht. Er bezog im Jahre 1926 von einem Kaufmann L. aus der Urbanusstraße für 596 RM. Lebensmittel. M. gab an, die Waren für das Geschäft seines Vaters zu kaufen, und legte auch Bestellscheine, die auf den Namen seines Vaters lauteten, vor. Als nun L. bei dem Vater des M. auf Zahlung der Waren drängte, stellte sich heraus, daß der Sohn ohne Auftrag seines Vaters gehandelt und der Vater Waren nicht erhalten hatte. Ebenso wurde festgestellt, daß die Unterschriften des Vaters auf den Bestellscheinen von dem Sohne geleistet waren.

Wegen Körperverletzung wurde ein M. S. aus dem Winkel in Westerholt zur Anzeige gebracht, weil er am 13. dieses Mts., gegen 21.30 Uhr, eine an der Grünstraße daselbst wohnhafte Witwe S. auf der Storksmährstraße und einige Minuten später auf der Bahnhofstraße ohne jeglichen Veranlassung körperlich mißhandelte, so daß diese bewußtlos zusammenbrach.

Fay's Sodener mit Menthol gegen Husten. Heiserkeit.

Verband für Freidenkertum u. Feuerbestattung

Das Betrugsmanöver der Opposition? / Haltet die Bücher fest!

Wir haben schon in voriger Woche darauf hingewiesen, daß Schwindler am Werke sind, die unsere Mitglieder verleiten wollen, zu der Essener Richtung überzutreten und ihnen die Mitgliedsbücher auszuhändigen.

Der Bund proletarischer Freidenker, der sich jetzt in „Verband proletarischer Freidenker" umgetauft hat, soll das Sammelbecken der Hinausgeworfenen und Verärgerten werden.

Zu diesem Zweck hat man dort im Mai vorigen Jahres neben der unentgeltlichen Feuer- oder Erdbestattung eine Sterbeversicherung eingeführt. Je nach der Dauer der Mitgliedschaft wird außer freier Bestattung ein Sterbegeld in Höhe von 50 bis 150 RM. gezahlt. Damit sollte die Leistungsfähigkeit dieses revolutionären Verbandes bewiesen werden. Für jeden Einsichtigen war es klar, daß diese Einrichtung nur eine vorübergehende Erscheinung sein konnte. Bei einem Beitrag von 60 Pfennig monatlich ist es versicherungstechnischer Unsinn, neben freier Bestattung noch ein Sterbegeld in dieser Höhe zu gewähren. Es müßten denn schon doppelte Beiträge erhoben werden.

Darüber waren sich diejenigen, die die Sterbeversicherung im Mai vorigen Jahres einführten, auch vollständig klar. Diese Sterbeversicherung sollte das Mittel sein, die Mitglieder von unserem Verband loszuködern. Wenn dieses erreicht, dann sollte die Sterbeversicherung wieder abgebaut werden.

Wir haben schon damals auf die Unehrlichkeit eines solchen Beschlusses hingewiesen. Jetzt sind wir in der Lage, einen bündigen Beweis für diese gemeine Lumperei zu bringen. Wir veröffentlichen hiermit ein Schreiben der kommunistischen Fraktionsleitung. Wörtlich heißt es:

„An alle Ortsgruppenfraktionen des Verbandes proletarischer Freidenker (Feuerbestattung), Ruhrgebiet!

. . . Wir haben alle unsere Beschlüsse der Bezirksleitung vorgelegt, was seitens des Sekretariats bestätigt wurde. Am 27. Januar 1930 findet im Parteihaus in Essen, Rottstraße Nr. 16, eine Sitzung aller Fraktionsleiter unseres Verbandes, wo wir über die Durchführung gemeinsam verhandeln werden, statt. Zu dieser Sitzung sollen außer den Fraktionsleitungen der Ortsgruppen die kommunistischen Vorstandsmitglieder und alle Parteigenossen, welche an den Funktionärsitzungen unseres Verbandes teilnehmen, hinzugezogen werden. Es ist nunmehr eure Aufgabe, selbst zu der Sitzung am 27. Januar 1930 zu erscheinen und die obengenannten Genossen mitzubringen. Der Zweck dieser Sitzung ist ferner, daß in den Vorstandssitzungen und in den Funktionärsitzungen alle Kommunisten mit einer einheitlichen Plattform auftreten. Wir werden in Zukunft gegen alle Parteigenossen, die glauben, in unserer Agitation persönliche Quertreibereien zu pflegen, mit organisatorischen Mitteln vorgehen, um dieses Durcheinander zu unterbinden. Wenn unsere Genossen etwas haben, sollen sie sich an (den Papst; Verzeihung, Irrtum!) die Fraktion wenden, wo wir über alle Streitfragen beraten und gemeinsam beschließen . . . Am 16. Februar findet die erste Bezirkskonferenz unserer Organisation statt. Diese Tagung wird sich besonders mit folgenden Fragen befassen:

1. Sterbeversicherung,
2. Satzungsänderungen . . .

Bezüglich der Versicherung haben wir beschlossen, diese per 1. Mai abzuschaffen. Dieses ist notwendig . . . Ebenso sollen die Ortsgruppen reorganisiert werden, um bei eventl. Illegalität weiterarbeiten zu können. Bezüglich des Vorstandes werden wir auf der Fraktionssitzung am 27. Januar Stellung nehmen und endgültig beschließen . . .

Mit kommunistischem Gruß!

Die Fraktionsleitung d. V. pr. F. (m. Feuerbestattung) Ruhrgebiet."

Höher geht es nimmer.

Während die kommunistischen Funktionäre unsere Mitglieder aufsuchen und ihnen versprechen, daß sie bei der Essener Richtung im Todesfall neben freier Bestattung noch 50 bis 150 Reichsmark Sterbegeld bekommen, ist hinter verschlossenen Türen schon beschlossen, dieses Reklamestück abzubauen.

Weiter ist sehr interessant, daß innerhalb des rein kommunistischen Verbandes der proletarischen Freidenker noch eine kommunistische Fraktionsleitung vorhanden ist, die alles vorher beschließt, und die Mitglieder haben dieses gehorsam nachzukauen, sonst werden sie aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Daher der Name Freidenker.

Wer unseren Verband im Stich lassen und seine Beiträge diesen Schwindlern anvertrauen will, der möge dies tun. Wir haben unsere Pflicht getan, indem wir unseren Mitgliedern das Material unterbreiten.

Ausdrücklich weisen wir darauf hin, daß die Grabstätte auf dem Heßler Friedhof Eigentum des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, Ortsgruppe Gelsenkirchen, ist. Die Essener Richtung hat daran keinen Anspruch.

Am 9. März wird die Generalversammlung des Verbandes stattfinden. Bis zum 1. März haben die Mitglieder noch Zeit, die Erklärung der Bezirksleitung zu unterschreiben. Wer seine Rechte als Mitglied nicht verlieren will, der tue dies.

Ueber den Stand unserer Organisation folgendes:

Die Mitgliederzahl im ganzen Reiche beträgt über 600 000. Trotz 30 000 Absplitterungen und Hinauswürfen von Krakeelern hat sich die Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre noch erheblich gesteigert.

Auch in unserem Bezirk ist die Bewegung als sehr günstig zu bezeichnen. Doch lassen wir Zahlen sprechen.

Mitgliederstand am 1. Januar 1929: 17 568.

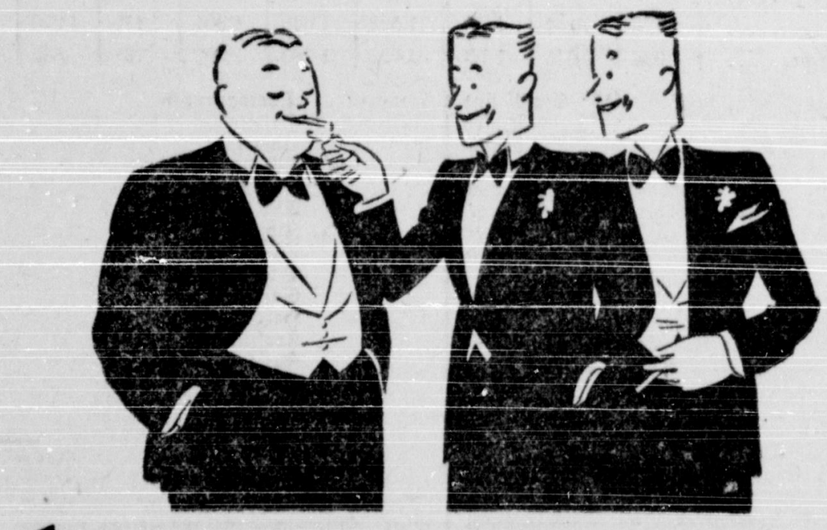
Mitgliederstand am 31. Dezember 1929: 19 335.

Die Einnahmen betrugen 121 777 RM. Nachdem von diesem Betrag die Verwaltungs- und Bestattungskosten gedeckt wurden, konnten der Zentrale 60 000 RM. für den Sicherheitsfonds überwiesen werden.

Glänzender kann die Abrechnung einer Organisation kaum sein. Dieses ist nur möglich, weil für den ganzen Bezirk Westfalen von Bielefeld bis Essen nur ein Sekretär und eine Hilfskraft angestellt sind. Es gibt keine Organisation, die für ein so großes Gebiet und eine so große Mitgliederzahl mit so wenig Angestellten arbeitet. Damit ist auch das Geschrei von den vielen Bonzen, die im Verband unterhalten werden, abgetan.

Schütze sich jeder vor Schaden, indem er den Lockungen der Essener Richtung nicht folgt. Die größte und finanziell am besten fundierte Freidenker- und Feuerbestattungsorganisation nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt bleibt der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Sitz Berlin.

B.



Es müssen nur die Richtigen kommen . . .

Gereifte Herren, die sich der Brasil verschworen, sehen oft in der Cigarette etwas „Leichtsinniges." Da müssen nur die Richtigen kommen — „Eckstein-Halpaus". Sie finden im richtigen Augenblick das richtige Wort, und . . . der alte Herr probiert wenigstens einmal die Ulmenried — zunächst zögernd, angenehm überrascht — schließlich begeistert! — Nur kein Vorurteil, was gut ist, überzeugt!

ULMENRIED 5 Pfg.

Nr. 41. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer. Dienstag, den 18. Februar 1930.

Organisation und Leistungen der „Arbeiter-Wohlfahrt" im Jahre 1929

Unterbezirkskonferenz in Recklinghausen.

Recklinghausen den 17. Febr. 1930.

Die Unterbezirks-Konferenz der „Arbeiterwohlfahrt", Unterbezirk Recklinghausen-Gelsenkirchen, fand am Sonntagvormittag im Volkshaus in Recklinghausen statt. Die Beteiligung war sehr gut. Der von der Genossin Endmann (Recklinghausen) erstattete Jahresbericht war von einem frischen optimistischen Zug durchweht. Die Organisation wurde auch im verflossenen Geschäftsjahr weiter gestärkt und gefestigt; ihre Leistungen gehen aus dem hier ausführlich wiedergegebenen Bericht überzeugend hervor. Daß so Erfreuliches geleistet werden konnte, ist nicht zuletzt das Verdienst all der Helferinnen und Helfer, die sich in uneigennütziger Weise und unter Hintanstellung persönlicher Interessen dem Liebeswerk an den notleidenden und hilfebedürftigen Bevölkerungsteilen gewidmet haben. Dafür sei ihnen auch an dieser Stelle Dank und Anerkennung gezollt. — Nach dem Jahresbericht erhielt das Wort der Genosse Rautenberg, Beigeordneter in Blankenstein, zu seinem Vortrag über „Die Finanzlage in den Städten und Gemeinden und das Fürsorgewesen". Nur selten haben wir ein an und für sich so „trockenes" Thema wie dieses so temperamentvoll und so lebendig behandelt gefunden wie hier. Die Versammlung folgte dem Referenten mit stärkstem Interesse, ein Zeichen dafür, wie wichtig die Erörterung solcher Fragen ist. Die trefflichen Ausführungen des Genossen Rautenberg veröffentlichen wir fast im ganzen Wortlaut, weil wir glauben, daß diejenigen, die an der Konferenz nicht teilnehmen konnten, ihnen ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden werden, denn hier wird eines der brennendsten und aktuellsten Probleme behandelt, das wir heute kennen.

Der Jahresbericht.

Nach kurzen Begrüßungsworten gab Genossin Endmann den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Die Arbeiterwohlfahrt konnte am 13. Dezember 1929 auf eine 10jährige Tätigkeit zurückschauen. Männer und Frauen wurden zu systematischer Wohlfahrtsarbeit in einer Organisation vereint. Nicht wurde eine grundsätzlich neue Organisation geschaffen, sondern mit all den Fragen, die uns heute bewegen, haben wir uns schon lange Jahre vor dem Kriege befaßt. Es handelte sich lediglich um die organisatorische Zusammenfassung der bereits in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossen und Genossinnen mit dem Ziel: Gewinnung neuer Kräfte und ihre Schulung! Nicht allein haben wir unsere sozialistische Grundanschauung theoretisch zu vertreten, sondern vor allem galt es, praktische Arbeit auf dem ganzen Gebiete der Wohlfahrt zu leisten, nicht allein in der Organisation selbst, sondern auch bei allen Behörden. Opferwilligkeit und der Einsatz der ganzen Persönlichkeit zeichnen unsere Genossen und Genossinnen in der AW., wie das wohl kaum in einer anderen Organisation der Fall ist. Wir in unserem Unterbezirk können mit Stolz und Freude auf unsere Arbeit zurückschauen. Fest steht die Organisation und hocherfreulich ist die Entwicklung.

Die Organisation.

Im verflossenen Jahre fanden 6 Vorstandssitzungen statt, die sich hauptsächlich mit organisatorischen Fragen (Bildungsarbeit, Kurse, Kindererholung, Ferienaufenthalt und Kinderfreundebewegung befaßten. Die Arbeiterwohlfahrt im Unterbezirk umfaßt 16 Ortsausschüsse, 15 haben Berichte gegeben. Dorsten ist neu hinzugekommen als selbständiger Ortsausschuß, und zwar erst Ende des Jahres, so daß kein Bericht gegeben werden konnte. Durch Zusammenlegung einzelner Ortsausschüsse haben wir ihre Zahl verkleinert; die Ortsausschüsse sind jedoch vermehrt worden.

Bei größeren Stadtgebilden oder Gemeinden ist es zweckmäßig, nur einen Ortsausschuß einzurichten, selbstverständlich braucht man dann Unterausschüsse. Dadurch können wir eine Kraftvergeudung vermeiden. Es kann nur ein Ortsausschuß mit der Behörde verhandeln. Es wäre dementsprechend also ein Vorstand zu wählen, der die Arbeiten über die ganze Stadt oder Gemeinde leitet. Das ließe sich zum Beispiel in Erkenschwick-Datteln oder Marl-Hüls usw. — gut durchführen und würde unsere Arbeit auch für das Sekretariat wesentlich erleichtern.

Genossin Pasch, die uns eine sehr wertvolle Mitarbeiterin war, ist durch Verheiratung ausgeschieden, dafür ist die Genossin Schreier als staatlich anerkannte Fürsorgerin in Gelsenkirchen angestellt worden.

Unsere organisatorische Kraft liegt hauptsächlich in der großen Anzahl von ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen. In den gesamten Ortsausschüssen sind tätig: Helfer 184, Helferinnen 299, zusammen 483. Die Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahre um 50 Prozent gesteigert. Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, daß alle Helfer und Helferinnen der Partei angehören müssen. Wie sollen sie sonst in sozialistischem Sinne tätig sein? Wie können sie so die sozialistischen Ideen verbreiten und verwirklichen? Wir betrachten die Arbeiterwohlfahrt als Glied der Partei. Auch unsere Arbeit ist anders als bei den bürgerlichen Organisationen. Unser Endziel ist doch schließlich die Verwirklichung der sozialistischen Gedanken. Das können wir nur wirksam anstreben, wenn alle Helfer der Sozialdemokratischen Partei angehören. Durch unsere Wohlfahrtsarbeit betreuen wir natürlich jeden Volksmenschen, der sich in Not befindet und der Hilfe bedarf. Um gute Erfolge zu erzielen, ist engste Zusammenarbeit mit der Partei und unseren Fraktionen in den Gemeinden und Städten eine wichtige Voraussetzung.

Bildung und Wissen.

Versammlungen und Sitzungen in den Ortsausschüssen fanden insgesamt 230 statt; außerdem jede Woche die Wohlfahrtsstunden. In allen Veranstaltungen wurden soziale Fragen behandelt. In einzelnen Ortsausschüssen fanden für die ehrenamtlich tätigen Pfleger und Pflegerinnen bei den Behörden Spezialkurse statt, so in Recklinghausen 2. Genosse Hölleskamp hielt einen sehr instruktiven Vortrag über die Fürsorgepflichtverordnung. Solche Belehrung ist dringend notwendig. Wir müssen uns schulen und abermals schulen und uns auch die nötigen Gesetzeskenntnisse aneignen.

Vier Konferenzen haben im Unterbezirk stattgefunden. An der Konferenz in Frankfurt nahmen aus unserem Unterbezirk 9 Vertreter teil, und zwar die Genossinnen Krakowczyk, Wiegel, Pfeifenbring, Limburger, Erdmann und die Genossen Pfeifenbring, de Weiß, Ruß und Wille. Zwei Ortsausschüsse haben Kurse abgehalten. Weitere Schulungskurse waren schließlich noch mit der alljährlich stattfindenden Wohlfahrtslotterie verbunden. Gegenüber dem Vorjahre wurden leider 2361 Lose weniger umgesetzt. Die Ursache ist vermutlich in der scharfen Inanspruchnahme unserer Funktionäre durch die Kommunalwahlen zu suchen. Der Verkauf der Reichswohlfahrtsbriefmarken wird wohl in diesem Jahre stärker sein, weil die Marken durch den Unterbezirk bezogen worden sind.

Bei behördlichen Veranstaltungen haben wir teilgenommen an Vorträgen, Kursen, Prüfungen an den Berufsschulen. Kochkurse konnten wir bisher nicht durchführen. Es werden überall für diese Zwecke Mittel der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Es wird notwendig sein, sich zukünftig darum zu bemühen. Im Sommer veranstalteten die einzelnen Ortsausschüsse Ausflüge und Besichtigungen von Anstalten. So wurde das „Haardheim" besichtigt und das Versorgungsheim in Herne. Das war für uns ein sehr gründlicher, wichtiger Anschauungsunterricht. Zwei Ortsausschüsse veranstalteten Waldfeste. Notwendig ist unsere Sorge für die weibliche Jugend. Wir müssen Kurse und Vorträge veranstalten, die die Mädels auch interessieren. Wir haben Nachwuchs zu erziehen, der einmal das Werk der Alten fortsetzen soll. Sehr interessant ist, daß einige Ortsausschüsse sich bereits eine Bibliothek zugelegt haben, so Erkenschwick, Hochlarmark und Datteln.

Einrichtungen und Heime.

Nur vier Ortsausschüsse besitzen eigene Heime: Gelsenkirchen, Datteln, Erkenschwick und Recklinghausen. Im übrigen tagen unsere Ortsausschüsse in gemieteten Lokalen oder es sind uns Räume in den Schulen oder Baracken von den Behörden zur Verfügung gestellt.

Alle Ortsausschüsse verfügen über eigenes Inventar (Tische, Stühle, Sitzbänke usw.). Außerdem besitzen wir insgesamt 83 Nähmaschinen. Gelsenkirchen hat ein vollständig eingerichtetes Büro. In einzelnen Ortsausschüssen sind noch 10 Säuglingskörbe mit vollständiger Ausstattung vorhanden. In allen Ortsausschüssen werden Nähstunden abgehalten, 7 Ortsausschüsse veranstalteten Nähkurse. Die Beteiligung war im allgemeinen gut. Angefertigt wurden Leib- und Bettwäsche, Kleider, Mäntel für den eigenen Bedarf und für die von uns betreuten Bedürftigen. 11 Ortsausschüsse haben in 184 Fällen bedürftige Kinder und Jugendliche eingekleidet. In 7 Ortsausschüssen wurden 80 Kinder zur Schulentlassung eingekleidet.

Familienpflege.

In 10 Ortsausschüssen wurde in 134 Fällen Wöchnerinnen- und Hauspflege ausgeübt. Dafür stellten sich 60 Helferinnen zur Verfügung. 8 Ortsausschüsse haben in 60 Fällen stillende Mütter mit Stärkungs- und Lebensmitteln versorgt. Die Mittel stellte der Ortsausschuß selbst. 2 Ortsausschüsse verliehen 33mal die Säuglingskörbe. 4 Ortsausschüsse haben in 24 Fällen die Säuglingswäsche geschenkt. 3 Ortsausschüsse wirken mit an der Mutterberatung für Säuglings- und Lungenfürsorge.

Acht Ortsausschüsse haben eine Auskunfts- oder Beratungsstelle eingerichtet. Rat und Auskunft wurde in 1174 Fällen durch den Vorsitzenden oder Geschäftsführer erteilt, und zwar in folgenden Angelegenheiten: Vormundschaft, Fürsorgeerziehung, Gefährdetenfürsorge, soziale Gerichtshilfe, ferner Gesundheits-, Erwerbslosen- und Wohnungsfürsorge. 10 Ortsausschüsse haben sich in 249 Fällen an der Jugend- und Gefährdetenfürsorge beteiligt. 7 Ortsausschüsse haben 17 Vormundschaften übernommen. 9 Ortsausschüsse haben 22 Schutzaufsichten übernommen. 8 Ortsausschüsse haben 20 Vormundschaften vermittelt, 5 Ortsausschüsse haben 9 Kinderpflegestellen vermittelt. 2 Ortsausschüsse haben 6 Fälle von Kinderbettelei festgestellt und durch Vermittlung des Jugendamtes Abhilfe geschaffen.

Sodann berichtete Genossin Endmann über die Besetzung der Ausschüsse der behördlichen Wohlfahrtspflege.

Kinderfürsorge.

In 9 Ortsausschüssen wird behördliche Kinderspeisung durchgeführt. 2 Ortsausschüsse sind durch Stellung von Helferinnen bei der Milchverteilung beschäftigt. Zu dem Ferienaufenthalt in Namedy wurden auf dem Unterbezirk 66 Kinder und 8 Helfer auf vier Wochen entsandt. Weiter hatten wir während der Ferien (4 Wochen) die Jugendherbergen in Sinsen und Haltern am Stausee je acht Tage im ganzen zur Verfügung. Insgesamt nahmen hieran teil 789 Kinder und 99 Helfer und Helferinnen. Die Unkosten für diesen Ferienaufenthalt trug die Arbeiterwohlfahrt. Von den einzelnen Gemeinden bekamen wir Zuschüsse. Auch die Partei trug ihr Scherflein dazu bei. Besonderer Dank gebühre dem Konsumverein „Wohlfahrt", Bochum, der sehr erhebliche Zuschüsse für insgesamt 141 Kinder leistete.

Die Auswirkungen des Ferienaufenthaltes sind im allgemeinen gut. In einigen Ortsausschüssen wurden Kinderfeste veranstaltet. Insbesondere waren es die zwei Verfassungsfeiern, bei denen die Genossen Zingler und Pfeifenbring zu den Kindern sprachen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch die Ortsausschüsse einige Ausflüge mit den Kindern veranstalteten. Die Kinderfreundebewegung ist jetzt in eine geordnete Bahn gelenkt. Aus der losen wurde jetzt eine feste Kinderfreunde-Organisation geschaffen. Zu dem erfreulichen Aufschwung der Kinderfreundebewegung haben die „Alten" ihr gut Teil beigetragen. — Ohne die Arbeiterwohlfahrt wäre es wohl nicht möglich gewesen, Ferienaufenthalte usw. zu veranstalten. Die Erziehung des Nachwuchses wird ja doch wohl eine Aufgabe der „Alten" sein müssen. Es geht uns um das Kind. — Wir sind uns der schweren Aufgabe und Verantwortung gegenüber der Jugend voll bewußt. —

9 Ortsausschüsse haben Weihnachtsfeiern veranstaltet. 1136 Personen wurden mit Geschenken (Kleidung, Lebensmittel usw.) bedacht. 6 Ortsausschüsse veranstalteten Altenabende mit 453 Teilnehmern. 4 Ortsausschüsse erhielten für diese Zwecke Spenden vom Wohlfahrtsamt. — 14 Ortsausschüsse halfen in 203 Fällen bedürftigen Kranken und Alten durch Lebensmittelscheine, durch Barmittel und Kleidung. Eine Fülle von Arbeit ist also im verflossenen Jahre in den Ortsausschüssen von den Helfern und Helferinnen geleistet worden. Es wäre sicher nicht so erfolgreich gewesen, ohne die starke Bindung mit der Partei und den Fraktionen. Es ist uns ein dringendes Bedürfnis, allen Funktionären und Funktionärinnen für ihre tatkräftige und aufopfernde Mitarbeit herzlich zu danken. Wir wollen in der AW. auch in Zukunft für das Wohl der Allgemeinheit arbeiten und für den Sozialismus unsere ganze Kraft zur Verfügung stellen.

Der Jahresbericht der Genossin Endmann wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Auf Vorschlag des Genossen Rhode (Recklinghausen) wurde die Aussprache darüber verschoben bis nach dem Referat des Genossen Rautenberg. Dieser sprach über:

Die Finanzlage in den Städten und Gemeinden und das Fürsorgewesen.

Es wird heute kaum für einen Kommunalpolitiker die Frage so stark bewegt sein und eine derartige Unterhaltung auslösen haben als die, wie die Finanzlage der Städte und Gemeinden geregelt werden könnte. Ganz allgemein gesprochen ist die Finanzlage in den Städten und Gemeinden katastrophal und wirkt sich demnach ganz erheblich auch auf die Fürsorge aus, u. zw. ganz verschieden auf die geschlossene, offene und vorbeugende Fürsorge. Deshalb ist es äußerst wichtig, sowohl für die, die sich um die Fürsorge kümmern, als auch für die, die von ihr betreut werden, inwieweit die Finanzreform gelöst wird. Jedenfalls müssen alle Obacht geben, daß die Finanzreform nicht so gelöst wird, daß die ganze Fürsorge darunter leidet. Auch aus diesem Grunde bin ich dafür,

daß die Reform mit und nicht gegen uns geht,

insbesondere, da wir die Verantwortung aus dem Youngplan mittragen wollen und auch die Folgen daraus zu ziehen haben. Es handelt sich in Wirklichkeit nicht nur um eine Reichsfinanzreform, sondern auch um eine Finanzreform der Länder und Gemeinden. Es kommt darauf an, daß die Lasten auf diese drei Beteiligten richtig verteilt werden und dementsprechend auch die Einnahmen. Diese Entscheidung muß einmal kommen, wir können ihr nicht aus dem Wege gehen. Bevor man sich über die Reform selbst klar wird, müssen einige Vorfragen besprochen werden, u. zu:

1. Kapital und Arbeit oder auch Kapital oder Arbeit,
2. Neubildung von Kapital von unten oder von oben.

Die Frage: „Kapital und Arbeit oder auch Kapital oder Arbeit" ist für die Gemeinden sehr wichtig. Sie ist nicht von nebensächlicher Natur, sondern hat eine äußerst große Bedeutung, auch in bezug auf die Fürsorge. Es steht fest, daß die beste Fürsorge für diejenigen, die heute keine Arbeit haben, sich aber gern beschäftigen möchten, die ist, Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Den meisten Menschen liegt es gar nicht, sich in irgendeiner Form von der Fürsorge betreuen zu lassen. Nur ganz kurz anzudeuten sind die beiden Ziele, die seitens unserer Partei gestellt werden. Die Lösung in der Arbeitslosenfürsorge kann nur durch eine

Kürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne

und damit der Hebung der Kaufkraft gefunden werden. Liegen doch heute die Dinge tatsächlich so, daß fast in allen Gemeinden die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ganz erheblich steigt. Die Ausgaben der Städte und Gemeinden konnten rein etatsmäßig nirgendwo gehalten werden, sondern übersteigen teilweise zur Hälfte bis zum Doppelten den Kostenanschlag. Dabei wird die Lage an und für sich immer noch schlimmer. Es kommt dieses daher, daß die Arbeitslosenunterstützung nur für eine bestimmte Zeit gewährt wird. In dem Moment, in welchem ein Arbeiter entlassen wird, legt man ihm eine gewisse Karenzzeit auf, und zwar unterschiedlich von 3 Tagen bis zu 4 Wochen. In sehr vielen Fällen ist es so, daß die Arbeiter am Tage ihrer Entlassung Schulden bei dem Arbeitgeber haben, sei es Miete, Kartoffeln oder Kohlen, die restlos abgehalten werden, so daß die Zahlung eines Restlohnes nur selten in Frage kommt. Der Arbeiter hat dann nichts mehr in Händen und ist gezwungen, sich am nächsten Tage an das Wohlfahrtsamt zu wenden und um eine Unterstützung nachzusuchen. Nach Ablauf der Unterstützungsdauer der Arbeitslosenversicherung kommt dann für manche Berufe die Krisenfürsorge in Betracht, für einen erheblichen Teil aber nicht. Mit den Mitteln, die aus der Krisenfürsorge gezahlt werden, können die meisten Leute nicht auskommen. Die Gemeinden haben ein lebhaftes Interesse an dem Ausbau der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge, damit die große Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen erfaßt wird. Sollte dieses nicht möglich sein, so muß ein Wohlfahrtslastenausgleich gefunden werden.

Weiter ist von großer Wichtigkeit, inwieweit bei der Entscheidung über die Frage: „Kapital und Arbeit oder Kapital oder Arbeit" der Baumarkt wieder belebt werden kann.

Die Wohnungsnot ist noch als katastrophal zu bezeichnen.

Was sich hieraus ergibt, dürfte für den Kenner der Verhältnisse ganz klar sein. Schlechte Wohnungen erzeugen Krankheiten usw., die wiederum nur mit Hilfe der Wohlfahrtspflege abgestellt werden können, sei es durch Krankenhauspflege oder Zuschüsse gleich welcher Art. Der Standpunkt der SPD. ist daher durchaus richtig, denn nur dadurch, daß alle Menschen, soweit sie arbeiten können, wieder in den Arbeitsprozeß zurückgeführt werden, wird es möglich sein, die Fürsorgelasten zu senken. Andererseits dient auch dieses Ziel der sogenannten freien Wirtschaft, wenn die große Masse kaufkräftiger wird, hebt sich auch die Steuerkraft des Mittelstandes. Dabei mag ruhig die Unterfrage eingeschaltet werden, ob es nicht zweckmäßig erscheint, einen

Abbau der überspannten Gehälter

sowohl in den Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen und -betrieben, als aber auch in der Industrie herbeizuführen. Ganz leicht werden diese Dinge nicht zu lösen sein. Wir müssen jedenfalls darauf drängen, daß Gehälter von 600 000 RM und mehr jährlich nicht gezahlt werden dürfen, während auf der anderen Seite der größte Teil des Volkes nicht weiß, von einem Tage zum andern zu kommen. Das gleiche gilt für die überspannten Pensionen, die seitens des Reiches, Staates und der Gemeinden gezahlt werden. Es wäre zu wünschen, daß die anderen Parteien einem Antrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geneigter gegenüberständen und mit dafür eintreten, daß dieses Unrecht aus der Welt geschafft wird.

Die gleiche Bedeutung hat für uns die Frage:

„Kapitalbildung von unten oder oben?

Wir haben selbstverständlich ein großes Interesse daran, daß so wenig wie möglich Kapital nach dem Ausland flüchtet. Wer glaubt, gerade die Kapitalkräftigen entlasten zu müssen, um eine Kapitalflucht zu unterbinden, dürfte im Irrtum sein. Das Kapital wird dort angelegt, wo es die meiste Rente abwirft, es stört sich nicht daran, was aus dem eigenen Volke wird. Deshalb hat die SPD. kein Interesse daran, daß einzelne im Volke, die an der Oberfläche schwimmen, immer noch reicher werden und auf der anderen Seite der größte Teil der Volksgenossen immer ärmer wird. Ob und inwieweit unsere Kapitalisten ihr Kapital auch im Lande richtig und produktiv anlegen, soll hier nicht untersucht werden. Das eine steht jedenfalls fest, daß die Kapitalbildung von unten herauf nicht nur im Interesse der Beteiligten sondern auch im Interesse der Städte und Gemeinden ist, und damit auch der Oeffentlichkeit dient. Es ist doch so, daß die Sparkassen meistens ihre Gelder den Kommunen zur Verfügung stellen, damit diese ihre kulturellen Aufgaben lösen können, besonders aber, um dem Wohnungsbau nützlich zu sein. Gerade die kurzfristigen Anleihen mit ihren hohen Zinssätzen belasten den ordentlichen Haushalt sehr, so daß darunter manche kulturelle Aufgabe leiden muß. Die Finanzlage in den Gemeinden erfordert unter allen Umständen, andere Mittel und Wege zu suchen, die eine Besserung auf dem Kreditmarkt (besonders kurzfristig) möglich machen. Die Steuern zu erhöhen, ist in den meisten Fällen nicht mehr durchführbar. Die Folge ist, daß eine starke Erhöhung der Tarife für Wasser, Gas, Elektrizität, Straßenbahnen usw. einsetzt, um Einnahmen zu schaffen, die die allernotwendigsten Ansprüche der Gemeinden erfüllen sollen. In Wirklichkeit sind diese Tariferhöhungen ver-

kappte indirekte Steuern und im Endeffekt eine Belastung der großen Zahl der Kleinabnehmer, während auf der anderen Seite die großen Abnehmer durch langfristige Verträge geschützt sind. Die Angriffe der Parteien, die unter keinen Umständen die öffentlichen Betriebe, seien sie kommunal oder interkommunal, haben wollen, setzen auf der ganzen Linie ein. Auch hier gilt es, den Kampf zu führen.

Dann war es weiter ein großer Fehler, daß beinahe schlagwortartig Steuersenkungen immer und immer wieder gefordert und auch teilweise durchgeführt wurden. Die Folge ist, daß eine Reihe von Gemeinden ihre Etats nur künstlich ausbalanciert hat dazu geführt, daß ganz erhebliche Beträge aus den Jahren 1928-29 jetzt durch Nachtragsbeschlüsse aus der Welt geschaffen werden müssen, oder, wo dieses nicht geschieht, müssen sie als Defizits auf den neuen Haushalt übernommen werden. Mir sind Gemeinden bekannt, in denen beispielsweise die

Gewerbesteuer nur noch von 12 Prozent der Gewerbetreibenden

gezahlt wird. In den meisten Gemeinden dürften 50 Prozent steuerfrei sein.

Bevor nun im Reich, in den Ländern oder Gemeinden neue Steuern beschlossen werden, ist die Frage zu prüfen:

Sind alle Steuerquellen richtig ausgeschöpft?

Ist die Bewertung ordnungsmäßig durchgeführt und sind demnach die Grundbeträge richtig festgestellt worden?

Zur Hebung der Steuermoral ist unbedingt zu fordern, daß in Zukunft alle Steuerlisten offengelegt werden. Um nun alle diese Fragen auf einen einwandfreien Nenner zu bringen, wird es notwendig sein zu untersuchen, ob alle Ausschüsse so zusammengesetzt sind, daß sie eine starke Mitwirkung der Lohn- und Gehaltsempfänger gewährleisten. Auf Einzelheiten einzugehen, würde zu weit führen. Es ist an der grundsätzlichen Forderung festzuhalten, daß den Gemeinden aus den Hauptsteuern ein gewisser Betrag garantiert bleibt (relative Garantie, so wie sie heute besteht). Bei den meisten Besprechungen über die Reichsfinanzreform will man die Gemeinden auf

Zuschläge zur Einkommensteuer

verweisen. Ein großer Teil der Zuschlagfordernden ist sich darüber klar, daß im Augenblick nichts oder nur wenig herauszuholen ist. Dieses trifft besonders für die Industriegemeinden zu. Die SPD. hat diese Forderungen stets abgelehnt und gewarnt, sich hierauf einzulassen. Da man nicht weiß, was den Gemeinden gegeben werden soll, ist man auf den Verwaltungskostenbeitrag (Kopfsteuer) verfallen. Aus den Ausführungen des preußischen Finanzministers war zu entnehmen, daß er glaubt, in Verbindung mit den Zuschlägen Verwaltungskostenbeiträge für die Gemeinden einführen zu können, und zwar 10 RM für jeden Erwerbstätigen. Das würde praktisch bedeuten, daß auch Dienstboten usw. diesen Beitrag zahlen müßten. Die Begründung all dieser Vorschläge sagt, daß dadurch wieder eine größere Verantwortlichkeit in den Gemeinden Platz greifen würde. Hierbei wird vergessen, daß an allen großen Steuern die ärmeren Volksgenossen ebenso beteiligt sind, als die reichen.

Es gibt Steuern, die nach meiner Auffassung noch ganz gut etwas vertragen könnten, daß sind die Erbschafts- und Vermögenssteuern und gegebenenfalls auch eine Luxussteuer. Weiter lassen sich interessante Dinge bei der Umsatzsteuer feststellen. Diese Steuer erbrachte im Jahre 1924 2,5 Prozent, gleich 1 783 299 000 RM. Damals wurde beschlossen, diese Steuer staffelweise zu senken, so daß sie heute nur noch ¾ Prozent beträgt. Immerhin wird für 1929 mit einem geschätzten Aufkommen von 1 120 000 000 RM gerechnet. Ich glaube, daß mit mir ein großer Teil der Volksgenossen der Meinung ist, daß die mit dieser Steuersenkung beabsichtigte Preissenkung der Waren bisher nicht eingetreten ist. Es wäre erforderlich, die Frage zu prüfen, ob nicht gewisse Waren eine Erhöhung der Umsatzsteuer ertragen können. Lebensnotwendige Waren müssen dabei berücksichtigt werden.

Das eine steht fest, wenn die Reform eine weitere Belastung der großen Massen bringen sollte, sie nur durch einen Kampf um höhere Löhne wieder ausgeglichen werden kann. Also müssen im Endeffekt alle Beteiligten ein Interesse daran haben, die Lasten so zu verteilen, daß man von einer gerechten Lösung der Verteilung sprechen kann.

Zur Verwaltungsreform

auch nur einige Sätze. Es muß aufhören, in den Gemeinden den Standpunkt zu vertreten, daß, wenn die eine Stadt einen Schlachthof hat, die andere gleichfalls diesen fordert, obwohl beide zusammen eine solche Anlage viel besser unterhalten könnten, als jede für sich allein.

Ebenso liegen die Dinge auf dem Gebiete des Schulwesens, Wege- und Straßenbaues, Verkehrs, der Versorgung mit Wasser, Licht usw.

Kleinere Gemeinden müssen zu solchen Gebilden zusammengefaßt werden, daß sie wirklich existieren können. Allerdings muß auch hier eine Ueberspannung ausgeschlossen bleiben. Es ist dann weiter selbstverständlich, daß auf den Gebieten der verschiedensten Belange Ausgleiche herbeigeführt werden, so wie es vor kurzem mit den Polizeikosten geschehen ist. Das Land Preußen hat weiter einen Volksschullastenausgleich vorgesehen. Darüber hinaus ist gerade vom Standpunkt der Fürsorge, ein Wohlfahrtslastenausgleich erforderlich. Gesunde Anfänge sind auch auf diesem Gebiete schon gemacht, in dem man damals durch die Fürsorgepflichtverordnung die bestehenden Ortsarmenverbände, die zum Teil leistungsfähig waren, abschaffte, und die Lasten auf breitere Schultern verteilte. Im großen und ganzen dürfte sich dieses wohl bewährt haben. In dieser Notzeit müssen wir besonders dringend einen Wohlfahrtslastenausgleich fordern, sei es dadurch, daß von den allgemeinen Steuern ein gewisser Betrag zurückgehalten und einem Ausgleichsstock zugeführt wird. Bei der trostlosen Lage der Gemeinden wird sich der Lastenausgleich nicht umgehen lassen.

All diese Dinge mußten vorher angeführt werden, um die Wichtigkeit der Kenntnis der Finanz- und Steuerfragen in das rechte Licht zu rücken. Ohne diese Kenntnis ist eine durchgreifende Fürsorge nicht möglich. Wenn keine Mittel zur Verfügung stehen, können die Städte und Gemeinden ihre Aufgaben nicht erfüllen. Es wird nicht mehr möglich sein, Heime für die verschiedensten Zweige der Fürsorge einzurichten bzw. besser auszugestalten. Schließlich, wenn keine genügenden Mittel mehr zur Verfügung sind, wird man dazu übergehen, die vorhandenen Heime außer Betrieb zu setzen oder an den Verpflegungsbedürfnissen zu sparen. Dieses mag für die Heim- und Anstaltsfürsorge (geschlossene Fürsorge) gesagt sein.

Die offene Fürsorge wird bei der ungeheuren Zahl der zu Betreuenden, wenn nicht mehr genügend Mittel vorhanden sind, die Unterstützungssätze auf ein Minimum herabdrücken wollen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß auch die Arbeiterwohlfahrt als anerkannte Organisation, die Dinge nicht einfach laufen läßt, sondern aktiv eingreift und dafür sorgt, daß auf all diesen Gebieten keine Kürzung erfolgt. Die Schulung der Genossinnen wird unbedingt notwendig sein.

Das unter diesen Umständen eine unserer wichtigsten Aufgaben, die vorbeugende Fürsorge, leiden muß, dürfte Tatsache sein. In einzelnen Städten und Gemeinden ist man dazu übergegangen, ganz erheblich einzusparen, einfach aus dem Grunde, weil man nicht kann. Doch ist es unsere Lebensaufgabe, hier unter allen Umständen mitzuwirken. Wo sollte es hinführen, wenn alle unsere Säuglings-, Lungen-, Krüppel- und Geschlechtskrankenfürsorgestellen aufgehoben und keine Kinder- und sonstigen Kuren mehr durchgeführt werden können?

Was wird aus der so dringend notwendigen Schulzahnpflege?

Die Gemeinden werden weiter sparen wollen, indem sie keine Fürsorgeärzte und -schwestern mehr anstellen wollen. Man wird einfach sagen: „Es hat früher in besseren Zeiten so gegangen und in der heutigen Notzeit muß es ebenso gehen". Die Arbeiterwohlfahrt und mit ihr die Partei wollen gerade vorbeugend wirken, das ist unser Ziel. Daß die Arbeiterwohlfahrt auch ein großes Interesse an dem Wohnungsbau hat, dürfte bekannt sein. Auch hier bleibt die Ursache feststehend, daß ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper wohnen kann. Ueberwinden wir die Wohnungsnot, dann dürfte der Zeitpunkt kommen, daß sich die Gefängnisse und Fürsorgeerziehungsanstalten, Krankenhäuser usw. entvölkern. Deshalb müssen Partei sowohl wie die Arbeiterwohlfahrt und darüber hinaus alle anderen Volksgenossen dafür Verständnis zeigen, daß nur durch eine gute Finanzreform das Möglichste auf dem Gebiete jeglicher Fürsorge geschaffen wird.

Die Aussprache.

Für seine hochinteressanten Ausführungen wurde dem Genossen Rautenberg von den Konferenzteilnehmern lebhafter Beifall gezollt. Die Aussprache wurde eröffnet vom Genossen

Rhode (Recklinghausen), der den Gedanken Rautenbergs zustimmte. Eindringlich habe das Referat gezeigt, auf welchem Fundament unsere Arbeit aufgebaut sei. Unsere Gemeindevertreter-Organisation insbesondere habe sich um die Bereitstellung gemeindlicher Mittel zur Durchführung der Wohlfahrtsaufgaben bemüht. Die Gesamtpartei sorge für die Gesetze, die maßgebend für die öffentliche Fürsorge in den Gemeinden sind. — Wir müssen versuchen, recht vielen unserer Genossen gerade hierin Gelegenheit zur Mitarbeit zu verschaffen, denn das liegt durchaus im Interesse der Allgemeinheit. — Sehr wichtig sei die richtige Arbeitsteilung in Partei und in den Unterorganisationen. Wir müssen Sozialdemokraten sein in der Arbeiterwohlfahrt, in der Kinderfreundebewegung, in der Gemeindevertreter-Organisation. Nur engste Zusammenarbeit verbürge den Erfolg! Im übrigen bricht Genosse Rhode eine Lanze für die Koalitionspolitik, die unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu umgehen sei und weist im übrigen das skandalöse Verhalten des Reichsbankpräsidenten Schacht auf dem „Bankett der Schaffer" in Bremen (siehe gestrige Ausgabe dieser Zeitung!) mit Entrüstung zurück. Die Verhöhnung der Sozialrentner sei besonders unerhört aus dem Munde eines Mannes, der über ein so unverschämt hohes Gehalt verfüge wie eben der Reichsbankpräsident.

Genossin Wolff (Bocholt) meint u. a., daß der Begriff „weiser Sparsamkeit" in den Gemeinden doch wohl sehr relativ sei. So sind die Industriellen der Auffassung, daß ein Abbau der Wohlfahrtseinrichtungen usw. unbedingt erfolgen müsse. Dagegen müssen wir uns entschieden wehren. Die Industriegemeinden würden bei dem Steuerrückfluß besonders schwer benachteiligt. Städte mit 80, 90, 95 Prozent Industriebevölkerung erhielten im Verhältnis zu ausgesprochenen „Rentnerstädten" wie etwa Wiesbaden viel zu wenig zurück. Und gerade in den Industriestädten sind doch gewaltige Wohlfahrtsaufgaben zu lösen. Reich und Staat müssen einmal an die Durchführung größerer Notstandsarbeiten denken, um die Städte zu entlasten. Womit soll man den Wohnungsbau finanzieren? Wäre es nicht zweckmäßig, wenn die Mittel der öffentlichen Sparkassen für den Baumarkt zur Verfügung gestellt würden? Die Kapitalbildung von unten nach oben ist möglich bei einem flotten Wirtschaftsprozeß, dazu bedarf aber die Wirtschaft der Absatzmöglichkeiten. — Wir müssen trachten, Einfluß zu gewinnen und diesen radikal auszumutzen, nicht mit Worten, sondern mit Taten. Die Frage der Gewerbesteuererhöhung sei ein sehr zweischneidiges Schwert. — Neben dem Finanz- und Verwaltungsausschuß sei in den Gemeinden der Steuerausschuß eine sehr wichtige Einrichtung. Wir müssen auch hier mit tüchtigen Leuten eindringen. — Die Arbeiterwohlfahrt müsse sich an Gemeindeverwaltung und Partei anlehnen, viel sei noch zu tun in der Jugendfürsorge, Jugendgerichtshilfe, Vormundschaft usw. — Im übrigen fordert Genossin Wolff eine gründliche Durchschulung der in der Arbeiterwohlfahrt tätigen Helfer.

Genossin Pfeifenbring (Recklinghausen) betont, daß es für uns in den Kommunen sehr darauf ankomme, die nötigen Stellen zu besetzen, um den erforderlichen Einfluß zu haben und unsere Pläne durchzuführen. Wenn man bedenke, daß die Arbeiterwohlfahrtsorganisation erst zehn Jahre bestehe, sei die Anerkennung, die sie sich in dieser Zeit überall erkämpft habe, doch recht erfreulich. — Bezüglich des Ferienaufenthalts meinte Genossin Pfeifenbring, daß der Unterbezirksvorstand sich recht bald mit der Frage befassen müsse, wo wir in diesem Jahre hingehen sollen. Im übrigen sei ein achttägiger Ferienaufenthalt reichlich knapp, wir müssen ihn mindestens auf 14 Tage ausdehnen. Sie wisse, daß andere konfessionelle Wohlfahrtsorganisation sich schon jetzt um die Jugendherberge bemühten. Wir dürften nicht zu spät kommen. Auch für die Ferienwanderungen müßten wir jetzt schon vorsorgen. Wir sollten allen interessierten Eltern empfehlen, schon jetzt Spargroschen dafür zurückzulegen. Dem Konsumverein „Wohlfahrt", der in so anerkennenswerter Weise Beihilfe geleistet habe, müsse dafür gedankt werden. Auch der Konsumverein „Eintracht" müsse herangezogen werden. Daß weniger Lose für die Weihnachtslotterie verkauft wurden, sei wohl zunächst auf die allgemeine wirtschaftliche Notlage zurückzuführen, aber der Weihnachtsmonat, in dem alle Haushalte sehr stark beansprucht würden, sei kein günstiger Monat. Vielleicht könne man den Vertrieb der Lose schon im Monat Oktober vornehmen. Im übrigen müsse den Arbeiter-Samaritern, die uns stets aufopferungsfreudig zur Verfügung stellten, besonders gedankt werden.

Genossin Kofranek (Gladbeck) führt Klage über die Invalidensteuer, die besonders die alten Rentenempfänger schwer treffe. Die Nacherhebung der Steuer vom Jahre 1926 ab treffe die Rentenempfänger ganz besonders. Sie bittet den Genossen Rautenberg, seinen Einfluß zur Beseitigung dieses von den Rentenempfängern bitter empfundenen Unrechts einzusetzen.

In seinem Schlußwort ging Genosse Rautenberg auf alle in der Diskussion aufgeworfenen Fragen gründlich ein. Er erklärt sich als Anhänger der „relativen Garantie"; er würde es für verkehrt halten, wenn die Industriegemeinden diese verlören. Es gilt vor allem, einen einigermaßen gerechten Steuerschlüssel zu finden. Der Westen habe schon früher den Ausgleich für die östlichen Provinzen bilden müssen. — Die Gemeinden litten vor allem an den kurzfristigen Anleihen und an den exorbitanten Zinssätzen, die sie hierfür aufzubringen haben. — Die Notstandsarbeiten leiden sehr unter dem Bürokratismus. — Wir müssen den Arbeitsprozeß ändern, Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung der Löhne anstreben, das seien die wirksamsten Mittel, um der Not zu steuern. — Er freue sich, hier einmal Klage zu hören, wie die Genossin Koffranek sie vorgebracht habe. Was an ihm liege, solle getan werden, um Abhilfe zu schaffen. —

Genossin Endmann ging auf die Aussprache ein, soweit diese ihren Jahresbericht betraf und gab entsprechende Auskunft. Den Arbeiter-Samaritern gebühre herzlicher Dank für ihre Mitarbeit. —

Endlich hielt noch Genosse Skuhr eine begeisternde Ansprache, in der er u. a. darauf hinwies, daß die Arbeiterwohlfahrt, die in der nächsten Zeit die Feier ihres zehnjährigen Bestehens begeht, plane, in der Lüneburger Heide ein Asyl für asoziale Elemente zu schaffen. Im übrigen rechnete Genosse Skuhr mit dem Reichsbankpräsidenten Schacht ab, dessen Verleumdung des arbeitenden Volkes er mit aller Entschiedenheit zurückwies.

Sodann wurde zu den Wahlen geschritten. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt:

Vorstandsmitglieder des engeren Unterbezirks-Ausschusses:

1. Vorsitzende: L. Endmann (Recklinghausen),
2. Vorsitzender: Ferdinand Brune (Buer),
Beisitzer: Frl. Schreier (Gelsenkirchen),
Frau Brune (Gladbeck),
Frau Pfeifenbring (Recklinghausen),
Frau Korzeniewski (Hüls),
Frau Krakowczyk (Datteln),
Beirat: Johann Schmidt (Herten),
Paul Rhode (Recklinghausen),
Parteisekretär: Johann Brüntink (Gelsenkirchen).

Mitglieder im Bezirksausschuß:

Genossin Endmann (Recklinghausen).
Genosse Chemnitz (Gelsenkirchen).

Nach Erledigung der Wahlen wurde dann die anregend verlaufene Konferenz kurz nach 13 Uhr von der Genossin Endmann geschlossen.

Jungsozialisten, Westliches Westfalen.

Am Sonntag, dem 9. März, vormittags 10 Uhr, findet im Lesesaal der Stadtbücherei in Dortmund, am Markt, unsere Jahres-Gaukonferenz statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Vortrag: „Zollpolitik der Sozialdemokratie". Referent: Alwin Brandes (Stuttgart).
2. Geschäftsbericht.
3. Neuwahl der Gauleitung.

Neben den nach § 8 der Gaurichtlinien stimmberechtigten Gruppendelegierten wird wegen der Wichtigkeit des Referates die Teilnahme aller Genossinnen und Genossen erwartet. Das den Gruppen zugesandte Rundschreiben bitten wir umgehend wieder einzusenden.

Die Gauleitung.

Ein häßlicher Erpresserprozeß.

Es war ein Erpresserprozeß übelster Art, mit dem sich das Erweiterte Schöffengericht Essen zu befassen hatte. Im Mittelpunkt des Prozesses stand die Ehefrau Max Kleffmann aus Essen, die es fertiggebracht hat, Erpresserbriefe an ihre Freundinnen zu schreiben, um unter der Maske der Anonymität von ihnen Geld zu erhalten, und die deshalb unter der Anklage der versuchten Erpressung auf der Anklagebank saß. Für die Verhandlung, für die ein ganzer Tag angesetzt war, hatten sich außer den Zeugen nicht weniger als vier Schriftsachverständige eingefunden, unter ihnen auch Professor Dr. Poche aus Frankfurt am Main, eine bekannte Autorität auf dem Gebiete der Schriftkunde. Aus der Beweisaufnahme, die hinter verschlossenen Türen vor sich ging, sind folgende wesentliche Einzelheiten erwähnenswert: Die Angeklagte hatte von ihren Freundinnen allerhand pikante Ehegeheimnisse anvertraut erhalten, in deren Mittelpunkt gewagte Liebesabenteuer standen, die sich hinter dem Rücken der Ehemänner abwickelten. Auch gewisse Strafgesetzparagraphen spielten bei diesen Geheimnissen eine Rolle. Da nun die Angeklagte zur Befriedigung ihrer Launen mehr Geld gebrauchte, als ihr zur Verfügung stand, ging sie dazu über, die ihr von den Freundinnen vertraulich erzählten Teeabenteuer gewinnsüchtig für sich auszubeuten, indem sie den Frauen anonym mitteilte, von den ehescheidungsfähigen Abenteuern Kenntnis erhalten zu haben. Gegen Zahlung bestimmter Geldbeträge, die unter näher angegebenen Kennzeichen beim Postamt eingezahlt werden sollten, und die in Einzelfällen auf 100 bis 200 RM. bemessen wurden, verpflichtete sich der Briefschreiber, die Geheimnisse zu hüten, widrigenfalls mit Skandal gedroht wurde. Die Empfängerinnen hatten keine Ahnung, daß die Erpresserbriefe von ihrer guten Freundin herrührten, die allerdings kein Geld erhalten hat. Mit Hilfe der Schriftsachverständigen und anderer Beweismittel gelang es, die Briefschreiberin zu entlarven. Das Gericht nahm fünf Fälle als bewiesen an und verurteilte die Angeklagte zu zehn Monaten Gefängnis.

„Wertminderung" und Wertzuwachssteuer

Eine interessante Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts.

Das Preußische Oberverwaltungsgericht hat in seiner Sitzung vom 6. Dezember 1929 auf dem Gebiete der Wertzuwachssteuer eine sehr interessante Entscheidung gefällt:

Ein Landwirt im Kreise Recklinghausen hatte ein Grundstück an die Reichswasserstraßenverwaltung veräußert und bekam auf Grund des Kaufvertrages neben der Entschädigung für den reinen Grund und Boden eine Sonderentschädigung für die Wertminderung des Restbesitzes und erschwerte Bewirtschaftung der Restgrundstücke. Der Kreisausschuß veranlagte den Landwirt zur Wertzuwachssteuer, aber nicht nur von dem Kaufpreis für Grund und Boden, sondern auch für die Entschädigung für Wertminderung und erschwerte Bewirtschaftung des Restgrundstücks. Einspruch und Klage wurden zurückgewiesen. Die Revision hatte ebenfalls keinen Erfolg. In der Begründung führte das Oberverwaltungsgericht u. a. folgendes aus:

„Wenn bei einer Teilveräußerung eine mit ihr im Zusammenhang stehende Wertminderung und erschwerte Bewirtschaftung des Restgrundstücks für die Preisbemessung von Bedeutung war, dann ist auch dieses Entgelt als ein Einheitliches anzusprechen, das eine Trennung zwischen dem „reinen" Kaufpreis und einer selbständig zu beurteilenden Nebenleistung hinsichtlich gewisser Entschädigungen ausschließt. Mit Recht ist deshalb der Beklagte und ihm folgend der erste Richter von einem Verkaufspreis von 2500 Reichsmark (Gesamtentschädigung für Grund und Boden und für Wertminderung) ausgegangen.

An der Notwendigkeit, so vorzugehen, ändert auch nichts der Umstand, daß nach dem Willen der Beteiligten durch jenen Preis ein etwaiger Schaden an den von dem Kläger nicht mitveräußerten Wiesenflächen mit abgegolten sein sollte."

Diese Entscheidung ist für den Landkreis Recklinghausen von ganz besonderer Bedeutung, weil, wie erinnerlich, auf dem letzten Kreistage eine weitere Auslegung der Steuerordnung des Landkreises gefordert wurde.

Geschäftsstenographenprüfungen bei den Industrie- und Handelskammern

Reges Leben herrschte im vergangenen Jahre auf dem Gebiete der stenographischen Fertigkeitsprüfungen vor den Handelskammern, stieg doch die Zahl der Prüfungen von 131 auf 165, die Zahl der erfolgreichen Prüflinge von 1574 auf 2151. Die erfolgreichen Prüflinge verteilen sich auf die einzelnen Systeme, wie folgt:

Einheitskurzschrift	1522
Stolze-Schrey	473
Gabelsberger	144
Nationalstenographie	10
Stenotachygraphie	2

Für die Einheitskurzschrift ist die Zahl von 922 Prüflingen im Jahre 1928 auf 1522 im Jahre 1929 gestiegen. Bei Stolze-Schrey ist die Zahl von 509 auf 47 3gesunken. Die Einheitskurzschrift hat 1929 in Preußen erstmalig den ersten Platz belegt. Die Zahl der erfolgreichen Prüflinge stieg dort in Einheitskurzschrift von 322 auf 614, in Stolze-Schrey von 374 auf 377. Während die Zahl der Einheitskurzschriftler sich in Preußen fast verdoppelte, ist die Zahl der Stolze-Schreyaner ungefähr die gleiche geblieben. Geprüft wurde in den Geschwindigkeiten von 150 bis 320 Silben je Minute.

Bei den Handelskammern findet auch eine Vorprüfung statt, in der nur 120 Silben je Minute geschrieben werden. Das Zeugnis als Geschäftsstenograph wird aber erst bei dem Nachweis einer Schnelligkeit von 150 Silben in der Minute erteilt. Diese Vorprüfung legten 419 Personen ab, und zwar 311 Einheitskurzschriftler, 96 Stolze-Schreyaner, 8 Gabelsbergeraner, 3 Nationalstenographen und ein Arendsianer.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Gefährdung des Verbandsstraßenbaues

Finanzschwierigkeiten – Unrentable Erwerbslosenbeschäftigung

Die Finanzlage des Verbandsstraßenbaus im abgelaufenen Haushaltsjahr des Siedlungsverbandes entspricht der allgemeinen Finanzlage der Kommunen und Kommunalverbände. Die Länge der Neubaustrecken im 1. Ausbauprogramm beträgt rund 100 Kilometer und die gesamten Kosten einschließlich aller Bauwerke und dergl. belaufen sich auf etwa 40 Millionen Mark. Die Länge der Ausbaustrecken im 2. Ausbauprogramm beträgt etwa 80 Kilometer und die gesamten Kosten etwa 32 Mill. Mk.

Wenn auch im abgelaufenen Haushaltsjahr der volle Umlagebetrag erstmalig zur Erhebung kam, so bleibt doch der frühere Ausfall an Umlagebeträgen, der bis Ende 1928 eine Summe von 4,6 Mill. Mk. erreicht hatte, bestehen. Bei Beginn des Verbandsstraßenbaus war ferner vorgesehen, daß zur schnelleren Inangbringung des 1. Ausbauprogramms langfristige Anleihen zu tragbaren Bedingungen hereingenommen werden sollten. Infolge der von Jahr zu Jahr wachsenden Schwierigkeiten des öffentlichen Anleihemarktes war letzteres nur in beschränktem Umfange möglich, und es blieb der Verbandsleitung nichts anderes übrig, als zur Abdeckung der über die Umlagebeiträge und Arbeitslosengelder hinaus noch erforderlichen Baumittel kurzfristige Kredite in Anspruch zu nehmen, oder aber das Bauprogramm entsprechend langsamer durchzuführen, was tatsächlich geschehen ist. Erschwerend kommt hinzu, daß auch diejenigen Kosten für die über das 1. Ausbauprogramm hinaus zur Beschäftigung Arbeitsloser im Jahre 1925 begonnenen Neubaustrecken, welche nach neueren genauen Berechnungen sich auf etwa 12 Millionen Reichsmark belaufen, neben den programmäßigen Arbeiten aus der Umlage von 3 Mill. Mk. mit finanziert werden müssen. Die seitens der Verbandsleitung ausgesprochene Befürchtung, daß bereits 1931 oder 1932 die gesamte Umlage durch den Anleihedienst aufgebraucht sein wird, muß heute erneut in den Vordergrund der Erörterungen gestellt werden. Vorab muß für das Jahr 1930 bei der derzeitigen Finanzlage eine Erhöhung des Umlagebetrages als ausgeschlossen gelten. Der vorgesehene Gesamtbetrag für den Straßenbau einschließlich der außerprogrammäßigen Arbeiten des außerordentlichen Haushaltes von 3,4 Mill. Mk. entspricht lediglich der Gebietszunahme und damit der erhöhten Steuerkraft, die der Siedlungsverband durch das Gesetz über die Neugliederung der kommunalen Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vom 1. 8. 1929 erfahren hat. Eine Entlastung der Finanzlage des Verbandes ist in dieser Aenderung gegenüber den Vorjahren nicht zu erblicken, da in den eingemeindeten Gebieten mit neuen Bauaufgaben zu rechnen ist, die weitere finanzielle Lasten für den Verband nach sich ziehen. Schon jetzt ist die Straße Wetter—Hagen im Bau; der Zeitpunkt dieser Bauarbeiten war durch die Anlage des Stausees des Ruhrverbandes bedingt.

Die Verwendung von Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge für den Verbandsstraßenbau war im abgelaufenen Jahr entgegen den vergangenen Jahren nicht wesentlich. Im März 1929 hat der Siedlungsverband rechtzeitig einen Antrag auf Förderung des Verbandsstraßenbaus mit diesen Mitteln für das Jahr 1929 bei den zuständigen Reichs- und Staatsstellen vorgelegt. Die weitere Förderung wurde auch mündlich in Aussicht gestellt, die Vorschüsse aus der verstärkten Förderung wurden bis Juli auch anstandslos geleistet. Später teilten die mit der Verwaltung der Erwerbslosengelder beauftragten Stellen dem Verbande mit, daß nach Anweisung der Zentralstellen in Berlin Vorschüsse aus der verstärkten Förderung nicht mehr gezahlt werden könnten, und daß, falls die Ermächtigung zur Ausstellung der Anerkennung endgültig nicht erteilt werde, auch mit der Rückzahlung der bereits vorschußweise gezahlten Beträge einschließlich bestimmungsmäßiger Zinsen gerechnet werden müsse! Insgesamt sind bis zum 1. 1. 1930 geleistet und nachgewiesen worden 145 000 Tagewerke; aus der verstärkten Förderung sind mithin zuständig 145 000×12 = 1 700 000 Mk.; zur Auszahlung gekommen sind bis Ende Juli 1929 700 000 Mk., so daß seitens der Reichs- und Staatsstellen noch nicht ausgezahlt sind rund 1 000 000 Mark.

Inwieweit die vom Verband vorgelegte Summe von 1 Mill. Mark seitens der Reichs- und Staatsstellen noch ausgezahlt wird, ist davon abhängig, ob die vom Reichsarbeitsminister beantragten Nachtragskredite für Reichsdarlehen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge die Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften finden werden. Die Beschäftigung von Arbeitslosen im Etatsjahr 1930 kann nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn die Mittel aus der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge von den zuständigen Reichs- und Staatsstellen rechtzeitig und schriftlich zugesichert werden und die Anerkennung ausgesprochen ist.

Zusammenfassend muß bemerkt werden, daß das derzeitige Verfahren bei der Beschäftigung Arbeitsloser für eine wirklich wertschaffende Beschäftigung unhaltbar ist. Wenn mit den Mitteln der Reichsanstalt wirklich zusammenhängende, der Wirtschaft und der Allgemeinheit dienende Arbeiten geleistet werden sollen, muß zu Beginn eines Baujahres klar bekannt sein, ob und welche Mittel die Reichsanstalt und mit ihr Preußen zur Verfügung stellen können. Der Zustand des letzten Jahres, daß während der Arbeit die mehr oder minder zugesagten Beträge dauernd abbröckeln, schließlich ganz ausbleiben oder selbst auf Rückzahlung der von Seiten des Kommunalverbandes geleisteten Vorschüsse gemahnt wird, ist unhaltbar. Der Verband von sich aus kann jedenfalls für das nächste Etatsjahr nicht wieder wie im vergangenen mit kurzfristigen Krediten viele Tausende von Erwerbslosentagewerken leisten, da derartige Arbeiten rentierlicher und einfacher im maschinellen Verfahren durchgeführt werden können und nur mit Rücksicht auf die Beschäftigung Erwerbsloser in Handarbeit geleistet wurden.

Die Finanzierung der Gemeindebetriebe

In einer längeren Darstellung nimmt der Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft, Dr. ing. Majerczik, der als Techniker und Wirtschafter einen Ruf genießt, Stellung zu der Frage der Finanzierung der Kommunalbetriebe. Nachdem er die Notwendigkeit eines schnellen Ausbaus der städtischen Versorgungsbetriebe aus volkswirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Gründen dargelegt hat, kommt er zu dem Schluß, „daß die öffentlichen Unternehmungen versuchen müßten, einen Teil ihrer Kapitalbedürfnisse aus eigenen Mitteln zu finanzieren, da Anleihen nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung stünden."

Majerczik empfiehlt damit die Selbstfinanzierung; aber nicht die übliche Selbstfinanzierung, die die Kosten durch erhöhte Preise auf die Verbraucher abwälzt. Er schlägt vielmehr vor, daß „die Betriebsüberschüsse nicht mehr wie bisher für die Zwecke des allgemeinen Haushalts verwendet werden." Man muß dabei berücksichtigen, daß der Ausbau der städtischen Betriebe vielfach aus allgemeinen Mitteln erfolgt ist, daß aber die Erträgnisse der Versorgungsbetriebe in vielen Fällen und oft zu überreichlich für den allgemeinen Finanzbedarf herangezogen wurden. Diese Tatsache hat ja auch den öffentlichen Betrieb in den Ruf gebracht, zu teuer zu arbeiten; dieser ist aber so geeignet, den Gedanken der kommunalen Regie gründlich zu schädigen.

Von der Durchführung des Gedankens verspricht sich Dr. Majerczik eine Reihe von Vorteilen, die nicht zu verkennen sind. So würde sich z. B. das Verhältnis zwischen Eigenbesitz und Anleihebelastung bei den öffentlichen Versorgungsbetrieben verbessern, was günstige Ergebnisse hinsichtlich des Ertrages haben müßte. Es entsteht nun die andere Frage, wie die Städte den verlangten Ausfall decken sollen. Der Weg einer Steuererhöhung, der am nächsten liegt, wird in nächster Zeit wohl kaum und nicht genügend beschritten werden können. So bliebe den Städten schließlich nur der Anleihemarkt übrig. Es zeigt sich damit nur, daß man in der Wirtschaft nichts vertuschen kann. Die Anleihedrosselung für die Städte in der Vergangenheit hat den Kapitalsbedarf der städtischen Werke aufs dringendste gesteigert. Drückt man diesen Kapitalsbedarf durch Selbstfinanzierung, so wird sich bei den Städten ein zusätzlicher Bedarf geltend machen. Die Wirtschaft ist eben ein „Poti", aus dem man nichts herausnehmen kann, ohne daß sich das an anderer Stelle zeigt.

Wir begrüßen selbstverständlich den Gedanken, den Kapitalbedarf der städtischen Werke mehr als bisher aus den Ueberschüssen zu befriedigen. Im übrigen sehen wir die notwendige Hilfe nur darin, den Weg für eine vernünftige Anleihepolitik der Städte frei zu machen. Der Augenblick scheint jetzt nach der bevorstehenden Annahme des Youngplanes gekommen zu sein.

Vom Bergbau

Leistungssteigerung im Ruhrbergbau

Nach den vorliegenden Zahlen hat sich die Pro-Kopf-Leistung der Untertagearbeiter im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau von 1562 Kilogramm im Oktober 1929 auf 6584 Kg. im November 1929 erhöht. Bei der Gesamtbelegschaft liegt eine Steigerung von 1278 auf 1296 Kg. vor. Der Barverdienst steigerte sich während derselben Zeit im Durchschnitt von 10,31 auf 10,40 Mark. Der Anteil des Lohnes an der Tonne geförderte Kohle ging von 8,07 auf 8,02 zurück. Da die Förderung in der in Frage kommenden Zeit etwa 10,7 Millionen Tonnen betrug, hat die fortschreitende Rationalisierung dem rhein.-westfälischen Bergbau wieder ein nettes Sümmchen eingebracht.

Die englische Kohlenausfuhr nach Deutschland

erreichte im verflossenen Jahre eine Höhe von 5 520 940 Tonnen gegen 5 367 903 Tonnen im Jahre 1928, 4 241 032 Tonnen im Jahre 1927, 13 457 Tonnen im Jahre 1920 und 8 952 321 Tonnen im Jahre 1913.

Die Reichskonferenz der Bergbauindustriearbeiter

beschäftigte sich nach der Aussprache über die Wirtschaftslage und die Zollfrage mit dem Problem der internationalen Kohlenregelung. Den Bericht über den Verlauf der Genfer Vorkonferenz erstattete der zweite Verbandsvorsitzende August Schmidt.

Schmidt betonte, die Tatsache, daß die Arbeitszeitfrage des Bergbaus auf die Tagesordnung der internationalen Arbeitskonferenz vom Juni d. Js. gesetzt wurde, bedeute angesichts der großen Schwierigkeiten, die der Regelung des Kohlenproblems im Wege stehen, bereits einen sehr beachtenswerten Fortschritt. Daß die schwierigen Probleme der Kohlenkrise, vor allem Arbeitszeit- und Lohnfrage, nicht auf den ersten Hieb zu lösen seien, liege auf der Hand. Allein die internationale Regelung der Kohlenbasis sei in Fluß, und die Aufgabe der Bergarbeiter bestehe darin, nicht eher zu ruhen, bis eine befriedigende Lösung gefunden sei.

Martmöller vom Hauptvorstand behandelte die Frage der Taktik bei Lohn- und Tarifverhandlungen. Sein Vortrag, der mehr internen Charakter hatte, brachte eine Reihe von Anregungen für die kommenden Bewegungen. Er machte darauf aufmerksam, daß die kommenden Wirtschaftskämpfe sich außerordentlich schwierig gestalten werden und die Arbeitgeber auch das Gebäude der Sozialgesetzgebung weit stärker berennen würden, als bisher. Diesen Angriffen gegenüber müsse die Arbeiterschaft sich rüsten. Die deutsche Bergbauindustriearbeiterschaft habe die Pflicht, sich schleunigst restlos zu organisieren; denn nur starke Organisationen böten genügend Garantie für Erhaltung der des bisher sozial und wirtschaftlich Erreungenen und für weitere Erfolge.

Die Agitationsfragen behandelte Schudy-Bochum. Er legte einen im Auftrage des Vorstandes ausgearbeiteten großen Werbeplan vor. Die Konferenz hieß den Plan gut und beschloß seine sofortige Durchführung, um die Aktionskraft des Verbandes im Interesse der Belegschaft des Bergbaues zu stärken.

Die Frage der Sitzverlegung der Verbandszentrale nach Berlin löste eine lebhafte Debatte aus. Die Reichskonferenz lehnte die Verlegung des Vorstandssitzes von Bochum nach Berlin ab.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 3. bis 8. Februar hat die Arbeitslosigkeit ihren wirklichen Höhepunkt noch nicht überschritten. Die Kurve der Hauptunterstützungsempfänger ist noch um 50 000 angestiegen. Sie dürfte nach den Vormeldungen der Landesarbeitsämter am 6. Februar dicht an 2 260 000 liegen. Zu dieser Zahl unterstützter Arbeitsloser kommen noch rund 250 000 Krisenunterstützte, sodaß rund 2,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger in der ersten Februarwoche — ungerechnet die Fluktuation dieses Massenandranges und die übrigen Arbeitsuchenden — den deutschen Arbeitsmarkt belasten. An dieser großen Arbeitslosigkeit sind trotz des milden Winters die Außenberufe mit mehr als der Hälfte beteiligt.

Aus den Geschäftsabschlüssen

Dürener Volksbank, Düren: 9 Prozent Dividende.

Vogtländische Tüll-Fabrik A.-G., Plauen i. Vogtland: Dividendenvorschlag wieder 5 Prozent auf die Stammaktien.

35prozentige Erhöhung der deutschen Einfuhr nach Frankreich.

Wie aus der jetzt erscheinenden französischen Außenhandelsübersicht hervorgeht, belief sich der Wert der im Jahre 1929 aus Deutschland nach Frankreich eingeführten Waren auf 6 620 363 000 Franks gegen 4 958 692 000 Franks im Jahre 1928. Der Gesamtwert des französischen Exportes nach Deutschland ist stark zurückgegangen und betrug in 1929 insgesamt 4 732 141 000 Franks gegen 5 680 929 000 Franks in 1928. Während Deutschland in Bezug auf die Importziffern nur noch von Amerika übertroffen wird, rangiert es als Kunde Frankreichs an dritter Stelle nach Großbritannien und Belgien-Luxemburg.

Preisgestaltung in der Konservenindustrie.

Die Arbeitsgemeinschaft der Konservenindustrie tritt am 26. Februar zu einer Sitzung zusammen, auf der über die Absatzmöglichkeit und die Preisgestaltung in der kommenden Saison beraten werden soll.

Neue Omnibusse

Unser rheinisch-westfälischer Mitarbeiter meldet: Durch die Einführung der Trolleyomnibusse (Omnibusse mit Oberleitung und Elektromotor, aber ohne Schienen), des sogenannten Drahtomnibus, erwartet die deutsche Industrie einen nicht unbeträchtlichen Auftragseingang. Für das Experiment interessieren sich auch die großen Kraftwerke, z. B. das RWE. Die Trolleyomnibusse sollen nicht von England, wo man sie in letzter Zeit glücklich weiterentwickelt hat, gekauft werden. Man will vielmehr in Deutschland zur Herstellung derselben eine Arbeitsteilung durchführen, und zwar soll Krupp das Fahrgestell liefern, während der Oberbau von Waggon Uerdingen hergestellt werden soll. Die Motore sollen von der AEG. Berlin bezogen werden.

Kritisches zur Personalpolitik der Reichsbahn

Eine vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands einberufene Reichsberufskonferenz der Beamten und Anwärter des nichttechnischen Betriebs- und Verwaltungsdienstes (Assistenten- und Inspektorenlaufbahn), die dieser Tage in Köln stattfand, nahm zur Beamtenpolitik der Reichsbahn eingehend Stellung. Die Grundlage der Erörterung bildeten zwei Vorträge; der eine „Gegenwartsaufgaben der Interessenvertretung" wurde von Kramer-Berlin, dem Tarifabteilungsleiter des Verbandes, gehalten.

Die Konferenz nahm die Personalpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft scharf unter die Lupe. Sie brachte in ihrer Kritik zum Ausdruck, daß die Personalpolitik der Verwaltung von den Reichsbahnbeamten und Anwärtern als doppelzüngig empfunden wird. Die Reichsbahn verbaue systematisch die Möglichkeit, Beamter zu werden, und zwar vor allem für die Beamtenanwärter, die im Arbeiterverhältnis stehen. In einer Entschließung stellte die Konferenz fest, daß auch der Einheitsverband mit Entschiedenheit die Beibehaltung des Beamtenverhältnisses fordert. Der Verband verlange von der Gesellschaft eine Personalpolitik, die auch den Beamtenanwärtern im Lohnverhältnis die Ueberführung in die entsprechende Beamtenstelle nach Abschluß der Ausbildung sicherstelle. Die Einführung des Angestelltenverhältnisses unter Preisgabe des Beamtenverhältnisses wurde von der Konferenz abgelehnt.

Zu den Laufbahnrichtlinien nahm die Konferenz eine Entschließung an, worin im Interesse des Aufstieggedankens gegen die Ueberspannung des Berechtigungswesens Front gemacht wird. Die Ueberspannung der Vorbildungsfrage werde zu einer Gefahr für einen gesunden Aufstieg innerhalb der Beamtenschaft. Die Konferenz dankt dem ADB., daß er in dieser Frage im Gegensatz zum DBB. eine Haltung eingenommen habe, die den berechtigten Interessen der breiten Volksschichten gerecht werde. Im Bezug auf das Beamtenvertretungsgesetz forderte die Konferenz, daß vor allem bei der Reichsbahn die Beamtenräte ein ausreichendes Mitwirkungsrecht erhalten. Die Arbeit des Einheitsverbandes für die Interessen der Reichsbahnbeamten fanden auf der Tagung rückhaltslose Anerkennung.

Unterhaltung und Wissen

Geschichte des amerikanischen Kaiserreichs am Karibischen Meere

Als C. Keith jun. starb

Amerikanisches Porträt

Von John Dos Passos

Als C. Keith jun. starb, veröffentlichten alle Zeitungen sein Bild: ein helläugiger Mann mit Hakennase und Bäuchlein — aber weshalb dieser unsichere Blick? . . .

C. Keith war der Sohn eines reichen Mannes, in einer Familie geboren, die den Geruch des Geldes liebte. Sie konnten das Geld, rings um den Erdkreis, auf halbem Wege riechen — ja, das konnten sie in der Familie.

Sein Onkel war Henry Meiggs, an der Westküste Don Enrique genannt. Sein Vater hatte ein großes Holzgeschäft und einen Materialienhandel in Brooklyn. Keith jun. war ein würdiger Sproß des alten Stammes.

(Im Jahre 49 war Don Enrique durch das Goldfieber nach San Franzisko getrieben worden. Er ging nicht im Hügelland auf die Suche, starb nicht vor Durst, indem er im Tal des Todes Alkalistaub siebte. Er verkaufte den Leuten Kleider. Blieb in San Franzisko, spielte Politik und Hochfinanz, bis er zu tief in die Patsche kam und sich eilends einschiffen mußte. Das Fahrzeug landete mit ihm in Chile. Er konnte in Chile Geld riechen. Hier wurde er der „Capitalista Yanquee". Baute die Eisenbahn von Santiago nach Valparaiso. Auf den Chinesen-Inseln gab's Guano. Meiggs konnte in Guano Geld riechen. Er ergrub sich aus dem Guano ein Vermögen, wurde eine Macht an der Westküste, jonglierte mit Zahlen, Eisenbahnen, Armeen, den politisch angehauchten Kaziken — alles Teile eines ungeheuren Pokerspieles. Mit gewaltiger Hand häufte er Dollars auf. Er finanzierte die märchenhaften Bahnen über die Anden.)

Als Tomas Guardia Diktator von Costa Rica wurde, schrieb er in Don Enrique, er möge ihm eine Eisenbahn bauen. Meiggs hatte in den Anden zu tun. Ein Kontrakt von 75 000 Dollar lohnte sich ihm kaum der Mühe. Deshalb schickte er seinen Neffen, Keith jun.

In dieser Familie ließen sie sich nicht das Gras unter den Füßen wachsen: Schon mit sechzehn Jahren stand Keith jun. auf eigenen Füßen, verkaufte Hemdkragen und Krawatten in einem Warenhaus. Nachher war er Holzhändler. Als Vater Keith die Insel Padre ankaufte, entsandte er seinen Sohn, um dort Geld herauszuschlagen. Keith jun. begann auf der Insel Padre mit Viehzucht und Schleppnetzfischerei. Aber Vieh und Fische schafften nicht rasch genug Geld her. Deshalb kaufte er Schweine und hieb junge Ochsen nieder und kochte ihr Fleisch und fütterte damit die Schweine und tötete die Fische und fütterte damit die Schweine. Aber Schweine schafften nicht rasch genug Geld her. Deshalb war er froh, nach Limon zu reisen. Limon ist eine der schlimmsten Pestlöcher am Karibischen Meer. Selbst die Indianer sterben hier an Malaria, gelbem Fieber, Dysenterie.

Keith fuhr auf dem Schiffe von John G. Meiggs nach New Orleans zurück, um Arbeiter für den Bahnbau anzuwerben. Er bot einen Dollar täglich und dingte 700 Mann. Von dem Haufen blieben etwa 25 am Leben. Die übrigen ließen ihre whiskygetränkten Kadaver zum Faulen in den Sümpfen zurück. Auf einer zweiten Ladung schiffte er 1500 hinunter; sie starben alle, zum Beweise dafür, daß nur Jamaika-Neger in Limon zu leben vermochten. Keith jun. starb nicht.

Im Jahre 1882 waren zwanzig Meilen der Eisenbahn fertig, und Keith hatte eine Million im Sack. Aber die Eisenbahn hatte nichts zu befördern. Keith ließ die Eingeborenen Bananen pflanzen, damit die Eisenbahn etwas zu befördern habe; er selbst mußte Schiffsherr werden, um die Bananen auf den Markt zu bringen.

Dies war der Anfang des Fruchthandels am Karibischen Meere. Währenddessen starben die Arbeiter immerfort an Whisky, Malaria, gelbem Fieber, Dysenterie. Die drei Brüder des jungen Keith starben. Keith jun. starb nicht. Er baute Eisenbahnen an der Küste entlang in Bluefields, Belize, Limon, kaufte und verkaufte Kautschuk, Vanille, Schildpatt, Sassaparillenwurzeln — alles, was er billig kaufen konnte, das kaufte er — alles, was er teuer verkaufen konnte, das verkaufte er.

Im Jahre 1898 bildete er mit der Bostoner Fruchtgesellschaft die „Vereinigte Fruchtgesellschaft", die seither einer der mächtigsten Weltfruits geworden ist. Im Jahre 1912 einigte er die „Internationalen Eisenbahnen Zentralamerikas" zu einer Gesellschaft. Alles aus Bananen!

In Europa und in den Vereinigten Staaten hatten die Leute begonnen, Bananen zu essen; deshalb holzten sie den Dschungel in Zentralamerika ab, um Bananen zu pflanzen, und bauten Eisenbahnen, die Bananen zu befördern, und Jahr um Jahr zogen mehr Dampfschiffe der Großen Weißen Flotte mit Bananen beladen nordwärts.

Dies ist die Gschichte des amerikanischen Kaiserreiches am Karibischen Meere. Mit Ausnahme des Panamakanals und des künftigen Nicaraguakanals und der Marine und der Kriegsschiffe und der Bajonette.

Weshalb dieser unsichere Blick in den Augen, auf dem Bilde von Keith junior, dem Pionier des Fruchthandels, dem Eisenbahnerbauer, auf dem Bilde, das alle Zeitungen veröffentlichten, als er starb?
er starb?

(Deutsch von Anna Nußbaum.)

Abfallsammler — wie überall

Menschen, die aus Mülleimern leben

Frühmorgens, bevor noch Paris erwacht, sind die Abfallsammler, die „Chiffoniers", die Menschen, die vom Inhalt der Mülleimer leben, schon bei der Arbeit. Sie haben die Kisten und Gefäße, die vor den Häusern stehen, umgestürzt; sie knien inmitten einer Staubwolke auf dem Boden und suchen, was die Glücklicheren, Wohlhabenden für sie übrig gelassen haben. Die Hand des „Chiffoniers" wühlt in dem Abfallhaufen; der Schmutz fliegt in den Eimer zurück, während das Brauchbare in einen mitgebrachten Korb oder Sack wandert. Lumpen, Papier, Glas, Knochen, Metall, Speisereste: alles ist von Wert. Mit fiebernder Hast huschen die Gestalten von alten Männern, Frauen, Kindern von Mülleimer zu Mülleimer. Um sieben Uhr muß die Arbeit beendet sein, denn dann kommen die Straßenkehrer und fegen mit ihren Besen unbarmherzig alles zusammen und werfen es in ihren Wagen. Der erste Teil des Tagewerks des „Chiffoniers" ist vollbracht. Wenn der Morgen graut, verschwindet er mit seinen schweren Packen, während die Hausbesorgerinnen schimpfend das Trottoir aufwaschen. Das Klatschen der entleerten Wassereimer belebt die Straße. Schon halten die Milchfrauen mit den Dienstmädchen ihr Schwätzchen. Die Brotausträger gehen mit ihren langen Körben von Haus zu Haus. Die Gardinen hinter den Fenstern werden zurückgezogen. Männer, Frauen und Mädchen eilen bald der nächsten Untergrundbahn-, Autobus- oder Straßenbahnhaltestelle zu. Die Briefträger biegen mit vollgestopfter Tasche in die Straße ein. Paris ist erwacht. . . .

Die „Chiffoniers", die Abfallsucher, haben sich unterdessen auf einem Platze gesammelt, wo der Chef der Kolonne, meist der Familienvater, sie mit einem Wagen erwartet. Der Inhalt der Körbe wird ausgeschüttet, der klapprige Gaul, der die Karre zieht, zur Eile angetrieben. Denn die wichtigste Arbeit folgt erst noch zu Hause: die Sichtung, das Sortieren der Beute und ihr Verkauf. Kleiderfetzen und Lumpen werden zu Ballen verschnürt. Ohne Mitleid und ohne Ansehen wandern Liebesbriefe, Bücher und alle Schmöker in die Papiermühle, die ein paar Franken für den Zentner zahlt. Apfelsinen-, Bananen- und Kartoffelschalen, überhaupt Küchenabfälle aller Art, gehören den Haustieren der „Chiffoniers", den Hühnern und Kaninchen, dem Pferd und dem Schwein. Alles, alles verschlingen die genügsamen Tiere, nur Blumen nicht. Herrliche Buketts, die schöne Frauen gestern noch in Händen hielten, finden keine Gnade vor den Augen der Abfallsammler.

Die Pariser „Chiffoniers" sind bescheidene Menschen. Millionäre sind nicht unter ihnen, denn man findet keine Perlen und Brillanten in Mülleimern. Irgendwo draußen in den Vororten Saint-Ouen, Clichy oder Clignancourt hausen die Lumpensammler in ihren Holzbaracken. Die ganze Familie vom noch nicht schulpflichtigen Kinde bis zur Großmutter ist „im Geschäft". Der Vater ist der Organisator des Ganzen; er leitet das Einsammeln, späht nach neuen Quellen aus, er beaufsichtigt das Sortieren und Verpacken; nur das Allerwichtigste, den Verkauf, besorgt er allein. Es gibt „Chiffonier"-Familien in Paris, bei denen sich der Beruf von Generation zu Generation fortgeerbt hat. Reich ist niemand von ihnen geworden. Aber verhungert sind sie auch noch nicht.

B. M. V.

Wohnungsreiche Maler

Der bekannte französische Stillebenmaler Antoine Bollon besaß in verschiedenen Stadtteilen von Paris nicht weniger als 35 Zimmer, in denen sich oft nicht mehr als eine Staffelei und ein Stuhl befanden. Diese Wohnungen dienten ihm als Atelier und als Versteck vor lästigen Besuchern, vor denen er eine große Scheu hatte. Er vermischte obendrein seine Spur, indem er alle 14 Tage eine neue Wohnung bezog. In einer Straße besaß er sogar zwei einander gegenüberliegende Wohnungen. Sein Kollege und Freund Charles Monselot hatte die gleiche Gewohnheit; er mietete fortwährend neue Wohnungen und zog von der einen in die andere, aber nicht, um, wie Bollon, vor Besuchern sich zu verbergen — sondern um seinen zahlreichen Gläubigern zu entgehen.

Aliboron redivivus

Aliboron war vor dem Kriege ein Kunstmaler in Paris. Ein vierbeiniger Künstler, den sein Herr zum Meister des Hyperexpressionismus ernannte. Der Esel Aliboron wurde mit einem Pinsel beauftragt, mit dem (an den Schweif gebundenen) Borstenbüschel fertigte er sodann zum größten Gaudium des Pariser Publikums „Gemälde" an. Die also bemalten Leinwandstücke wurden öffentlich ausgestellt und, so grotesk es auch klingen mag, für schweres Geld verkauft. Kürzlich ist Aliboron zu neuem Leben erweckt worden. Allerdings sind diesmal die Preisrichter die Esel, nicht der Künstler. Anläßlich der letzten jurypfreien Kunstausstellung in London wurde nämlich kurz vor Schließung der Sonderschau die Prämie eines Kunstmäzens einem Bilde verliehen, das versehentlich verkehrt aufgehängt worden war.

Der Tod in der Wüste

Von Ph. Macdonald

32]

Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachf.

Denn in der Tat hatte Morelli weder in Wahrheit noch in seiner Phantasie irgend etwas Derartiges gesehen . . . sondern er hatte sich lediglich nach zehn Minuten, die am Ende dieser Albtraumnacht wie Stunden waren, eingebildet, daß dem Sergeanten irgend etwas, vermutlich von Sanders, geschehen sein könne. Immer mehr steigerte er sich in seine Idee hinein, bis er es schließlich nicht mehr aushalten konnte, und der Ruf nach dem Sergeanten sich fast gegen seinen Willen auf seine Lippen gedrängt hatte. Sobald er ausgestoßen und die Antwort gekommen war, hätte er buchstäblich eine Hand dafür gegeben, ihn zurückgehalten zu haben.

Schließlich sagte nach langen Minuten der Sergeant, daß er nichts sehen könne und wo denn der Feldstecher sei.

Dann hörten sie hinter sich die Andeutung eines Geräusches . . . beide hörten es, aber keiner sprach davon, da sie ihren Nerven mißtrauten. Aber wenn sie auch nichts sagten, horchten sie scharf hin; die Frage des Sergeanten blieb gleichsam in der Luft hängen.

Da . . . wieder der Schatten eines Lautes . . . beide fuhren herum! . . . Morelli blieb keuchend liegen, während ihm das Blut aus dem Gesicht wich, das ein krankhaftes Grau annahm. Der Sergeant war mit einem Sprung auf den Füßen und starrte, schwer und rückweise atmend, vor sich hin.

Vor ihnen stand Sanders, nackt wie ein neugeborenes Kind . . . nackt und mit leeren Händen . . . Sie, die einen Mörder erwartet hatten, sahen einen irrsinnigen Heiligen vor sich . . .

Er streckte die leeren Hände mit den Flächen nach oben aus, auf seinem Gesicht spielte ein Lächeln, das zuerst von unendlicher Milde schien, aber dann durch den furchtbaren Ausdruck seiner völligen Geistesabwesenheit dem, der es sah, das Mark in den Knochen erstarren ließ.

Die kleine Gruppe blieb regungslos . . . völlig regungslos für Minuten, die eine Ewigkeit schienen . . . Es war, als ob sie Modell für ein Bild ständen, das der große Satiriker entworfen hätte.

Dann kam Sanders mit leichten Schritten auf die beiden zu; die Hände immer noch wie ein Bittender ausgestreckt, das Lächeln auf den Lippen. Als er zu ihnen sprach, war der Klang seiner Stimme so ganz verschieden von jenem, den sie kannten, daß das Erstaunen darüber den ersten Schrecken noch überlief.

„Ich muß euch nun verlassen", sagte er, „aber ehe ich es tue, kniet nieder mit mir und betet." Er kniete hin und hob die gefalteten Hände hoch über sein Gesicht empor. Seine Augen waren geschlossen, das Lächeln irrte immer noch um seinen Mund.

Wieder sprach er. „Vater unser, der du bist im Himmel, geheiliget werde dein Name . . ."

Der Sergeant erwachte aus seiner Erstarrung, sein Gesicht war blaß und von tiefen Linien durchfurcht. „Es ist . . . das geht nicht . . .", stammelte er, „. . . aufhören . . . aufhören . . ." Er trat vor und legte seine Hand, deren Finger zitterten, auf die nackte, knochige Schulter des Betenden.

„Es ist genug", sagte er mit leiser, unsicherer Stimme, „es ist genug, Sanders."

Kaum hatte er die Worte ausgesprochen, als ihm klar wurde, wie völlig unangebracht sie waren. Nun schüttelte er die Schultern mit eisernem Griff. „Stehen Sie jetzt auf", sagte er, „vorwärts, stehen Sie auf."

Dann bückte er sich plötzlich, legte die Hände unter die Achselhöhlen des Knienden und stellte ihn auf die Füße. Sicherheit, seine gewohnte Klarheit, Nüchternheit, Bestimmtheit — all das hatte er bis zu einem gewissen Grade wiedergewonnen.

Morelli, der ihn vom Boden aus mit aufgerissenen Augen anstarrte, wurde ein kurzes „Hierbleiben, Aufpassen! Gleich wieder zurück!" zugerufen; er sah, bevor er sich wieder auf den Bauch wälzte, wie der nackte Sanders gleich einem Kinder aufgehoben und fortgetragen wurde. Selbst, als er wieder die Wüste beobachtete, erinnerte er sich mit erneutem Entsetzen, daß über der Schulter des Sergeanten jenes Gesicht gebammelt hatte, dessen Lächeln nicht seraphisch, sondern so wahnsinnig gewesen war, daß es fast obszön wirkte . . .

„Gott steh uns bei", seufzte Morelli und hielt weiter Ausschau.

Es dünkte ihn Stunden, bis der Sergeant zurückkam und ihn, um die Anspannung seiner Nerven zu verbergen, mit unterdrückter Stimme fragte:

„Etwas los gewesen?"

Morelli schüttelte, ohne aufzusehen, den Kopf.

„Nein", antwortete er, und das Wort klang ihm laut, fremd und unverständlich in seinen Ohren.

Der Sergeant legte sich auf seinen alten Platz. Sie sahen sich manchmal flüchtig an, wendeten aber sogleich die Augen wieder ab, als ob ein jeder fürchtete, daß der andere auf seinem Gesicht erkennen könne, was, wie er wußte, auf ihm geschrieben stand.

Mit nasser Hand wischte der Sergeant über seine triefende Stirn, er atmete schwer, fast keuchend; seine Hände zitterten, und sein Mund bewegte sich, als suchten die in ihm wirbelnden Gedanken einen allzu lange verschlossen gewesenen Ausweg.

Morelli fuhr mit trockener Zunge über die noch trockeneren Lippen. „Was haben Sie mit ihm gemacht?" fragte er. Trotzdem er ruhig sprechen wollte, kam der Satz als halb geflüstertes Krächzen zum Vorschein.

„In der Hütte", murmelte der Sergeant, „ich habe ihn in der Hütte festgebunden . . . drei oder vier Riemen zusammen, durchs Fenster an einem Baum, um seine Hüften . . . Glaube nicht, daß er fort kann . . . aber soll ihm nicht wehtun . . . Die Säbel habe ich alle weggenommen, er kann das Leder nicht durchschneiden, und die Knoten auf seinem Rücken wird er bestimmt nicht lösen . . . Aber bewegen kann er sich . . . Wasser und Datteln habe ich dagelassen . . . Er betet immer noch und lächelt so dazu . . ." Seine Stimme verklang.

Als Morelli stumm blieb, fuhr ihn der andere an:

„Nun? Mußte ich das nicht tun? Er will sich nicht anziehen . . . kann ihn doch in der Sonne hier nicht nackt herumlaufen lassen . . . Was sollte ich denn anderes tun, heh? Was denn, bitte?"

„Gewiß! Gewiß!", antwortete Morelli, und seine Worte überstürzten sich nun. „Gewiß! Ich dachte bloß . . ." Er verstummte plötzlich.

„Was denn?"

„Ich dachte, daß . . . nun . . . ich überlegte . . . ob es nicht das beste sein würde . . . wenn . . . nun, verdammt . . . wenn wir den armen Kerl von seinen Qualen erlösten . . . wäre das nicht . . ."

„Hab' ich auch gedacht", antwortete der Sergeant; dann drehte er sich zu Morelli um: „Und wer soll es tun — Sie vielleicht?"

Morelli schreckte zurück; er besaß einige Phantasie. Er sprach nicht mehr, sondern starrte still gerade vor sich hin.

„Wollen Sie?" wiederholte der Sergeant seine Frage.

Morelli schüttelte langsam den Kopf. „Nein", stammelte er, „nein, nicht . . . wenn ich daran denke . . . Nicht als ob es unrecht wäre, da wir ja doch alle auf dem letzten Loch pfeifen . . . Aber ich könnte es nicht . . . Nein, Sir!"

„Ich auch nicht . . .", sagte der Sergeant. „Ich habe daran gedacht . . . und dann sah ich den armen Teufel, wie er dasaß und lächelte und immerfort betete . . . Verflucht noch mal, Morelli, ich glaube, ich hätte es getan, wenn er angezogen gewesen wäre."

(Fortsetzung folgt.)

Buerscher Gerichtstag

Eine feine Spürnase

hatte ein Händler aus der Friedrichstraße in Buer-Erle insofern, als er in der letzten Zeit nachts in seiner Verkaufsbude zu schlafen pflegte. Er war nämlich vor längerer Zeit bestohlen worden und war vorsichtig genug, um sich nicht noch einmal schädigen zu lassen. Eines Nachts hörte er, wie der Angeklagte, der Arbeiter S. aus Erle, mit einem Schlüssel an der Tür herumfummelte. Von dem Geräusch wach geworden, begab sich nun der Händler auf die Suche nach dem Einbrecher und konnte ihn mit Hilfe eines herbeigerufenen Nachbars einholen. Der Angeklagte gab zur Antwort, daß er von nichts wüßte, und tat so, als ob er gar nicht vorgehabt hätte, einen Diebstahl auszuführen. Leugnen half jedoch nichts, und so kam es, daß S. wegen versuchten Einbruchs drei Wochen Gefängnis erhielt.

Der übliche Abzahlungsschwindel.

Der Abzahlungsschwindel ist in den letzten Jahren so stark getrieben worden, daß wegen derartiger Schwindeleien Männ und Frauen jeden Standes die Anklagebank zieren. Diesmal war es der Vertreter M. aus Buer-Erle, der sich in betrügerischer Absicht ein Rad auf Abzahlung erworben hätte und nachher die Zahlungen einfach einstellte. Er hätte von vornherein wissen müssen, daß er das Rad nicht bezahlen konnte, und erhielt daher wegen Betruges eine Woche Gefängnis mit Strafaufschub.

Die bestohlene Schwester.

Weiter hatte sich vor dem Einzelrichter der Arbeiter Sch. von hier wegen Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte hat eine Schwester, die verlobt ist und für die Gründung des eigenen Hausstandes schon allerlei Anschaffungen, wie Bettwäsche usw., gemacht hatte. Eines guten Tages stibitzte der Angeklagte seiner eigenen Schwester einen Teil Wäsche und versilberte die Sachen. An einem anderen Tage mußte er sogar durchs Fenster klettern, um noch einige Teile Wäsche zu stehlen und damit ins Pfandhaus zu schlendern. Zu seiner Entschuldigung gab der Dieb an, daß es wohl nicht sehr wichtig sei, wenn man die eigene Schwester bestiehlt. Der Richter belehrte den Mann und diktierte ihm in Anbetracht der Vorstrafen drei Monate und eine Woche Gefängnis zu.

Volkschorkonzert in Horst.

Der Volkschor im Stadtteil Horst, der sich mit dem von Osterfeld zu einer Konzertvereinigung Horst-E.-Osterfeld zusammengeschlossen hat, gab am Sonntagabend in der Aula der Rektoratschule einen Volksliederabend. Die Veranstaltung war künstlerisch und finanziell ein sehr schöner Erfolg. Der Saal war dicht besetzt. Es ist eben immer wieder etwas Schönes um diese Aula. Sie strahlt im Zusammenwirken mit der wundervollen Beleuchtung von vornherein Stimmung aus. Etwas Feierliches kommt über die Menschen und macht sie aufgeschlossener für künstlerische Genüsse, als dies in einem anderen Saale oder gar dem einer Gastwirtschaft der Fall sein könnte.

Uns allen liebe und vertraute Volkslieder, wie „Am Brunnen vor dem Tore", „Das Heideröslein", „Mädel, ruck, ruck, ruck" und andere kamen da zu Gehör, sie wurden — mochte es sich um gemischte oder Männerchöre handeln — vom Chorleiter Gloerfeld in straffer Erfassung des Rhythmus, aber auch in ihrer jeweiligen Eigenart nicht nur des einzelnen Liedes, sondern auch der einzelnen Strophe in seiner Charakteristik herausgearbeitet. Gloerfeld hatte den Chor gut in der Hand, der Beifall war am Schluß so herzlich, daß mehrere Zugaben gegeben werden mußten. Hoffen wir, daß im nächsten Winter der Chor mit einem Tendenzliederabend auftrete, der ebenso geschlossen wirkt, wie dieser Volksliederabend es tat. Frau Ella Prümers (Herne) war als Lautensängerin verpflichtet worden. Sie vermochte aber leider weder nach der gesangstechnischen Seite hin zu befriedigen, noch hatte sie die Fähigkeit, durch ihren Vortrag zu fesseln oder zu erwärmen. Es fehlte ihr jegliche Ueberzeugungskraft und jeglicher Humor.

J—r.

Städtische Veranstaltungen in Gelsenkirchen

„Die Frau, die jeder sucht".

ein entzückendes Lustspiel von Ludwig Hirschfeld, gelangt morgen (Mittwoch) für die Vormietegruppe weiß in der Stadthalle zur Aufführung. Beginn 19.30 Uhr, Ende gegen 21.45 Uhr. Tageskarten zu 1, 2, 3 und 4 RM. im Städtischen Bildungsamt (Hans-Sachs-Haus, Zimmer 228), Rathaus Buer (Zimmer 17), in den bekannten Verkaufsnebenstellen und an der Abendkasse in der Stadthalle.

„Rigoletto".

eine Oper von Verdi, bringt das Dortmunder Stadttheater in der Schauburg in Buer am Donnerstag, dem 20. dieses Monats, als Vormietegastspiel zur Aufführung. Beginn 19.30 Uhr, Ende gegen 21.30 Uhr. Tageskarten zu 1, 2, 3 und 4 RM. im Rathaus Buer (Zimmer 17), Hans-Sachs-Haus (Zimmer 228), in den bekannten Verkaufsnebenstellen und an der Abendkasse in der Schauburg.

Filmschau

Capitol-Theater.

Ab heute das große 3-Schlager-Programm bis einschließlich Donnerstag. „Wenn du noch eine Heimat hast." Ein herrliches Spiel mit der ganz großen prominenten Besetzung. Als zweiter Film „Liebe und Leidenschaft", ein Spiel von mondänen Frauen, eleganten Roben u. a. m. Als dritter Schlager der Millionenfilm der Defina: „Das Liebesleben der schönen Helena." Dem Film, der im klassischen Altertum spielt, liegt folgende Handlung zugrunde:

Paris, Prinz von Troja, ist bei dem König von Sparta, Menelaos, zu Gast. Des Königs Gattin Helena, die sich von ihrem Mann vernachlässigt fühlt, läßt sich von Paris nach Troja, jener Stadt über dem Wasser, von deren Luxus und Eleganz sie schon soviel gehört, entführen.

Obgleich Menelaos, der es als Mann der schönsten Frau der Welt in seiner Ehe mit Helena gewiß nicht leicht gehabt hat, nicht geneigt ist, mit Troja wegen Helenas Entführung einen Krieg zu beginnen, muß er dem Drängen seines Volkes und seiner Generale nachgeben.

Lange Jahre hat der Krieg gedauert. Da kommt von den Vorposten der Trojaner die Nachricht in die Stadt: die Griechen rücken ab und geben die Belagerung auf. Ein riesiges hölzernes Pferd haben sie zurückgelassen.

Im Triumph wird die Trophäe in die Stadt gebracht. Doch als abends die Fackeln zur Siegsfeier lodern, Trojas junge Mannschaft sich im Wagenrennen mißt, entsteigen dem tiefen Bauch des hölzernen Kolosses dunkle Schatten. Die Griechen haben den Abmarsch nur vorgetäuscht und sind nun mitten in der Stadt.

Bald ist der letzte Trojaner bezwungen, und die Griechen Herren in Troja. Der Sitte nach soll Menelaos die ungetreue Gattin töten. Doch als er vor ihr steht, und Menelaos nach langer Zeit wieder Helenas unvergleichliche Schönheit erblickt, kann er nicht töten, sondern muß verzeihen.

Niemand vom Volk und Heer kann bei dem Einzug Menelaos und Helenas in Sparta den König verstehn. Die Frau, die ihn betrog, bringt er zurück ins Schloß. Doch Menelaos glaubt, daß Helena geküßt und anderen Sinnes geworden ist.

Da, eines Tages, meldet ihm der Torhüter Eteoneus Telemach den Prinzen von Ithaka. Er warnt den König, denn, wie einst Paris, ist auch Telemach jung, schön und elegant. Doch Menelaos schenkt der Warnung kein Gehör. Bis er nach einigen Tagen selbst im Zweifel ist, ob sich Helena nicht wieder wird entführen lassen.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Deutsche Jugendherbergen, Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Die Mitglieder werden nochmals auf die heute abend um 8 Uhr in der Lutherschule, Schalker Straße 16, stattfindende Hauptversammlung aufmerksam gemacht und um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Bottrop (Stadtbezirk der S. P. D.):

Am Sonntag, dem 23. Februar, vormittags 9.30 Uhr, im Volkshaus, Gladbecker Straße:

Bezirksversammlung

für den gesamten Stadtbezirk. Genosse Reichstagsabgeordneter Jansheck (Berlin) spricht über das

Thema:

Die politische Lage in Reich und Staat.

Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

SPD

GELSENKIRCHEN-BUER

Frauengruppen Gelsenkirchen.

Mittwoch, ab 3 Uhr: Handarbeitsstunde im August-Bebel-Haus.

SPD., Frauengruppe Buer-Beckhausen.

Freitag, den 21. dieses Monats, 16.30 Uhr, im Lokal Wolstenfeld, Horster Straße: Wichtige Frauenversammlung. Referentin: Genossin Wolff (Bocholt). Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet:

Der Vorstand.

Frauengruppe Bulmke.

Heute abend Zusammenkunft im August-Bebel-Haus.

SAJ JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Kinderfreunde, Gelsenkirchen.

Heute nachmittag 3 Uhr: Zusammenkunft im August-Bebel-Haus. Denkt an die Abrechnung der Karten!

Achtung! Kinderfreundehelfer, Gelsenkirchen!

Donnerstag abend Helfersitzung. Pünktliches Erscheinen aller Helfer ist Pflicht. — Freundschaft!

Sozialistische Arbeiterjugend, Gelsenkirchen.

Heute abend 8 Uhr, im August-Bebel-Haus: Elternabend. Sven Scholander singt am Samstag im Hans-Sachs-Haus. Karten zum Preise von 30 Pfennig am Donnerstag im August-Bebel-Haus.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Vorträge mit Lichtbildern

der Firma Wohlmuth finden heute abend 8.15 Uhr und morgen abend zur selben Zeit im Restaurant „Zur Krone", Gewerkenstraße 17, statt.

34.-260. Preußisch-Süddeutsche Staatslotterie.

6. Ziehungstag der 5. Klasse (Hauptziehung).

In die Lotterieinnahmen von Gelsenkirchen-Buer fielen folgende Gewinne von 150 RM. (Einsatzgewinn):

15 782 17 028 21 451 34 504 34 525 34 545 37 984 62 712
62 775 80 014 108 509 114 344 164 356 169 507 171 101 171 125
171 147 187 574 188 824 188 840 189 588 203 804 203 839 203 847
208 172 209 125 231 326 290 501 292 849 308 944 341 815 369 888
370 604 377 315 390 320.

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Für die gezogenen Nummern sind, soweit der Vorrat reicht, Ersatzlose noch zu haben. Die Ziehung der gegenwärtigen 5. Klasse dauert ununterbrochen 30 Tage, bis zum 14. März 1930.

Was not tut, ist die Schärfung des eigenen Urteils, die Schulung des eigenen Willens und das Vertrauen in die eigene Kraft. (Scharfi)



Wer gute aufklärende Bücher liest, handelt nach dieser Notwendigkeit. Diese Bücher sind vorrätig in unserer Volksbuchhandlung.

Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



Flick, Flock, Flaum, die Zwerge sagten hinterm Berge: „Morgen geht's aus Höhlenhaft wieder mal auf Wanderschaft."



„Unser Haus zu schützen, soll'n die Larven nützen." Und man brachte diese dann an der Höhle Eingang an.



Dann ging's in die Weite. Aber grade heute kam der Flunsch und wurde wild, als er sah sein Spiegelbild.



Schimpft: „Die kleine Bande muß jetzt aus dem Lande. Höhl' und Berg, ich kauf sie mir, Zwergenvolk, dann wehe dir!"

Pallenberg vom Wedding

Ein Komiker des Proletariats

Berlin ist das große Aneinander-vorbei, das Nebeneinander von Gegensätzen, manchmal scheint es eine Vielheit von Städten, Landschaften, ja Völkern, dieses Berlin. Im Norden bejubeln Tausende seit Jahren einen Spaßmacher — offiziell ist er nicht bekannt. Im Westen belachen Hunderte einen Komiker — und man spricht von ihm. Die Illustrierten bringen sein Bild, die Zeitungen seine Witze, die Salons seine Anekdoten. Berlin W. hat die Extensität des Weltstädtischen, des Internationalen, es ist geschwätzig wie ein altes Weib und hütet keine Geheimnisse. Nicht darauf kommt es an, wer jemanden hört — wahrscheinlich sind es immer dieselben Leute —, sondern nur darauf, daß man gehört wird. Berlins „Milljöh" ist verschlossen, bodenständig, hält zusammen wie die „Unentwegten" und plaudert nichts aus. So nur läßt sich das Paradox erklären, daß ein Mann der längst den breiten Volksschichten bekannt ist — entdeckt wird, weil ihn der Kurfürstendamm nicht kennt. Wie eine solche „Entdeckung" vor sich geht: irgendein Reporter, Schauspieler oder Schriftsteller, der auf Anregungen ausgeht, stößt bei einem Berliner Bummel auf sein „Opfer". Diesmal war es Heinrich Mann, dessen Name schon der Angelegenheit das nötige Schwergewicht gab, und die Entdeckung Erich Carow. Berlin NO., Weinbergsweg: in einem der ältesten Berliner Theater, dem früheren Walhalla-Theater, ist ein riesiger Keller, die „Lachbühne". Abend für Abend hat dort der Besitzer Erich Carow ein dichtgedrängtes Publikum von Arbeitern und Kleinbürgern zum Lachen gebracht. „Der Droschen muß gleich und sofort fallen, wenn een Komiker seinen Witz den anderen vor die Birne haut!" Und wie haben sie gelacht. Das ist ihre Sprache, ihre Sache, die da glossiert wird. Was versteht davon ein anderer! Wenn ein „Familienidyll aus dem Berliner Norden" aufgeführt wird, so ist das eine Angelegenheit, bei der kein Blatt vor den Mund genommen wird, ohne Philosophie, ohne Geistreichelei, aber mit einem kräftigen Schuß Leben. Und hat schließlich der Schlemihl Erich Carow sein streitsüchtiges Ehegespons kleingekriegt, so ist der Jubel groß. Ja, bei Erich und einem Glas Bier, das ist ein vergnügter Sonntag. Seit der Entdeckung hat sich das abendliche Bild geändert: Variteedirektoren, prominente Kollegen und die Gesellschaft des Westens fahren im Auto vor, um den kommenden Star zu beaugenscheinigen. In dem überfüllten Keller trifft sich jetzt ein Publikum, wie es einmal München, aber nie Berlin zusammen sah: die Stullen kauende Matrone neben der Mondänen, der Proletarier neben dem Bankier. Denn am meisten über Carows Karriere freuen sich schließend seine alten Anhänger, mit denen fast allen er auf du und du steht. Jetzt, da es bald ans Abschiednehmen geht, kommen sie erst recht in hellen Scharen.

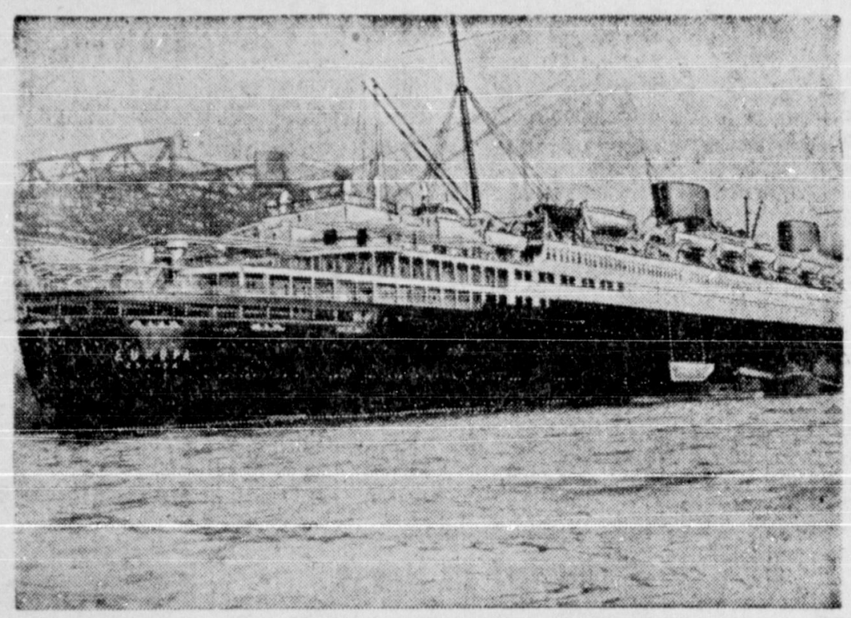
Vierzehnjährig ging Carow bei einem Musiker in die Lehre, um schon mit 17 Jahren als Musikclown in einem Wanderzirkus aufzutreten. Lange zog er auf einem Karren durch ganz Deutschland, ehe er im Walhalla-Keller seine Bleibe fand. Nun ist er für April mit einer Gage von 46 000 Mark an die „Scala" engagiert und damit neben die bestbezahlten Artisten Grock und Rastelli getreten. Seine Gönner, die ihm zu diesem Glück verhalfen, haben es bestimmt gut mit ihm gemeint. Und Carow versicheri, daß er seinem Milieu treu bleiben und nach kurzem Gastspiel zu ihm zurückkehren wird.

Undankbare Rolle, statt des Gratulanten die „Unke" zu spielen! Aber es besteht eine Gefahr, die allen, die ihn schätzen, klar ist: die Gefahr der Entwurzelung. Er ist nicht wie der Münchener Karl Valentin, wie Chaplin ein Philosoph. Bei ihm ist der Witz ein Spiel mit der Situation, mit Worten, in manchem Pallenberg ähnlich, doch auf scharf akzentuiertes Volkstum begrenzt: Berlin NO. Es steckt kein Geist der Welt in seiner Komik. Unten, in seiner „Lachbühne", war das „Familienidyll" Ausschnitt wirklichen Lebens. Nun wird dieses Leben zur Schau gestellt. Was Selbstverständlichkeit, Verwurzelung war, wird jetzt Zugmittel für Fremde — und kann damit zur Manier werden. Er wird auch noch dann ein guter Humorist bleiben. Aber es gibt viele Humoristen in Berlin. Und es gibt nur einen einzigen großen Komiker des Proletariats. Und das sollte keine größere Sache sein als eine glanzvolle Karriere?

Das Chicagoer Verbrechertum

4100 Verhaftungen

WTB. **Chicago**, 17. Februar. (Drahtmeldung.) Der von der Polizei geführte Feldzug gegen das Verbrechertum wird fortgesetzt und führte gestern zu 1100 neuen Verhaftungen. Die Gesamtzahl der im Laufe der vergangenen Woche Verhafteten beträgt nunmehr 4100. Unter den gestern Verhafteten befanden sich auch drei mit Revolvern bewaffnete Frauen. Das energische Zugreifen der Polizei hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Zahl der Raubanfälle gegen Ende der vergangenen Woche auf 17 per Tag fiel gegen 69 täglich in der voraufgegangenen Woche.



Riesendampfer „Europa" steht dicht vor seiner Fertigstellung. Er wird in den nächsten Tagen die erste Probefahrt absolvieren. Wir zeigen das Heck des Riesendampfers am Ausrüstungskai.

Der Mittäter Höhlers ergriffen und geständig

Berlin, 17. Febr. (Drahtm.) Die weiteren Nachforschungen der politischen Polizei zur Aufklärung des Ueberfalls auf den Studenten Wessel haben nun auch zu der Ermittlung und Festnahme des unter dem Spitznahmen „Pipel" bekannt gewordenen Mittäters des Ali Höhler geführt. „Pipel", der mit dem mehrfach vorbestraften 28 Jahre alten Arbeiter Joseph Kadulski identisch ist, wurde heute morgen im Hause Linienstraße 219 festgenommen. Kadulski ist geständig und wird nach beendeter Vernehmung dem Untersuchungsrichter zugeführt werden.

Notlandung des D 1785

Bingen, 17. Febr. (Drahtm.) Der Dornier Superwal D 1785, der heute vormittag in Mannheim zum Weiterflug nach der Nordsee aufgestiegen war, ist um 13 Uhr in Bingen eingetroffen und mußte dort auf dem Rhein angeblich wegen einer Motorpanne niedergehen. Er wurde in den Binger Hafen gebracht.

Katapultflugzeug verunglückt

Washington, 17. Febr. (Drahtm.) Wie das Marineamt bekannt gibt, ist ein von Bord des Schlachtschiffes „Nevada" vermittels eines Katapultes abgeschossenes Flugzeug explodiert. Der Führer des Flugzeuges, ein Marineleutnant, fand den Tod. Es ist der erste Unfall dieser Art. Bei den von der amerikanischen Marine verwendeten Katapulten werden die Flugzeuge mit Hilfe einer Pulverladung abgeschossen.

Schneestürme in Amerika

WTB. Neuyork, 17. Februar. (Drahtmeldung.) Nach starkem Schneefall hat das Thermometer hier den tiefsten Stand dieses Winters erreicht. Alle Straßen der Stadt sind mit Glatteis überzogen, so daß der Automobilverkehr mit großen Gefahren verbunden ist und stark eingeschränkt werden mußte. Mehrere Personen sind erfroren und in den städtischen Asylen für Obdachlose herrscht ein starker Andrang. Auch aus anderen Teilen des Landes werden schwere Schneestürme gemeldet, die zahlreiche Unglücksfälle verursacht haben. In Boston allein hat ein Schneesturm fünf Todesopfer gefordert.

Explosion in einer Schnapsbrennerei

Zwei Tote, sieben Verletzte.

WTB. Reading (Pennsylvanien), 17. Febr. (Drahtmeldung.) In einem dreistöckigen Haus explodierte eine geheime Schnapsbrennerei mit solcher Gewalt, daß das Gebäude, das einen halben Häuserblock einnimmt, völlig zerstört wurde. Zwei Personen sind getötet und sieben verletzt worden.

Liebestragödie

WTB. Schramberg, 17. Februar. (Drahtmeldung.) Gestern abend brachte der 23 Jahre alte Müller vor Beginn einer Faschingsveranstaltung seiner 18 Jahre alten Braut, die sich von ihm trennen wollte, drei Messerstiche am Halse, Oberarm und Rücken bei. Müller ergriff dann die Flucht und wurde später in seiner Wohnung, wo er Gift genommen hatte, tot aufgefunden. Das Mädchen ist schwer verletzt.

Einsturz einer Zuschauertribüne – 17 Verletzte

WTB. Gent, 17. Februar. (Drahtmeldung.) Nach Beendigung einer Veranstaltung auf der Radrennbahn entstand auf einer der von der Publikumstribüne herabführenden Holztreppen ein solcher Andrang, daß die Stützen einer Treppenstufe brachen und etwa 20 Personen aus einer Höhe von drei Metern abstürzten. Es wurden 17 Personen zum Teil schwer verletzt.



1)

Fasching in Wien! Er warf seine lockenden Blicke in die Paläste der Reichen und in die dunklen Hausmeisterfenster. Er flatterte mit leuchtenden Schwingen in die Theatergarderoben und in die Luxusrestaurants der großen Hotels. Er steckte in den Vorstadtschänken bunte Papierlampions an die verräucherten Decken und ließ im Prater die bunt verkleideten Menschlein sich mit Lachen und Küssen für eine Nacht zusammenfinden. In ihm war der laute, selige Ruf der Jugend. Losgelassen und frei vom Alltag erhaschte und verküßte man ein paar selige Nächte und spielte sich in anderer Kostümierung in eine Rolle hinein, die dem nüchternen Werktag fernlag.

Fasching im Burgtheater! „Die blaue Stunde" hieß das Motto dieser Nacht. Wie verzaubert lag ein blauer Schimmer über den strahlenden Bogenlampen, die Logen und das Tanzparkett waren in blauen Dunst gehüllt und weckten eine zauberische Stimmung. Wenn es auch nur hellblaues Seidenpapier war, das die Maler und Architekten zur Erweckung dieser Illusion verwendet hatten, und wenn auch am Morgen alles wieder grau in grau sein würde, heute war es doch schön.

Erst wenn die großen Theater nach der Vorstellung ihre Pforten geschlossen hatten, sollte die richtige Stimmung kommen. Man brauchte die überschäumende Lebenslust der Künstler zu solchen Veranstaltungen, ohne sie waren alle öffentlichen Redouten schal und öde. Und die kleinen Theatermädels, alle die blonden, braunen und schwarzen Mizzis und Gizzis, denen die Lebenslust förmlich aus den Augen spritzte, die nicht wußten, wohin mit all der Jugend und Seligkeit, sie alle würden kommen, ihr Letztes hergeben für ein Kostümerl, das die schlanken, jungen Glieder eher frei ließ als verdeckte, in Fragmenten von Höschen, in denen die nackten, süßen Beinchen steckten, mit einem winzigen Restchen Seide oder Batist die Körper halbwegs bedeckt, und mit bizarrem Kopfputz die lieblichen Gesichter umrahmt. Was brauchte man zu all dem eine Schneiderin, wenn man ein Wiener Mädel war. Da saß einem der Schick im Blut, sich aus einem Stoffetzen ein entzückendes Etwas zu komponieren, von dem niemand wußte, was es eigentlich vorstellen sollte.

In der Theatergarderobe des berühmten Revuestars Miguella, die gerade auf der Bühne den lebenden Fächer verkörperte, nur begleitet mit einem riesengroßen Straußfederfächer, saß der brasilianische Attaché Pedro Cavalcante und erwartete sie. Er hatte mit ihr verabredet, sie als Frau Luna zur blauen Stunde zu führen, sie würde märchenhaft aussehen, nur in die blauen Schleier eingewickelt. Pedro saß bereits über eine halbe Stunde in der Garderobe der Diva und sah sich ihre überall hängenden Bilder an.

Hier die Miguella als spanische Tänzerin, dort die Miguella als russische Bäuerin, hier als zischende Boa constrictor und dort als sterbende Rose. Ueberall war irgendwie ihre Nacktheit betont, Pedro begann dieses Zurschaustellen welkender Reize allmählich zu langweilen.

Eigentlich schamlos, diese Art, sich unverhüllt zu zeigen. Das kam ihm heute zum ersten Mal so recht zum Bewußtsein. Er kam sich gefesselt und geknebelt vor von dieser Frau. Natürlich schmeichelte es seiner Eitelkeit, stets in ihrer Gesellschaft gesehen zu werden; denn wo sie erschien, war sie sofort Mittelpunkt, wohin sie kam, regierte sie. Ganz Wien sprach von den exzentrischen Launen dieser bizarren Frau, sie war große Mode in jenen Kreisen, wo man sich amüsierte, und er war ihr Schemen, ihr Anhängsel, er kam nicht los von ihr.

Schon hörte er ihre befehlende Stimme im Korridor, der zu den Garderoben der Tänzerinnen führte. Irgendeine hatte irgend etwas verbrochen, das ihren Unwillen erregt hatte. Er hörte sie schimpfen, mal spanisch, mal in ihrem gebrochenen Deutsch, das ihn zuerst wie Musik betört hatte. Sie riß die Garderobetür auf und zog eine sich wehrende, kleine Mädchengestalt hinter sich her. Die Garderobefrau folgte ihr ängstlich mit den Requisiten und schloß die Tür. Und immer noch schrie die Diva auf die kleine, verschüchterte Gestalt ein, die in demütiger Haltung vor ihr stand. Es war eine ganz große Szene.

„Verrückt bist du! Dich in das Vordergrund zu drängen, wenn ick danz. Du bist nix als Staffag, dumme Staffag, wenn ist die große Miguella auf die Bühn'!"

„Aber der Direktor," wagte das kleine Mädel zu sagen, „er hat es befohlen, daß wir uns bei ihrem Abgang in den Vordergrund tanzen."

„Er ist verruckt, der Direktor", tobte die Miguella weiter. „Ohrfeigen werd ick ihm, wenn er mich meine Applaus schmeißt!"

Sie erhob die Hand, um die Kleine zu schlagen. Da aber empörte sich der Kavalier in Pedro, und er trat zwischen die Gruppe.

„Nun sagt mir, Kinder, was ist eigentlich los?"

„Teufel ist los, verstanden!" rief die Miguella. „Will mir das dumme Ding den Abgang schmeißen, bei dieser Szene, wo die lebendig gewordenen Rokokofiguren tanzen im Hintergrund zu meine Fächertanz!"

Pedro begriff. Die Truppe der zwölf kleinen Revuegirls, die als grüngoldene Tanzpärchen das Auftreten der Miguella unterstützen sollten, hatten es aus irgendeinem Grunde gewagt, die Aufmerksamkeit des Publikums von dem raffinierten Revuestar auf ihre kleinen, blutjungen Körperchen zu lenken, die zierlich und von den meisten übersehen, den Hintergrund zu bilden hatten. Was aber hatte dies kleine, halbtod verängstigte Mädelchen mit dieser kecken Handlung zu tun?

„Erzähl' mir mal den Hergang, mein Kind", sagte Pedro, eine Pause im Geschimpfe der Diva benutzend.

„Der Direktor hat befohlen, ich soll als erste Chortänzerin die anderen beim Schluß des Fächertanzes in den Vordergrund der Bühne führen. Wir haben es gestern den ganzen Vormittag geprobt. Ich kann doch nichts dafür."

Sie schluchzte auf, so daß Pedro sie mitleidig in den Hintergrund der Garderobe führte. Die Miguella war mit Abschminken beschäftigt, und die Garderobefrau hatte nun den Rest der schlechten Laune auszubaden. Dann rauschte sie hinaus, ein neuer Auftritt rief sie auf die Bühne, und sie hatte keine Zeit mehr, sich um ein weinendes, kleines Mädel zu kümmern, das sie einen Augenblick geärgert hatte.

So kam es, daß Pedro einem holdseligen Wiener Mädel in der engen Garderobe gegenüberstand, dessen Tränen nicht versiegen wollten.

„Jetzt wird er mich nausschmeißen, und es ist aus mit die Karriere", schluchzte das kleine Ding in dem grünen Rokokokleidchen, aus dessen kurzem Röckchen die schlanken, nackten Beine hervorsahen. Der dunkle Herr im Frack, dessen Domino mit dem grellblauen Atlasfutter über einen Stuhl gebreitet lag, nahm das Mädelchen bei der Hand und zog sie zu dem Diwan, der üppig mit weißen Fellen bedeckt die Hälfte der Garderobe einnahm.

(Fortsetzung folgt.)

Einigung im Reichskabinett

Berlin, 18. Febr. (Amtlich.) Das Reichskabinett trat in seiner gestrigen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung den Beschlüssen des Reichsrats über die Gestaltung des Nachtragshaushaltsplanes 1929 bei.

Es setzte dann die Beratung über die Ausgaben des Reichshaushaltsplanes 1930 fort, die in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung führten.

Zollwaffenstillstand

Die Konferenz in Genf eröffnet

Genf, 17. Februar. (Drahtmeldung.)

In Anwesenheit von etwa 140 Regierungsdelegierten, Sachverständigen und Beobachtern aus 34 Staaten, darunter acht Ueberseestaaten, wurde heute vormittag die Zollwaffenstillstandskonferenz von dem früheren dänischen Außenminister, Graf von Moltke, eröffnet. In seiner Eröffnungsrede gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die Behandlung des Zollwaffenstillstandsgedankens auf der letzten Völkerbundsversammlung und die vorher und nachher vom Wirtschaftskomitee geleisteten Vorarbeiten. Er betonte, daß die neue Konferenz den ersten Abschnitt einer umfassenden Aktion auf lange Sicht darstelle.

Die allgemeine Aussprache über den Zollwaffenstillstandsgedanken wurde in der heute eröffneten Zollwaffenstillstandskonferenz von dem österreichischen Handelsminister und früheren Bundespräsidenten Hainisch eröffnet. Der Zollwaffenstillstandsgedanke, so führte Dr. Hainisch als erster Redner aus, hat bei der österreichischen Bundesregierung und in den Wirtschaftskreisen Oesterreichs ein sehr starkes Echo gefunden. Die wachsende Arbeitslosigkeit hat dahin gewirkt, daß dem Schutze des inneren Marktes auch in Oesterreich mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird und daß sich seine Handelspolitik jetzt in der gleichen Richtung bewegt, die die Mehrheit der anderen Länder seit langem eingeschlagen hat. Die österreichische Regierung bringt den neuen Bestrebungen einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten und der Abschaffung der Handelshindernisse das lebhafteste Interesse entgegen. Besonderen Wert mißt sie dem Versuch einer Kollektivaktion zur Zollsenkung bei, da ein erfolgreiches Vorgehen auf diesem Wege geeignet wäre, in dauerhafter Weise eine der wichtigsten Bedingungen für die friedliche Entwicklung des internationalen Güteraustausches zu schaffen. Oesterreich wird an der praktischen Verwirklichung einer internationalen wirtschaftlichen Solidarität aufrichtig mitarbeiten.

Der frühere norwegische Ministerpräsident Lykke erklärte, seine Regierung hoffe auf einen weitgehenden Erfolg der Konferenz, die im Geiste der internationalen Zusammenarbeit stets unter dem Einfluß gegenseitigen Vertrauens arbeiten sollte.

Als letzter Redner der heutigen Nachmittagssitzung legte der belgische Außenminister Hymans ein Bekenntnis für den Zollwaffenstillstand ab. Er setzte sich mit Einwänden auseinander, die insbesondere von Seiten der Produzenten erhoben werden. Der Zollwaffenstillstand schließe, so sagte er, in keiner Weise die für alle Staaten vorhandene Möglichkeit der Wahrung ihrer wesentlichen Interessen aus. Schließlich könne der Abschluß eines Zollwaffenstillstandes nicht als eine gefährliche Neuerung gekennzeichnet werden, da auf dem europäischen Kontinent eine teilweise Angleichung der Zölle erfolgt sei. Hymans unterstrich schließlich die Vorteile eines Zollwaffenstillstandes für die Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, während der wirtschaftliche Partikularismus für Europa neue Katastrophen und den wirtschaftlichen Verfall bringen würde. Ein Scheitern des heutigen Versuches wäre nicht nur als schwerer Mißerfolg der wirtschaftlichen Arbeiten des Völkerbundes anzusprechen, sondern würde auch dazu führen, daß die kleineren Staaten in den um sie errichteten Zollmauern ersticken würden.

Die nächste Sitzung, in der der englische Handelsminister Graham und Reichswirtschaftsminister Schmidt sprechen werden, ist auf Dienstag vormittag angesetzt.

Ueber 100000 Erwerbslose in Wien

Wien, 17. Febr. (Eig. Drahtber.) Wien zählt gegenwärtig zum ersten Mal mehr als 100 000 unterstützte Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit stieg in der ersten Hälfte des Februar um 2380.

Stadtratswahlen in Kattowitz

In der vom Publikum außerordentlich stark besuchten zweiten Sitzung des neugewählten Stadtparlamentes wurde am Montag die Wahl der unbesoldeten Stadträte vorgenommen. Aus der Wahl gingen nach dem Verhältnissystem hervor: Fünf Stadträte von der deutschen Wahlgemeinschaft, vier von der Korfanty-Partei, einer von der polnischen Sozialdemokratie und zwei von der Sanacja-Partei.

Blutiger Wahlkampf

in Bulgarien

Sofia, 17. Febr. (Drahtmeldung.) Gestern fanden in ganz Bulgarien die Wahlen zu den Kommunalvertretungen statt. Der Wahlkampf wurde mit besonderer Schärfe geführt. Es werden eine Reihe von Zwischenfällen gemeldet, bei denen meist Organe des Staates die Opfer waren. Zwei Propagandisten der Regierungsparteien, ferner ein Gendarm, ein Steuereinnehmer und ein Agitator der Agrarpartei wurden getötet. Das endgültige Wahlergebnis steht noch nicht fest; jedoch haben nach den bisherigen Meldungen die Regierungsparteien fast die doppelte Stimmzahl aller Oppositionsparteien zusammen erhalten. Ministerpräsident Liantscheff sprach sich in einem Interview über den Wahlausfall sehr befriedigt aus.

Ein Ultimatum Gandhis

an den Vizekönig von Indien

London, 17. Februar. (Drahtmeldung.) Wie aus Ahmedabad berichtet wird, sind die Mitglieder des Arbeitsausschusses des Allindischen Kongresses, der Gandhi am Freitag diktatorische Vollmachten verliehen hat, auf seinen Wunsch in seinem Hauptquartier verblieben. Gandhi beabsichtigt, während der nächsten Tage endgültige Weisungen für die zu unternehmende Aktion zu erteilen. Es heißt, heute werde er ein Ultimatum an den Vizekönig entwerfen. Der erste Schritt dürfte sich gegen das Salzmonopol der Regierung richten. Agitatoren sind bereits in die Gebiete abgegangen, wo sich Salzbergwerke und Salzfabriken der Regierung befinden.

Das preußische Wahlgesetz verfassungsmäßig

WTB. Leipzig, 17. Februar. (Drahtmeldung.) In der Verfassungsstreitsache des völkisch-nationalen Blocks und der Volksrechtspartei gegen das Land Preußen auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des preußischen Landeswahlgesetzes wurde heute mittag vom Staatsgerichtshof für das deutsche Reich die Entscheidung verkündet. Sie ging dahin, daß die Klageanträge zurückgewiesen und damit die Verfassungsmäßigkeit des preußischen Wahlgesetzes anerkannt wurden.

*

In Begründung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes führte der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, u. a. aus:

Der von den klagenden Parteien dem Staatsgerichtshof unterbreitete Streit über die Verfassungsmäßigkeit einiger Bestimmungen des preußischen Landeswahlgesetzes ist eine Verfassungsstreitigkeit innerhalb eines Landes im Sinne von Artikel 19 der Reichsverfassung. Zur Entscheidung dieses Streites ist der Staatsgerichtshof berufen, da kein anderes Gericht des Reiches oder des Landes Preußen dafür zuständig ist. Die Klagebefugnis beider Antragsteller ist zu bejahen, auch die der Volksrechtspartei. Die Entscheidung in der Sache selbst muß deshalb zuungunsten der Antragsteller ausfallen, weil die von ihnen als mit dem Grundsatz der Gleichheit unvereinbar und daher als verfassungswidrig bezeichneten Bestimmungen des preußischen Landeswahlgesetzes mit den entsprechenden Vorschriften des Reichswahlgesetzes genau übereinstimmen. Dieses ist aber als verfassungsmäßig zustande gekommen anzuerkennen.

Nach Artikel 22 Abs. 1 der Reichsverfassung werden die Abgeordneten zum Reichstag — und nach Artikel 17 Abs. 1 ebenso die zu den Volksvertretungen der Länder — gewählt in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Der Staatsgerichtshof hat bereits mehrfach, zuletzt in seiner in einem württembergischen Verfassungsstreit ergangenen Entscheidung vom 22. März 1929, ausgesprochen, daß der Begriff der Gleichheit in diesen Verfassungsvorschriften formal gedeutet werden muß. Die dagegen erhobenen Einwendungen haben diese Auffassung nicht zu widerlegen vermocht. Der Verfassungsgeber hat dem ordentlichen Gesetzgeber die Befugnis übertragen, das zur Ausführung der in Absatz 1 des Artikels 22 aufgestellten Grundsätze Erforderliche zu bestimmen. Diese Grundsätze sollen im Rahmen der Verhältniswahl verwirklicht werden. Ihre Erfüllung ist aber nur möglich, wenn dem Wahlgesetz ein gewisser Spielraum bei der Durchführung der großen Wahlgrundsätze gewährt wird, wenn es von ihnen auch nötigenfalls abweichen darf.

Eine starre Bindung des künftigen Wahlgesetzgebers an jeden einzelnen dieser Grundsätze bis zur letzten Konsequenz durchzuführen, kann die Verfassung nicht bezweckt haben. Den Entschließungen des Gesetzgebers kann der Staatsgerichtshof nur dann entgegentreten, wenn sie der inneren Rechtfertigung entbehren und wenn von ihnen deshalb mit Sicherheit gesagt werden kann, daß sie den im Absatz 1 Artikel 22 der Reichsverfassung zum Ausdruck gelangten Willen zuwiderlaufen. Diese besonderen Voraussetzungen treffen bei den streitigen Bestimmungen nicht zu. Diese Vorschriften haben ihre Grundlage in der Erwägung, daß eine gewisse Zurückdrängung der kleinen Parteien erforderlich sei, um die Bildung einer parlamentarischen Regierung nicht übermäßig zu erschweren. Diese Erwägung vermag der Staatsgerichtshof nicht als unsachlich zu bezeichnen. Man kann auch nicht sagen, daß die aus diesem Grunde eingeführte Beschränkung der Wahlgleichheit über das vom Verfassungsgesetzgeber zugelassene Maß hinausgeht. Daraus ergibt sich, daß die von den klagenden Parteien gestellten Anträge zurückzuweisen sind.

Die KPD. auf der Lauer

„Revolutionäre Propagandaarbeit" – „Revolutionäre Agitationsarbeit"

Berlin, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Zentrale der KPD. hat zur Vorbereitung der seit Wochen angekündigten März-Aktionen ihre Bezirksleitungen angewiesen, die „revolutionäre Propagandaarbeit" mit der „aktivsten revolutionären Organisationsarbeit" zu verbinden. Hierunter wird vor allem die Schaffung von Stoßbrigaden als „initiative Organe" verstanden. Die Aufgaben der Stoßbrigaden werden dahin umschrieben, daß sie „fächerartig" die maximale Entfaltung der Massenaktivität herbeiführen sollen. Zu diesem Zweck sollen die aktivsten Mitglieder aus den Betriebs- und Straßenzellen in den Stoßbrigaden vereinigt und als Pioniere zur Auslösung von Aktionen verwendet werden.

Den Bezirksleitungen wird das Auftreten der Berliner Stoßbrigaden am letzten Sonnabend und der Fraktionsbrigaden beim Opelputsch als vorbildliches Beispiel hingestellt. Die Leitungen der KPD.-Bezirke werden für die sofortige Durchführung der Anweisungen verantwortlich gemacht, zugleich wird eine politische Kontrolle angekündigt. Unfähige Bezirksleitungen sollen gesäubert werden.

In Berlin ist nach diesem Säuberungsbefehl bereits gehandelt worden. Pieck und sein Stab mußten wegen Unzulänglichkeit in politisch organisatorischen Problemen dem Reichstagsabgeordneten Ulbricht und seinem Adjudanten, dem Berliner Stadtverordneten Langner Platz machen. An die Spitze des kommunistischen Jugendverbandes wurde ein Kurt Müller gesetzt, der in Versammlungen die Beschaffung von Waffen und die Ausbildung des Proletariats im Waffengebrauch als das „Gebot der Stunde" bezeichnet. Zeit und Stunde des Handelns würden die Kommunisten bestimmen.

In kommunistischen Oppositionskreisen erklärt man die ganze Kraftmeierei als hysterisches Geschrei, dazu bestimmt, den Mitgliedern über die Korruptions- und Kliquenkämpfe Sand in die Augen zu streuen. Die Illegalitätsspielerei diene den Thälmännern nur zur Verschleierung ihrer Kassen- und Subventionsschiebungen.

Auch das mag stimmen, aber offenbar rechnet die KPD.-Leitung auch damit, daß bei steigender wirtschaftlicher Not sich ihr bankrotter Laden durch eine gewissenlose Hetze wieder in Schwung bringen läßt.

Generalstreikdrohung des mexikanischen Arbeiterverbandes

Neuyork, 18. Februar. Associated Preß meldet aus Tampico: 15 Personen, darunter angesehene Arbeiterführer, wurden hier verhaftet und nach Mexiko gebracht. Die Verhaftungen erfolgten im Zusammenhang mit dem kürzlichen Attentat auf den Präsidenten Rubio. Der Allgemeine Arbeiterverband in Tampico sandte an den Kriegsminister ein Telegramm, in dem er die Freilassung der Arbeiterführer fordert und für den Fall einer Ablehnung dieser Forderung mit dem Generalstreik der hiesigen Arbeiterschaft und einer öffentlichen Demonstration für Mittwoch droht.

Nach einer Meldung aus Mexiko-City verbietet eine neue Verfügung des Präsidenten Rubio Zivilpersonen das Waffentragen ohne Erlaubnisschein. Die Polizei hat bereits damit begonnen, Straßenpassanten anzuhalten und nach Revolvern zu untersuchen. Rubios Aerzte erklärten, die Besserung im Befinden des Präsidenten Rubio schreite günstig fort, doch dürfe Rubio noch nicht sprechen, da die Wunde am Kiefer noch nicht völlig geheilt sei.

Abschluß der deutsch-polnischen Roggenverhandlungen. Die Verhandlung über die gemeinsame Roggenausfuhr aus Deutschland und Polen sind weitergeführt worden und haben, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, am 16. Februar zu einem Abschluß geführt, über den demnächst berichtet werden wird.

Thomas bereist den Balkan. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, hat eine Rundreise durch die Balkanhauptstädte Bukarest, Sofia, Belgrad und Athen angetreten. Der Zweck der Reise ist eine Rücksprache mit den Regierungen über die Frage der Ratifikation der internationalen Arbeitsübereinkommen und ferner die Fühlungnahme mit den führenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen.

Eine neue politische Partei in England. Der Zeitungsbesitzer Lord Beaverbrook kündigt die Bildung einer neuen politischen Partei an, die den Namen „Partei des vereinigten Imperiums" führen wird. Der Hauptprogrammpunkt der neuen Partei soll der freie Güteraustausch innerhalb des gesamten britischen Imperiums sein.

Letzte Nachrichten

Zugzusammenstoß bei Glasgow

London, 17. Februar. (Drahtmeldung.) Bei Ruther Glen in der Nähe von Glasgow hat sich heute abend ein folgenschweres Eisenbahnunglück ereignet. In dem dichten Nebel, der über der Gegend lag, ist ein Zug auf einen Vorzug aufgefahren. Nach Mitteilungen der an den Bergungsarbeiten Beteiligten wurden etwa 70 Fahrgäste unter den Trümmern der zerstörten Wagen begraben und verletzt. Die Verwundeten wurden so schnell wie möglich teils durch Kraftwagen, teils in einem Sonderzug in die benachbarten Krankenhäuser geschafft. Weitere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Nach einer Meldung vom 18. Februar morgens sind 51 Personen verletzt worden, von denen sich 24 im Krankenhause befinden.

Ein Bräutigam von 108 Jahren

Belgrad, 17. Febr. (Eig. Drahtmeldung.) Wie die „Prawda" meldet, ist der 108jährige Schlächter Ibrahim Gojak in der Gemeinde Djakovica eine neue Ehe eingegangen. Seine Frau ist 30 Jahre alt. Gajan ist trotz seines hohen Alters kerngesund. Aus seiner ersten Ehe, die er vor 82 Jahren schloß, hatte er zehn Kinder.

Synagogenschändung in Berlin

Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtmeldung.) In der Nacht zum Sonntag ist die Synagoge am Kottbuser Tor von unbekannten Tätern in einer unerhört gemeinen Weise besudelt worden. Die ganze Front des Gotteshauses und seine Türen sind mit 20 Hakenkreuzen in Höhe von einem Meter bemalt worden. Ueber die ganze Breite der Fassade erstrecken sich die Worte: „Juda verrecke! Juda den Tod! Die Rache naht!" Bei allen Vorübergehenden herrscht, wie die Blätter berichten, große Entrüstung über das Bubenstück.

Höhenrekord eines Leichtflugzeuges

St. Louis, 17. Febr. Wie aus St. Louis gemeldet wird, gibt der amerikanische Landesverband bekannt, daß der Flieger Barney Zimmerly mit einem Leicht-Flugzeug eine Höhe von über 8000 Metern erreicht und damit einen neuen Welthöhenrekord für Leichtflugzeuge aufgestellt hat. Der Aufstieg beanspruchte nahezu zwei Stunden. Die beiden im Flugzeug angebrachten Höhenmesser zeigten eine Höhe von 8174 Metern, bezw. 8509 Metern an.

Arbeiter-Sport

Der Fußballsport vom Sonntag.

Auf aufgeweichten Plätzen. — Schneewetter! — Ueberraschungen blieben nicht aus. — Die Stadtmannschaft von Gelsenkirchen verlor ihr erstes Spiel mit 5:1 gegen Wanne-Eickel.

Die Resultate:
Stadtmannschaft Gelsenkirchen — Stadtmannschaft Wanne-Eickel 1:5.

1. Mannschaften.

Wanne — Gladbeck-Rentfort 1:1.
Freie Turner Eickel — Grün-Weiß Eickel 1:1.
Vorwärts Gelsenkirchen — Vorwärts Recklinghausen 3:0.
Schwarz-Weiß Napen — Holsterhausen 3:0.
Spiel und Sport Datteln — Röhlinghausen 2:7.
Gelsenkirchen-Heßler — Rasensport 23 Dorsten 0:4.
Buer-Scholven — Sportfreunde Bottrop 2:3.
Gladbeck-Zweckel — Herwest-Dorsten 0:0.

Reservemannschaften.

Freiheit Gelsenkirchen — Frei Heil Stoppenberg (1.) 8:1.
Wanne — Gladbeck-Rentfort 2:4.
Vorwärts Gelsenkirchen — Vorwärts Recklinghausen 6:0.
Schwarz-Weiß Napen — Holsterhausen 1:0.
Datteln — Röhlinghausen 3:1.
Buer-Scholven — Sportfreunde Bottrop 0:2.
Gladbeck-Zweckel — Herwest-Dorsten 4:2.

Jugendmannschaften.

Herwest-Dorsten — Gladbeck-Zweckel 1:1.

Stadtmannschaft Gelsenkirchen — Stadtmannschaft Wanne-Eickel 1:5 (1:5).

Eine Ueberraschung brachte uns dieses zum erstenmal in der Geschichte der Arbeitersportbewegung der Stadt Gelsenkirchen ausgetragene Spiel. Es scheint, als wenn die Mannschaft der Stadt Gelsenkirchen jener der Stadt Wanne nicht ebenbürtig wäre. Weit gefehlt! Die Läuferreihe konnte im Großen und Ganzen nicht gefallen, während die Verteidigung auf dem Posten war. Der Sturm war mit einigen Ausnahmen gut besetzt. Nur ließ es das gute Hinterbollwerk der Wanner nicht zu, daß sie zu ihrem Rechte kamen. Allgemein kann man mit dem Urteil abschließen, daß beide Mannschaften ein für unsere Bewegung werbendes Spiel vorführten. Nur scheinen unsere Partei- und Gewerkschaftsgenossen zum Teil unsere wiederholte Aufforderung nicht beherzigt zu haben: Meidet die bürgerlichen Sportplätze! Genossen, euer Kampf ist auch unser Kampf! Vereinigt sind wir alles, einzeln nichts. Wir wollen hoffen, daß ihr diese Worte beherzigt.

Zum Spielverlauf folgendes: Wanne komplett, während die Gelsenkirchener Mannschaft nur mit 10 Mann zur Stelle war. Der Anstoß der Wanner wird abgefangen, der Sturm geht durch, doch weiß das Hinterdreieck zu klären. Wanne leitet sehr gefährliche Angriffe ein und geht zur größten Ueberraschung in Führung. In den nächsten zwei Minuten steht das Resultat auf 2:0. Gelsenkirchens Stadtmannschaft vervollständigt sich jetzt. Das Spiel nimmt an spannenden Momenten zu, der Rechtsaußen geht durch, gibt das Leder dem Halbrechten, dieser schießt das Leder ein. Gelsenkirchen will den Ton angeben, doch Wanne ist die flinkere Mannschaft. Ein 3:1 wird erzielt, dem sich kurz darauf das vierte und das fünfte Tor hinzugesellen. Nach der Pause wurde durch das unerträgliche Schneewetter dem Spiel vorzeitig ein Ende gemacht. Der Schiedsrichter König von Wattenscheid, der eingesprungen war, weil der angesetzte Schiedsrichter ausblieb, leitete zur Zufriedenheit beider Mannschaften.

Fr. Ch.

Spielvereinigung Gelsenkirchen-Heßler — Rasensport 23 Dorsten 0:4.

Auch hier machte sich der Ersatz bemerkbar, Heßler mußte auf seine besten Leute verzichten, weil sie in der Stadtmannschaft mitwirkten. Zum Spielverlauf ist sehr wenig zu sagen, da das schlechte Wetter das Spiel ungünstig beeinflußte. Rasensport dürfte verdient gewonnen haben.

Vorwärts Gelsenkirchen — Vorwärts Recklinghausen 3:0 (2:0).

Da der Sportklub Linden abgesagt, ebenfalls auch Habinghorst den Recklinghäusern, einigten sich beide Mannschaften auf ein Gesellschaftsspiel. Obwohl zwei Spieler der Gelsenkirchener in der Stadtmannschaft mitwirkten, führten sie doch das bessere Spiel vor. Bis zur Pause steht es 2:0. Nach der Pause versuchen die Recklinghäuser, Tore zu holen; was aber nicht durch Abseits unterbunden wurde, wurde Beute des Torwarts. Der Schiedsrichter leitete korrekt.

Die 2. Mannschaft konnte gegen die erstmalig aufgestellte 2. Mannschaft des Gastvereins ein Resultat von 6:0 herausholen. Das Ehrentor hatten die Gäste ganz bestimmt verdient, aber es hat nicht sollen sein.

Buer-Scholven — Sportfreunde Bottrop 2:3 (2:2).

Ein ziemlich flottes Spiel. Die Sportfreude gehen in Führung und erzielen kurz darauf das zweite Tor. Das scheint dem Buer-Scholvener Sturm auf die Nerven zu fallen. Systematische Angriffe, unterstützt von der guten Läuferreihe, werden von Erfolg gekrönt, und bei der Pause steht es 2:2. Nach der Pause dasselbe flotte Spiel, aber anscheinend will es keiner der Parteien gelingen, das Tor zu finden. Kurz vor Schluß ein ungestümes Drängen der Sportfreunde, und das Siegestor ist da. Scholven versucht den Ausgleich zu erzielen, doch der Unparteiische macht dem schönen Spiel ein Ende.

Gladbeck-Zweckel — Herwest-Dorsten 0:0.

Schon von jeher endeten die Treffen obiger Mannschaften mit knappen Resultaten, so auch bei diesem Spiel. Der Platzverein zeigte sich hier als die überlegene Partei: aber das Tor war der Stürmerreihe nicht breit genug. Sonst wären bestimmt Tore gefallen.

Die 2. Mannschaft der Zweckeler konnte wieder einen Sieg von 4:2 holen, während die Jugend es nur zu einem Remis brachte.

Freie Turn- und Sportgemeinde Wanne — Gladbeck-Rentfort 1:1.

Leider fand das Spiel wegen des schlechten Wetters schon bei Halbzeit ein Ende. Der Platzverein konnte, obwohl Ersatz in seinen Reihen mitwirkte, gut gefallen. Auch der Gast hatte durch Neueinstellungen den Sturm bedeutend verstärkt, so daß sich ein schönes Spiel entwickelte.

Die 2. Mannschaft der Wanner mußte nach langer Zeit eine Niederlage von 4:2 entgegennehmen.

Die Jugend von Wanne West hielt es leider nicht für nötig, anzutreten.

Freie Turnerschaft Eickel — Grün-Weiß Eickel 1:1.

Die Freien Turner traten hier kombiniert an, so daß das Resultat zu verstehen ist. Auf Grund ihrer Eifrigkeit konnten die Grün-Weißen das Unentschieden holen.

Schwarz-Weiß Napen — Vereinigte Sportfreund. Holsterhausen 3:0.

Sofort nach Anstoß gehen die Napener aus sich heraus. Sie vermögen, man soll es nicht für möglich halten, in kurzen Zeitabständen drei Tore zu holen. Kurz vor der Pause wurde das Spiel vom Schiedsrichter abgebrochen, weil sich ein Spieler von Holsterhausen seinen Anordnungen nicht fügen wollte. Das darf natürlich nicht geduldet werden.

Die 2. Mannschaft konnte ebenfalls mit einem Siege aufwarten. War dieser auch nicht an Toren reich, so war er aber verdient (1:0).

Spiel und Sport Datteln — Röhlinghausen 2:7.

Unser Bezirksmeister weilte in Datteln und zeigte sich von der besten Seite aus. Er führte mal wieder ein Spiel vor, das an spannenden Momenten sehr reich war. Sollte er bei den Serienspielen, die am 16. März beginnen, mit derselben Bravour spielen, dürfte es bestimmt wiederum zu einem Siege langen.

Die 2. Mannschaft der Röhlinghäuser mußte eine Niederlage von 3:1 entgegennehmen.

Handballspiele.

Wanne — Erkenschwick 1:2 (1:2).

Zu dem angesetzten Serienspiel traten beide Mannschaften komplett an. Leider beeinträchtigte der vom Regen aufgeweichte Platz und das Schneewetter das Spiel sehr. Der Gastverein hatte Glück mit seinen Torwürfen und konnte die Punkte einheimsen, während der Platzverein mal wieder auf die Punkte verzichten mußte. Ist die nötige Entschlossenheit in dem Wanner Sturm, dann fallen auch Tore. Aber daran hapert es noch.

Eintracht Recklinghausen — Gelsenkirchen Neustadt 7:0 (4:0).

Da Wattenscheid es vorzog, nicht anzutreten, setzten sich in liebenswürdiger Weise die Neustädter dafür ein. Leider nicht komplett, so daß die Niederlage schon zu verstehen ist. Eintracht führte wieder ein Spiel, vor, das gut gefiel. Bis zur Pause konnten vier Tore geworfen werden, nach der Pause noch drei Tore. Neustadt war es nicht vergönnt, das Ehrentor zu holen. Der Schiedsrichter leitete zur Zufriedenheit der Parteien.

Bottrop (Reserve) — Eintracht Recklinghausen 4:1 (1:0).

Bottrop hatte Ersatz aus den oberen Mannschaften in seinen Reihen. Im Anfang verteiltes Spiel. Eintracht hat sich als erster gefunden und kann ein Tor werfen. Nach der Pause nahm Bottrop sich was vor. Die Verteidigung mitsamt dem Torhüter hatten alle Hände voll zu tun, um das Tor reinzuhalten. Aber keiner konnte verhindern, daß Bottrop vier Tore warf. Da mehrere Spieler der 1. Mannschaft mitwirkten, fallen die Punkte Eintracht (Recklinghausen) zu.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zinglei; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille", Ludwig Leupoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zweck Rückporto beigefügt wird.

Der Kartenvorverkauf für den großen Volkskarneval

am **Sonntag, den 2. März** in der **Ausstellungshalle hat begonnen.** Im **Vorverkauf** kostet die Karte 80 Pfg., **an der Kasse** Mk. 1.—. **Erwerbslose Mitglieder** erhalten auf der Geschäftsstelle, Königstraße 5, Vorzugskarten zum Preise von 50 Pfg. Karten sind bei allen Führern des Bundes und in der Buchhandlung „Volkswille" zu haben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Am 14. Februar, 10 Uhr starb meine liebe Frau und Mutter

Berta Funkel

In tiefer Trauer:

Paul Funkel, Helmut Funkel
und Verwandte.

Die Beisetzung der Urne erfolgt am Donnerstag, den 20. Februar, 3½ Uhr auf dem Friedhof in Heßler.

Mod. Küchen, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer
Einzelmöbel, Leder- u. Plüschsofas, Matratzen, Linol.-Teppiche
empfiehlt sehr preiswert zu den günstigsten Zahlungsbedingungen. Lieferung frei Haus
Carl Topp, Schreinermeister, Möbel- u. Sarglager
Gelf.-Schalke, Overhoffstraße 81—83. Ruf 27767

Ich bin geheilt durch Wohlmuth!
Vorträge mit Lichtbildern finden statt: Dienstag, den 18. und Mittwoch, den 19. Februar, abends 8¼ Uhr in **Schalke**, im **„Restaurant zur Krone"** (W. Willms), Gewerkenstraße 17.

Unreines Gesicht
Pickel, Mitesser werden in wenigen Tagen durch das Teinturverschönerungsmittel **Venus** (Stärke A) Preis Mk. 2.75 **unter Garantie beseitigt.** Gegen **Sommersprossen** (Stärke B) Preis Mk. 2.75. Merkur-Drog. E. Eschenröder, Hochstraße 32. Groß-Drogerie Hannes & Witkop, Bahnhofstraße 77.

Bücher für Naturfreunde!

Nachfolgend einige Werke, die jeder Naturfreund besitzen muß.

Brehms Tierleben, 4 Bände mit 1600 Seiten Text und vielen Tafeln . . . . zusammen nur Mk. **11.40**

Kosmos-Bände, populär und anschaulich geschrieben interessante Themen, wissenschaftlich wertvolle Darstellungen. — Einige Restposten geben wir, solange Vorrat reicht, zu folgenden Vorzugsbedingungen ab: 10 Bände, verschiedene Titel statt Mk. 18.00 . . . . . nur Mk. **12.00**

Sonder-Angebot

Obige 14 Bände zusammen auf Buchkarte, zahlbar in 14tägigen Raten à Mk. 1.50. Die Raten kassiert der Zeitungsbote.

Sofort bestellen, ehe der Vorrat erschöpft ist

VOLKSBUCHHANDLUNG
Gelsenkirchen, Ringstraße 33

Bestellzettel.

Ich bestelle obige Naturfreunde-Bibliothek, 14 Bücher zusammen für Mk. 23.40 auf Buchkarte. Die Raten in Höhe von alle 14 Tage Mk. 1.50 sollen durch den Zeitungsboten kassiert werden.

Name ..... Beruf .....

Adresse .....

Achtung!
Konkurs Gelsenkirchener Dampfkesselfabrik und Eisenhochbau Dipl.-Ing. F. Zürn.
Diejenigen Lohnempfänger, welche die Quote auf die von ihnen angemeldeten Lohnforderungen noch nicht erhalten haben, werden gebeten, ihre Adressen umgehend dem Unterzeichneten mitzuteilen. Die Auszahlung erfolgt nur durch die Post.
Der Konkursverwalter:
Otto Christiansen, Ringstr. 93 I.

DRUCK SACHEN
Plakate, Briefbogen, Briefumschläge, Geschäftskarten, Besuchskarten
BUCHDRUCKEREI **VOLKS WILLE**
Sammelnummer 23941 Ringstr. 33

Waschmaschinen!



Bei Kauf einer Waschmaschine, Wassermotor, Wringer, Mange usw. besichtigen Sie bitte mein reichhaltiges Lager. Zahlungserleichterung. Bis 10 Monate Ziel und länger. Spezialität: Erstklassige Fabrikate weltberühmter Firmen, wie Cordes, Schaede, Miele usw. Kennen Sie schon die neue, glänzend bewährte Fortschritt-Waschmaschine? Nein, dann lassen Sie sich selbige im Spezialgesch., in der **Waschmaschinen-Zentrale, Gelsenkirchen** Alter Markt 2 neben dem Genesius-Lustspielhaus und **Buer,** Essenerstraße 33, ganz unverbindlich vorführen.

Gelsenkirchen-Buer.

Mahnung.

Die bis zum 14. ds. Mts. fällig gewesenen u. rückständig gebliebenen Steuern und Abgaben:

1. Staatliche Steuer vom Grundvermögen,
2. Gemeindezuschlag zur Steuer vom Grundvermögen,
3. Hauszinssteuer,
4. Lohnsummensteuer f. Januar 1930,
5. Gewerbeertragsteuer für Januar—März 1930,
6. Hundesteuer für Januar—März 1930,
7. Handwerkskammerbeitrag für 1929,
8. Beitrag zur landw. Berufsgenossenschaft für Januar-März 1930,
9. Schulgeld für das Konservatorium für Februar 1930

sind innerhalb 3 Tagen bei der städtischen Steuerkasse, sowie den Hebestellen in den Stadtteilen Buer und Horst einzuzahlen, andernfalls unverzüglich das Verwaltungszwangsverfahren durchgeführt werden muß. 370

Gelsenkirchen-Buer, 15. Febr. 1930.

Städtische Steuerkasse und Steuer-Hebestellen in den Stadtteilen Buer und Horst als Vollstreckungsbehörden.